

Courier

Zentral-Organ für die Interessen
der im Handels-, Transport- und Verkehrsgewerbe beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.
Publikations-Organ des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes.

Erscheint jede Woche Sonntags.
Einzel-Monnumen pro Quart. franko geg. franko 1,50 Mt.
Der Courier ist in die Postleitungsliste eingetragen.

Redaktion und Expedition: Berlin 50.16, Engel-Ufer 21.
Telephon: Amt Witzigplatz, 950 und 11 864.
Geöffnet von 9 Uhr vorm. bis 4 Uhr nachm., Sonntags geschl.

Redaktionsschluß
am Montag Morgen vor Erscheinen des Blattes.
Unverlangte Manuskripte werden nicht zurückgesandt.
Zuschriften und Reklamationen an die Schriftleitung.

Nr. 25.

Berlin, den 23. Juni 1912.

16. Jahrg.

Achter Verbandstag in Breslau.

I.

In den feierlich geschmückten, an sich schönen Räumen des „Deutschen Kaiser“ wurde der Verbandstag am Sonntag, den 9. Juni, nachmittags 4 Uhr, eröffnet. Das örtliche Parteiblatt, die „Volkswacht“, hatte den Delegierten einen schwungvollen Begrüßungsartikel gewidmet, in dem der Verbandstag seitens der ganzen freiorganisierten Breslauer Arbeiterschaft aufs herzlichste willkommen geheißen wurde. 300 Sänger der Breslauer Arbeiter begrüßten bei der Eröffnung den Verbandstag in wirkungsvoller Weise mit einigen Proletarierliedern. Der Verband und vor sich eine Kollege Schumann eröffnet darauf die Tagung mit herzlichem Willkommen an die Gäste und Delegierten. Medner hebt besonders das extrem einheitliche Arbeiten der Funktionäre und der Kollegenchaft in der Einheitsorganisation hervor, was nur möglich war durch die Einordnung der persönlichen Misschauungen in das große ganze Streben nach aufwärts und vorwärts. Nach einem kleinen Rückblick auf die Zeit der sozialen Organisation schlägt Medner die Entwicklung der Organisation unter der zentralistischen Fahne, so daß unser Verband heute rund 10 p.C. der modernen organisierten Arbeiter stellt. Der Verbandstag soll die Wege zu weiteren Erfolgen ebnen. Breslau ist historischer Boden nicht nur für die Arbeiterbewegung im allgemeinen, sondern auch für unseren Verband im besonderen. In Breslau kämpft unsere Organisation unter den schwierigsten Verhältnissen, unter den Schikanen einer besonders gearbeiteten Polizei, unter einer Bourgeoisie, die es noch in den letzten Stunden vergebens versucht, unseren Verbandstag am Orte unmöglich zu machen. Alle diese Chikanen hemmen uns kaum, sie zwingen uns nie. (Lebhafte Beifall.)

Kollege Stiedel begrüßt hierauf namens der Breslauer Kollegen nachst den Verbandstag mit herzlichen Worten. Die Breslauer Kollegenchaft werde alles tun, um sich der Ehre des Gastgebers würdig zu zeigen. Die geplanten festlichen Veranstaltungen mögen den Delegierten nach ernster Arbeit Erholung bieten.

Seitens des Breslauer Gewerkschafts-Kartells begrüßt Genosse Philipp den Verbandstag.

Kollege Weigeli-Wien, der Vertreter des österreichischen Brüderverbandes begrüßt hierauf namens der österreichischen Kollegenchaft den Verbandstag. Nebster schildert die Hemmnisse seines Verbandes, die in der Eigenart Österreichs liegen; die Zollpolitik hindere die wirtschaftliche Entwicklung, die Regierung will die Bevölkerung in der Dummheit erhalten. Dem Beispiel der deutschen Kollegenchaft folgend, scheien auch die österreichischen Kollegen keine Opfer, die Organisation vorwärts zu bringen.

Kollege Walter-Zürich überbringt die herzlichsten Grüße der Schweizerischen Kollegen, er wünscht, daß der Verbandstag in Breslau ein weiterer Markstein in der Entwicklung der Transportarbeiterbewegung sein möge.

Genosse Wrbann begrüßt den Verbandstag im Namen des Handlungsgesellenverbandes. Genosse Hartmann seitens des Lagerhalterverbandes. Beide wünschen, daß die Arbeiten des Verbandstages von reichen Erfolgen für die Arbeiterschaft des Berufes sein mögen.

Das provisorische Büro wird hierauf aus den Kollegen Schumann, Döring und Gimmler-Breslau als Vorsitzenden, Wappler-Berlin, Dellerich-Bremenhaven und Pfeiffer-Gera als Schriftführer zusammengezogen. Hierauf wird eine Mandatsprüfungskommission von 11 Mann gewählt. Die Statutenberatungskommission hat bereits vor dem Verbandstage tagt und ihre Arbeit bereits erledigt. Ferner wird eine Redaktionskommission, desgleichen eine fünfzehnköpfige Haushaltskommission gewählt. Darnach werden die Verhandlungen vertagt.

Montag, den 10. Juni.

Bei Eröffnung der Verhandlungen wird beschlossen, am Grabe Ferdinand Lassalles einen Kranz niederzulegen. Die übliche Geschäftsordnung wird anzeptiert.

Der Antrag, die Jugendfrage auf die Tagesordnung des Verbandstages zu setzen, wird abgelehnt. Es sind 186 Delegierte gewählt und erschienen, darunter sind 57 Angestellte des Verbandes.

Den Geschäftsbereicht des Vorstandes gibt Kollege Schumann. Das Jahrbuch des Verbandes ist der ausführliche und eigenliche Bericht des Verbandsvorstandes und jedem Verbandsmitglied, das sich dafür interessiert, zugänglich. Unser glänzender Aufstieg ist sowohl dem Zusammenschluß als auch der günstigen Konjunktur in der Hauptfahre zu danken. Unsere Erfolge konnten indes nur erzielt werden durch intensivste Tätigkeit tausender Funktionäre, was sich in der Zahl der abgehaltenen Versammlungen, insgesamt 33 800, ausdrückt. Die Zahl der Lohnkämpfe ist riesig gewachsen. Ebenso ist die Agitationstätigkeit eine ganz lebhafte gewesen. In der Berichtsperiode wurden nicht weniger als 1 150 000 Flugblätter, eine halbe Million Agitationskarten und 50 000 Broschüren verteilt. Außerdem bieten die Fahrbücher reiches Material zur Agitation. Die Agitation darf nie erlahmen. Es sind 193 000 Ein- und Nebenträte in der Berichtsperiode zu verzeichnen. Es gilt nun allerorts Maßnahmen zu treffen, um die gewonnenen Mitglieder dauernd an den Verband zu fesseln. Die Kassenführung muß exakt erfolgen, eine gute Registrierung ist die Lebensbedingung der Organisation. Restanten dürfen erst gar nicht auftreten. Besonders müssen die neuangefommenen ständig kontrolliert und kassiert werden. Dadurch läßt sich die Auszugsziffer beträchtlich herabmindern. Es sind erst 18 p.C. der Bewußtlosen für den Verband gewonnen. Der Verband hat jetzt in 392 Orten Mitglieder. In der Gauorganisation sind wesentliche Abweichungen nicht vorgenommen. Die größten Summen an Mitgliedsbeiträgen weisen die Gau 11 Hamburger Gau 12 Bremerhaven und Groß-Berlin auf. Auch das Industriegebiet Rheinland-Westfalen hat gute Erfolge aufzuweisen, dort sind aber mindestens noch 100 000 Mitglieder zu gewinnen. Im allgemeinen kann eine gesunde Grundlage unserer Organisation auch in finanzieller Beziehung konstatiiert werden. Die Gauorganisation löste der Hauptkasse einen Buschus von 173 600 Mt. oder pro Beitrag 1,1 Pf. Die Gaubeiträge der Mitgliedschaften müssen also eine Erhöhung erfahren. In der Berichtsperiode sind sieben Gaukonferenzen abgehalten worden. Eine statutarische Festlegung dieser ist nicht anzuraten. Außerdem findet jährlich je eine Konferenz der Gau- und Kreisvorstände statt. Den weiteren demokratischen Ausbau der Verbandseinrichtungen wird sich der Vorstand angelegen sein lassen. Schumann berichtet dann kurz die Grenzstreitigkeiten; wir werden in diesen Fragen keinesfalls von unserer bisherigen Einschauung abgehen. Kartellsverträge bestehen nur bei Bauarbeitern, Maschinisten und Heizern. Unser Verband ist der weiteste in der Internationale der Transportarbeiter. Die Arbeitsvermittlung des Verbandes hat recht gute Fortschritte gemacht. Die Lohn- und Arbeitsnachweisstatistik, die bei der Arbeitsvermittlung geführt wird, hat sowohl eine Verkürzung der Arbeitszeit als auch eine Erhöhung der Löhne nachgewiesen. Dasselbe hat die Eintrittsstatistik ergeben. Die Einheitsorganisation ist noch rechtzeitig geschaffen worden, um vermittelte dieser die aufsteigende Konjunktur im Lohnkampf ausnutzen zu können. Die Heuererhöhung der Geselte ist auf die Fassung der Organisationen zurückzuführen. Ebenso ist es bei vielen anderen Branchen. Es sind in der Berichtsperiode 1774 Lohnkämpfe für 152 000 Personen geführt worden. 98 p.C. aller Lohnbewegungen haben mit Erfolg geendet. Eine Verkürzung der Arbeitszeit wurde für 35 600, eine Lohnerhöhung für 130 200 Personen in der Berichtsperiode erzielt. Die Lohnerhöhungssumme belief sich insgesamt auf 14 Millionen Mark. Der Verband gehört heute schon zu den tarifreichen Gewerkschaften. Die Tarifdauer wird stets abhängig gemacht von den damit erzielten materiellen Erfolgen. Für die Lohnbewegungen sind in der Berichtsperiode 1 152 000 Mt. ausgegeben worden. Bei allen Lohnbewegungen sind die Vorbereitungsarbeiten noch viel

sorgfältiger als bisher zu treffen. Die Zeit muss voraus bei sein, wo für Leute, die keine Opfer für die Organisation gebracht haben, die Restanten aus dem Neuen geholt werden. Jede verlorene Bewegung schädigt das Ansehen der Organisation.

Auf sozialpolitischem Gebiete hat der Verband in allen Zweigen seinen Platz gestellt und alle Maßnahmen ergriffen, die im Interesse einer Förderung der sozialpolitischen Maßnahmen lagen. Dieser Verbandstag ist besonders verpflichtet, die Finanzen des Verbandes zu stärken und dazu entsprechende Änderungen des Statuts herbeizuführen. Die Unterstützungen sind nur Mittel zum Zweck und unter ihnen darf die Kampffähigkeit der Organisation nicht leiden.

Zur Beschaffung eines eigenen Heims haben einige Verwaltungen sich noch immer gewehrt, ihren moralischen Verpflichtungen nachzukommen. Andererseits haben verschiedene Verwaltungen ihre volle Pflicht getan; Hamburg ist sogar darüber hinausgegangen, indem es 20 000 Mt. extra abgeliefert hat. Die erwähnten Häuser haben 686 000 Mt. gekostet. Außenaufwand ist eingegangen 154 757 Mt. Groß-Berlin hat rund 65 000, Gau 12: 35 000 Mt. abgeliefert. Die Stettiner haben zum Hausbaufonds nichts beigetragen und die Bremerhavener sehr wenig. Es wird daher notwendig sein, daß der Verbandstag eine zwingende Verpflichtung in der Zahlung der Hausbaufondsmarken macht.

Differenzen zwischen Vorstand und Mitgliedschaften haben sich in erwähnenswertem Maße nicht ergeben. Der Bericht wird seitens des Verbandstages mit großem Beifall aufgenommen.

Der Verband und Klassiker klärt hierauf einige Ausführungen zum Stand der Finanzen und über die Kassenfähigkeit. Da der Kassenbericht bereits im „Courier“ und Jahrbuch ausführlich veröffentlicht und besprochen ist, können wir hier auf nochmalige Wiedergabe verzichten.

Siegens der Revisionskommission berichtet Kollege Stettiner über die vorgenommenen Kontrollen und über die Gebarung der Kassenfähigkeit; er bestätigt, daß stets alles in bester Ordnung befunden worden ist und beantragt deshalb Entcharge für den Vorstand.

Den Bericht der Mandatsprüfungscommission gibt hierauf Kollege Südlau-Berlin. Die Kommission beantragt, daß alle Mitglieder des Verbandes einen Beitrag von 2 Mt. zum Hausbaufonds abzuführen haben. Der Bericht wird zur Kenntnis genommen. — Das provvisorische Büro wird als definitiv bestätigt.

Den Bericht des Verbandsschusses gibt dessen Vorsitzender Kollege Müller-Magdeburg. Medner berichtet über verschiedene Beschwerden, die von Mitgliedschaften und einzelnen Mitgliedern gegen Entscheidungen des Vorstandes erhoben worden waren und über deren Erledigung durch den Ausschuss. Der Ausschuss hatte auch bei den öfter vorgenommenen unvermeidlichen Revisionen der Verbandskasse feststellen können, daß Bücher und Kasse stets in Ordnung waren. Die Diskussion über den Geschäftsbericht wird eröffnet.

Schönfeld-Spandau berichtet die Ausschlußangelegenheit eines dortigen Kollegen und erklärt den Fall für erledigt.

Die Redaktion wird auf 10 Minuten beschränkt. Dreher-Hamburg wendet sich dagegen, daß nach Ansicht des Vorstandes eine Beitragsleistung von 48,3 Beitragswochen pro Jahr übermäßig sei. Vom Gau 9 wird die Mitgliederzahl richtig angegeben. Andernfalls wäre eine entsprechende Anweisung des Vorstandes notwendig.

Richard Schulze-Berlin fragt an, wer die Kollegen Dreher und Schumann nach der Brüsseler Weltausstellung delegiert hat.

Ulrich-Hamburg berichtet die Frage der Auszahlung der Beerdigungskosten an Angehörige von Verstorbenen, die nichts zu der Beerdigung beigetragen haben.

De Nodde-Hamburg gibt die Anregung, polnische Agitatoren auszubilden zu lassen. Außerdem

wünscht Nedner, daß Hamburg einen Gaubezirk für sich bilden solle.

Für man an - Niesa bespricht den Tarifabschluß mit den Konsumvereinen und die Notwendigkeit der Erhöhung des Ortszuschlages für Niesa. Die Löhne in den Privatbetrieben seien wesentlich höhere, als bei der Großkaufsgenossenschaft; es sei deshalb unmöglich, den Kollegen zuzumuten, dort Arbeit zu nehmen. Nedner hat Bedenken gegen die obligatorische Einführung der Hausbauordnungen.

Si e l - Köln behandelt eine persönliche Beschwerde am Dienstag und ist der Meinung, daß diese in anderer Weise hätte erledigt werden können.

H i m p e l - Verbandssekretär, bespricht die Tarifverhältnisse mit der G. G. in Niesa und erläutert, warum die Erhöhung des Ortszuschlages nicht möglich ist.

Frau P a u s t i a n - Hamburg verlangt Auskunft über den Stand des Tarifes für die Zeitungsträger bei der Parteipresse; sie verlangt, daß bei Abschluß einer solchen Vereinbarung die betreffenden Berufskollegen und Kolleginnen über ihre Meinung befragt werden.

T h à l m a n n - Hamburg bedauert die späte Übermittlung des Geschäftsberichts. Nedner ist mit der Entwicklung der Organisation zufrieden, ermahnt aber zu weiterer fleißiger Agitation. Die Jugendorganisation müsse mehr gefördert werden. Es ist notwendig, auch in den kleineren Orten die Jugend mehr zur Organisation heranzuziehen.

D i e n s t a g , d e n 11. J u n i .

Die Diskussion über den Geschäftsbericht wird fortgesetzt.

A n g e r e r - München bespricht die Grenzstreitigkeiten. Es muß damit ein Ende gemacht werden, — möglichst durch Schaffung einer allgemeinen Arbeiterunion. Nedner tritt außerdem für obligatorische Einführung der Hausbauordnungen ein.

G r e b - Mainz: Der Gemeindearbeiterverband operiert in Mainz mit niedrigen Beiträgen, um Mitglieder zu gewinnen. Trotzdem sind die Straßenbahner zu uns übergetreten. Die Brauer treiben den Mitgliederverlust noch viel schlimmer. Diese Verhältnisse führen dazu, daß ein großer Teil der Bierfahrer für die Organisation überhaupt nicht zu gewinnen ist.

St r a u s - Würzburg: Die Kollegen im Gau 7 glauben dem Verband zu nützen, wenn sie die Mitgliederzahl nach den vollgezählten Beitragswochen im Quartal berechnen. Wir ziehen die Hausbauordnungen einfach von den Unterführungen ab, wenn die Mitglieder diese nicht bezahlt haben. Nedner wünscht, daß Würzburg seitens auswärtiger Referenzen mehr als bisher berücksichtigt wird. In wirtschaftlich zurückliegenden Gegenden muß noch mehr für die Organisation getan werden.

C l a u s - Nürnberg wünscht, daß das Jahrbuch früher herausgegeben wird; die Delegierten seien sonst außerstande, sich genügend zu informieren.

S u h n e r t - Leipzig wendet sich bezüglich der Befreiung der Hausbauordnungsbeiträge sich widersprüchig gezeigt habe. — Nedner wünscht den Wegfall der Eintrittsstatisitik. Es muß etwas mehr Agitationmaterial herausgegeben werden.

S u h n e r - Erfurt meint, daß die Situation im Verbande noch eine viel zu große ist. Es muß darauf hingewirkt werden, daß hier eine Besserung eintritt. Die Großkaufsgesellschaft hat den Ortszuschlag für Erfurt abgelehnt, obwohl der Konsumverein diesen bewilligt hat. In Thüringen verlangt nicht nur der Holzarbeiterverband, sondern auch der der Zimmerer die Holzplahlagerarbeiter.

Ge b e r t - Charlottenburg ist vom Bericht des Vorstandes befriedigt. Die Stellung unserer Organisation zu den Konsumvereinen ist eine schwierige, zumal verschiedene Konsumvereine noch nicht mal den beschiedenen Tarif anerkennen. Nedner wünscht eine besondere Abrechnung für den Hausbau. Gegen die Erhöhung des Gaubeitrages ist nichts einzutwenden.

Gr ä f e - Halle bespricht die Grenzstreitigkeiten mit den Brauern. In Halle ist durch das Kartell versucht worden, diese Streitigkeiten zu beenden; der Versuch ist an dem Verhalten der Brauer gescheitert. Die Generalkommission hat dazu einen sehr eigenartigen Standpunkt eingenommen.

St u d z i e s - Bösen: Aus dem Bericht des Vorstandes ist viel Erfreuliches zu ersehen. Die Bösenen Kollegen sprechen ihren besonderen Dank für die Unterstützung bei der polnischen Agitation aus. Es würde angebracht sein, für Bösen einen eigenen Gau zu schaffen.

T r a p p e - Beuthen: Der Gau 2 erfordert besonders für die oberösterreichische Agitation große Ausgaben, weil das dortige Organisationsgebiet nur mit großen Schwierigkeiten zu bearbeiten ist. Die Straßenbahner werden besonders drangsaliert und dürfen der Organisation laut Vertrag nicht angehören. In Oberschlesien wurden Streikbrecher für Königsberg ausgebildet.

Ma b b o l d - Mannheim wendet sich gegen die langfristigen Tarifverträge. Die Unternehmer sind immer mehr bestrebt, durch maschinelle Einrichtungen Arbeiter zu sparen. Deshalb gilt es, die Arbeitszeit so viel als möglich zu verkürzen; die Arbeiter müssen überhaupt stets Aktionsfreiheit haben. Nedner bespricht dann noch einige lokale Streitangelegenheiten.

Re s c h e r - Bremerhaven wendet sich gegen die Erhöhung der Gaubeiträge; die Ortsverwaltungen müssen selbst hohe Agitationskosten tragen und deshalb vielfach auferstanden, finanziell noch mehr zu leisten. Es wäre besser, an dessen Stelle die Unterstützungssätze zu kürzen. Die Bremerhavener Kollegen sind keine Dächauer bezüglich der Hausbauordnungen; sie verlangen lediglich eine sichere Förderung des Projekts.

St e l l i n g - Lübeck ist der Meinung, daß man nicht von vornherein die Neazeit hätte beschränken

sollen. Nedner bespricht dann einige Lübecker Verhörschwedenfälle, die den Ausschuß beschäftigt haben. Die Ortsverwaltungen müssen mehr Mitbestimmungsrecht haben. Der Vorstand möge darauf hinwirken, daß Ausgeschlossene nicht von anderen Verbänden wieder aufgenommen werden. Nedner hervorhebt dann noch den Terror, mit dem die Stadt Lübeck die Straßenbahner von der Organisation abhält.

S o l f e n - Müllingen: Die Unterstützungsseinrichtungen haben sich eigentlich nach der finanziellen Seite nicht bewährt. Nedner tritt dann noch für die allgemeine Einführung der Hausbauordnungen ein.

St e l l i n g - Hamburg wünscht die frühere Übermittlung des Jahrbuchs. Die Seelen sind mit der Regelung ihrer Verhältnisse durch die letzte Lohnbewegung nicht ganz zufrieden.

Sch i l o r t - Königsberg begrüßt die erfreuliche Entwicklung des Verbandes. Im Nordosten wird den Agitatoren das Leben sehr schwer gemacht. Die Grenzstreitigkeiten fördern die Bewegung auch nicht. Besonders auf den Holzplahlagerplätzen ist dies zu spüren. Der Verbandsstag muß feststellen, daß die Platzarbeiter Transportarbeiter sind.

Sch l e e f - Hamburg: Der Erfolg der gemeinsamen Organisation ist zweifellos bei der Hamburger Lohnbewegung in Erscheinung getreten. Jetzt ist der Ausbau der inneren Organisation die Hauptaufgabe. Die Frage der Jugendorganisation ist ein schwieriges Problem. Es muß dafür gesorgt werden, daß die Jugend richtig erogen wird. Die Grenzstreitigkeiten werden erst aufgehören, wenn allerseits das ernsthafte Bestreben nach Wegschaffung derselben vorhanden ist.

W e r n e r - Berlin erklärt, daß die Erfolge der Einheitsorganisation zweifellos nach jeder Richtung befriedigen. Die Berliner teilen durchaus nicht die Meinung des Kollegen Schulze, daß Weltausschüsse nicht seitens unseres Vorstandes beschieden werden sollten. Die Berliner haben Anträge, den Vorstand deshalb zu tadeln, weil er die Kollegen Schumann und Dreher nach Brüssel delegiert hat, mit großer Mehrheit abgelehnt. Auch die Berliner sind im laufenden Kampf mit den Brauern um die Zugehörigkeit der Bierjahrer. Die Stellung der Generalkommission entspricht weder den Beschlüssen der Gewerkschaftskongresse, noch sind sie konsequent. Nedner tritt noch für die obligatorische Einführung der Hausbauordnungen ein. Die Berliner haben dieses bereits in ihrer Generalversammlung beschlossen.

Die Debatte wird geschlossen.

Lü d e c e - Magdeburg berichtet einige Ausführungen der Delegierten. Die betreffenden Differenzen werden durch entsprechende Änderung des Statuts erledigt.

Sch u m a n n (Schlußwort): Die Debatte hat bewiesen, daß der Vorstand mit seinen Beschlüssen das Interesse der Mitglieder stets gewahrt hat. Zweifellos ist das späte Erscheinen des Jahrbuchs ein Fehler; leider liegt dies in den Verhältnissen begründet. Die Funktionäre müssen sich in Zukunft bemühen, ihre Berichte pünktlicher einzusenden. Sobald die Schule an dem späten Erscheinen den Vorstand trifft, bittet Nedner um Entschuldigung. In Zukunft wird Nedner geschafft werden. Dem Vorstand ist das Recht gegeben, wenn es im Interesse des Verbandes liegt, Studienreisen zu machen, und eine solche war zweifellos die Delegation von Vorsitzmitgliedern zur Brüsseler Weltausschaltung. Die Auffassung polnischer Agitatoren in Westfalen ist schon aus dem Grunde überflüssig, weil die dort in unserem Berufe tätigen polnischen Kollegen unbedingt der deutschen Sprache mächtig sein müssen. Agitationmaterial in polnischer Sprache hat der Vorstand stets zur Verfügung gestellt. Eine Vereinheitlichung des Unterstützungsweises in allen Gewerkschaften begegnet ungeheuren Schwierigkeiten und ist nicht durchzuführen. Die Vereinbarungen mit dem Parteivorstand bezüglich der Zeitungsausträger ist dahin aufzufassen, daß es sich dabei um einen Minimaltarif handelt. Die Jugendbewegung hat sich gut entwickelt und sie bedarf nur der weiteren Förderung. Zu den Grenzstreitigkeiten erläutert Nedner, daß deren Beseitigung wohl noch eine Frage langer Zeit sein wird. Das Verlangen des Vorstandes auf Erhöhung des Gaubeitrages ist schon deshalb berechtigt, weil die Ortsverwaltungen diese kleine Mehrausgabe finanziell leicht tragen können. Die obligatorische Einführung der Hausbauordnungen ist schon deshalb geboten, um die Ortsdeleger zu treffen. Auf die Eintrittsstatisitik kann der Vorstand im Interesse der Kollegenschaft nicht verzichten. Der Verband ist an Haupt und Gliedern gesund und florert, daß es eine wahre Freude ist.

Der Antrag auf obligatorische Einführung der Hausbauordnungen wird hierauf gegen eine Stimme angenommen.

D e m V e r b a n d s v o r s t a n d w i r d e i n - s t i m m i g D e c h a r g e e r t e i l t.

Auf Wunsch der Haushaltungskommission wird zunächst die Diätenfrage erledigt. Die Entschädigung für entgangenen Verdienst wird auf Vorschlag der Statutenberatungskommission auf 6 Mt. festgesetzt, die Diäten der Verbandsdelegierten werden von 10 auf 12 Mt. pro Tag erhöht.

Zum Bericht der Redaktion erhält das Wort.

D r e h e r - Berlin: Nach dem Zusammenschluß hat sich herausgestellt, daß es nicht möglich ist, die Interessen der Binnenschiffer und Flößer im "Courier" mit zu vertreten. Eine schematische Unterteilung des Raumes für die einzelnen Branchen läßt sich im Fachorgan nicht vornehmen. Die Auslage des "Courier" beträgt zurzeit 195 000, davon werden in Hamburg 35 000 hergestellt. Der "Straßenbahner" erscheint in 17 000 Exemplaren. Die Ausgestaltung des "Courier" ist insofern geändert worden, als am Kopfe desselben in gewissen Zwischenräumen einige Zahlen über die Errungenschaften des Verbandes durch Lohnbewegungen gebracht werden. Außerdem enthält der "Courier" Clippes, durch welche der für die einzelnen Branchen

behandelte Stoff mehr hervorgehoben wird. Für Chausseure werden ab und zu besondere Abschnitte technischen Inhalts gebracht. In Absicht auf die eigentlichen Verhältnisse der Chausseure mußte für diese im Fachblatt etwas mehr Raum zur Verfügung gestellt werden. Verschiedenlich haben wir auch Feuilletons zum Abdruck gebracht. Für die Reichstags- resp. Landtagswahl haben wir eine größere Zahl aufklärender Artikel gebracht. Zur Frage des neuen Strafgesetzes haben wir ebenfalls Stellung genommen. Auf Grund unserer Kritik der Arbeitsverhältnisse unserer Kollegen haben wir mehrere Anträge erhalten. Wir ersuchen die Berichterstatter, bei Abfassung von Berichten äußerst vorsichtig vorzugehen. Unser Fachorgan ist zugleich eine Fundgrube von Material für die Kollegen, welche agitatorisch tätig sind. Berichte über Versammlungen werden nur aufgenommen, wenn sie allgemeines Interesse haben. Leider wird uns über wichtige Vorkommissare im Beruf viel zu wenig Material zugesandt. Derartige Mitteilungen sind viel wichtiger als Versammlungsberichte. Während der letzten Berichtsperiode sind nur wenig Beschwerden über die Schreibweise der Redaktion eingegangen. — Wenn unser Fachorgan noch besser ausgestattet werden soll, ist die Mitarbeit aller agitatorisch tätiger Kollegen erforderlich.

Den Bericht der Statutenberatungskommission über die Anträge 2-22 erfaßt

Be n d e r - Elbersfeld: Die Kommission schlägt vor, den Antrag 2 abzulehnen. Die Anträge 3 und 4 sollen auf Wunsch der Kommission dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen werden. Bezuglich Lieferung der "Gleichheit" wird vorgeschlagen, den gegenwärtigen Zustand beizubehalten. Den Antrag 6, welcher die Beseitigung der Versammlungsberichte verlangt, bitten wir ebenfalls abzulehnen. Dahingegen erläutern wir die Anträge 7, 10, 13 und 19 anzunehmen. Die Wiedereinführung der Sterbetafel im "Courier" empfiehlt die Kommission nicht; ebenso wünscht diejenige den Antrag auf Einführung einer Beilage in holländischer Sprache abzulehnen. Den Antrag 11 bitten wir, dem Vorstand zur Berücksichtigung zu überweisen, und die Anträge 12 und 17 abzulehnen. Ich brauche wohl nicht besonders darauf hinzuweisen, daß der Antrag auf Veröffentlichung des Adressenverzeichnisses im "Courier" unnehmbar ist. Dem Antrag Hannover, den Namen des Verbandsorgans zu ändern, ersucht die Kommission, nicht zu stimmen, desgleichen nicht dem Antrag Potsdam, welcher die Erweiterung der Versammlungsberichte verlangt. Zum Schluss empfehlen wir die Annahme des Antrages des Verbandsvorstandes, den Namen des Organs "Der Seemann" zu ändern.

De n H o d e - Hamburg erklärt sich mit der Handlung des Fachorgans im allgemeinen einverstanden und wünscht die Annahme des Antrages 17.

St a n g e - Leipzig bemängelt die Einführung der Clippes und bemerkt, daß dadurch nur der Raum des "Courier" verschwendet wird, dieselben machen auch keinen guten Eindruck.

Sie b o l d - Hamburg ist mit der Schreibweise der Redakteure einverstanden.

H i l k e n - Hamburg wünscht mehr Berücksichtigung der Interessen der Hafenarbeiter.

V r e s c h e r - Bremerhaven ist der Meinung, daß die einzelnen Gruppen gleichmäßiger berücksichtigt werden müssen. Die Anträge 7, 10, 13 und 19 empfiehlt er abzulehnen.

C l e m e n s - Duisburg begründet den Antrag 9 und empfiehlt die Annahme desselben.

B r a n d e s - Bremerhaven ersucht die Redaktion, mehr die Interessen der Hafenarbeiter zu wahren und empfiehlt die Annahme der Anträge 7, 10, 13 und 19. Im übrigen erklärt er sich mit der Schreibweise im "Courier" einverstanden.

Dö r i n g - Berlin empfiehlt ebenfalls die Annahme der Anträge 7, 10, 13 und 19. Von der Einführung einer Beilage in holländischer Sprache ver spricht er sich keinen Vorteil. Dem Wunsche, ab und zu Artikel aus dem "Courier" im Organ der holländischen Hafenarbeiter abdrucken zu lassen, könnte Rechnung getragen werden.

Nach dem Schlußwort des Berichterstatters der Kommission und des Redakteurs werden die Anträge 7, 10, 13, 19 und 22 angenommen. Die Anträge 3, 4 und 11 werden dem Vorstand zur Berücksichtigung überwiesen und die Anträge 2, 5, 6, 8, 9, 14, 15, 16, 18, 20 und 21 werden abgelehnt. Die Anträge 12 und 17 sind zurückgezogen worden. Der letzte Teil des Antrages 10 wird abgelehnt.

Den Bericht vom 7. internationalen Transportarbeiterkongress gibt

Dö r i n g - Berlin: Auf dem Kongress hat sich eine syndikalistische Strömung bemerkbar gemacht. Die große Mehrzahl der Delegierten hat jedoch einen anderen Standpunkt vertreten. Der Kollege Müller referierte über das Thema: "Die Aktion der Unternehmerverbände". Neben die vom Kollegen Müller in seinem Referat vertretenen Ansichten entstanden auf dem Kongress Meinungsverschiedenheiten. Es wurde deshalb beschlossen, die ganze Angelegenheit einer Spezialkonferenz zu überweisen. Alsdann hatte ich über die Organisationsform zu referieren. Die Referate, welche die Kollegen Dreher und Brunner-Berlin übernommen hatten, mußten wegen Mangel an Zeit abgekürzt werden und sind dieselben schriftlich zu Protokoll gegeben worden. Die Referate der Gewerkschaften Färniet und Lindley waren von geringem Interesse. Es wurde ein Antrag angenommen, wonach alle der S. T. F. angeschlossenen Organisationen einen einheitlichen Beitrag abzuführen haben. Im großen und ganzen kann man mit dem Verlauf des Kongresses zufrieden sein; jedenfalls sind dadurch die Berufsskollegen in den einzelnen Ländern enger verbunden worden.

Neben den Gewerkschaftskongress in Dresden berichtet

Be n d e r - Elbersfeld: Auf dem Kongress waren

363 Delegierte anwesend. Die Generalkommission war in der gesetzlichen Lage, über die Entwicklung der modernen Gewerkschaften erfreuliches zu berichten. Wir dürfen uns aber nicht darüber täuschen, daß auch die gegnerischen Organisationen Fortschritte zu verzeichnen haben. Der Kongress hat sich mit einer Menge sozial-politischer Fragen beschäftigt. Von Bedeutung sind die Beschlüsse, welche bezüglich des Verhältnisses der Gewerkschaften zu den Gewerkschaften gefaßt worden sind.

Es werden die Anträge 388—392 behandelt. Die Statutenberatungskommission empfiehlt Ablehnung sämtlicher Anträge und es bei Wahlen zu Gewerkschafts- sowie internationalen Arbeitertagungen bei dem bis-herigen Modus zu belassen.

Lieberow — Berlin empfiehlt die Annahme der diesbezüglichen von den Berliner Mitgliedern gestellten Anträgen.

Studie — Posen spricht für Ablehnung, um dadurch unnötige Ausgaben zu vermeiden.

Wagner — Hamburg ist der Ansicht, daß dem Wunsche der Berliner Kollegen, auf solchen Kongressen vertreten zu sein, auch auf andere Weise Rechnung getragen werden kann.

Schumann — Berlin spricht für Ablehnung der Anträge. Nicht nur in Rücksicht auf die entstehenden Kosten, sondern auch im Interesse des Ansehens der Organisation muß dem Vorschlag der Statutenberatungskommission Rechnung getragen werden.

Der Antrag der Kommission wird gegen 12 Stimmen angenommen. Somit sind die betreffenden Anträge abgelehnt.

Die Lehren der neuen Automobilstatistik.

III.

Wir veröffentlichen in diesem Schlussbericht noch zwei Tabellen. Die Tabelle 2 gibt die Feststellung der Besitzer und Führer der an den schädigenden Ereignissen beteiligten Kraftfahrzeuge, sowie die Zahl der Personen, gegen welche Polizei strafen festgesetzt, bzw. gerichtliche Strafverfahren eingeleitet wurden.¹⁾ Wir ersehen daraus, daß an den 8431 „schädigenden Ereignissen“ 8931 Kraftfahrzeuge teilnahmen. Bedauerlicherweise ist die Zahl der Führer, die sich der Verantwortung durch die Flucht entzogen, noch immer rechtlich hoch. Immerhin ist die Zahl dieser Personen um 4, von 521 auf 517 gesunken. Das heißt, von je 100 an den Unfällen beteiligten Wagen entzogen sich in der letzten Berichtsperiode 5,8 durch die Flucht den gesetzlichen Folgen, gegen 7,3 in der vorhergehenden. Die prozentuelle Besserung ist also bedeutend stärker, als die absolute. Leider wird auch hier die Statistik ihrer Aufgabe nicht gerecht; anstatt zu enthüllen, verschleiert sie. Wir sind der Meinung, wenn sich 517 Wagen der Feststellung entzogen, dann sind auch die Besitzer dieser 517 Wagen nicht ermittelt, dagegen führt die Spalte 4 der Tabelle 2 nur 294 Besitzer auf, die „nicht ermittelt“ wurden.

Wir fragen: Wie soll dies Mätsel geklärt werden? Welchen Wert hat überhaupt eine Statistik, die Mätsel aufgibt, anstatt solche zu lösen? Wir müssen gestehen, daß uns die Statistik über Automobilunfälle recht leicht fertig aufgestellt zu sein scheint. Vor allem werden wir den peinlichen Eindruck nicht los, daß die Statistik etwas zu verborgen hat, daß man mittels ihrer Zahlenreihen gewaltig etwas einrenken wollte und dabei das Gegenstück erreicht hat. Es wäre an der Zeit, daß die Statistiker endlich einmal der Öffentlichkeit mittheilen, wie sie zu ihrem Resultat gekommen sind. Dann läßt das Ergebnis sich nachprüfen und läßt sich beurteilen, ob die Methode überhaupt einer Kritik wert ist. Heute verzichten wir auf weitere Ausführungen und nehmen die Ergebnisse der Statistik, wie sie sich uns repräsentieren — als Statistik der Verschleierung...

Die Zahl der nicht ermittelten Besitzer stieg übrigens um 27, von 267 = 3,7 p.C. auf 294 = 3,3 p.C. — Polizeistrafen wurden verhängt gegen die Führer der Fahrzeuge in 677 Fällen, im Vorjahr waren es 515 Fälle. Gegen die Führer anderer Fahrzeuge oder „dritte“ Personen wurden 148 Polizeistrafen festgesetzt, im Vorjahr nur 92; insgesamt 825 gegen 607 im Vorjahr. Von diesen 825 Polizeistrafen wurden 674 = 81,7 p.C. (im Vorjahr 451 = 74,3 p.C.) rechtskräftig und zwar betrug die Summe der Geldstrafen 6111 Mk. gegen 4594 Mk. in der vorherigen Berichtsperiode. Es handelt sich hier natürlich um Geldstrafen, die aus Anlaß von „schädigenden Ereignissen“ verhängt wurden. Wenn man alle Geldstrafen zusammenzählen wollte, die wegen irgend einer Verletzung irgend einer Vorschrift verhängt wurde, es fände eine ganz andere Summe heraus. Leute, die das nicht wissen, glauben aber, die in dieser Statistik aufgeführten Geldstrafen wäre die einzige Strafe der Chauffeure überhaupt. Wenn die Statistik in Zukunft einen einleitenden Text bekäme, dürften solche Irrtümer verschwinden. — In 2308 Fällen wurde ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet und zwar: in 2071 = 89,7 p.C. Fällen gegen die Führer der Kraftfahrzeuge, in 202 Fällen = 8,8 p.C. gegen die Führer anderer Fahrzeuge oder „dritte Personen“ und in 35 Fällen = 1,5 p.C. gegen „Unbekannt“. Die Korrespondenzzahlen für die vorhergehende Berichtsperiode, sind in der gleichen Reihenfolge, wie wir sie soeben für das letzte

Jahr anführen, folgende: 1931; 1766 = 91,5; 151 = 7,8 und 14 = 0,7. — Wir erkennen keineswegs die Schwierigkeit, die die Erfassung der Resultate der Gerichtsverhandlungen, für die Statistik birgt, aber trotzdem sollte man den Versuch wagen — heute fehlt dem Wilde der wichtigste Teil. — Über alles andere gibt die Tabelle 2 Auskunft.

Die Tabelle 3 ist neu, sie bringt die Gegenüberstellung der Zahl der Kraftfahrzeuge mit der Zahl der Unfälle.

Wir sehen, daß von den 63 162 Kraftfahrzeugen, die vorzugsweise der Personen beförderten dienen, 7454 (im Vorjahr 6141) an den Unfällen beteiligt waren, während von den 6844 Kraftfahrzeugen 925 (579) beteiligt waren. Auf 100 Kraft-

fahrzeuge zur Personenbeförderung kamen 11,8 Unfälle, auf 100 Kraftfahrzeuge zur Lastenbeförderung dagegen 13,5. — Der höchste Prozentsatz der Unfälle im Verhältnis zur Zahl der Kraftfahrzeuge kam auf den Landespolizeibezirk Berlin, von 100 Fahrzeugen waren 46,5 an Unfällen beteiligt (im Vorjahr 47), den niedrigsten Satz weist die Provinz Brandenburg mit 2,1 p.C. auf. Hohenholzern, Mecklenburg-Strelitz und Schwarzwald-Badenstadt hatten keine „schädigenden Ereignisse“ zu beklagen.

Der hohe Berliner Prozentsatz ist leicht erkläbar, einmal durch den Weltverkehr und weiter daran, daß von den im öffentlichen Fuhrverkehr tätigen per-

Tabelle 2. Feststellung der Besitzer und Führer der an den schädigenden Ereignissen beteiligten Kraftfahrzeuge, sowie Zahl der Personen, gegen welche Polizeistrafen festgesetzt bzw. gerichtliche Strafverfahren eingeleitet wurden.

Staaten oder Landesteile	Sicher fest, Führer der an den schädigenden Ereignissen beteiligten Kraftfahrzeuge überaupt	Von den Besitzern der Kraftfahrzeuge wurden	Von den Führern d. Kraftfahrzeuge			Polizeistrafen wurden festgesetzt			Ges. b. Sicher fest, Führer der an den schädigenden Ereignissen beteiligten Kraftfahrzeuge überaupt			Ges. b. Sicher fest, Führer der an den schädigenden Ereignissen beteiligten Kraftfahrzeuge gegen			
			ermittelt	nicht ermittelt	entzogen sich nicht ihrer Bekleidung			entzogen sich ihrer Bekleidung d. Fücht zu entziehen	Führerhaft	gegen beide Führer der Kraftfahrzeuge	gegen b. Führer einer Gefährdung d. Fücht gegen beide Führer der Kraftfahrzeuge	Zahl der Fälle, in denen die Strafe rechtskräftig wurde, die Summe der rechtskräftig hastenden Gefährden betragt	Zahl der Fälle, in denen die Strafe rechtskräftig wurde, die Summe der rechtskräftig hastenden Gefährden betragt	Zahl der Fälle, in denen die Strafe rechtskräftig wurde, die Summe der rechtskräftig hastenden Gefährden betragt	
					2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Gau 1, Prov. Ost- und Westpreußen	157	149	8	124	6	27	11	10	1	9	66	56	50	4	2
" 2, Schlesien	191	182	9	174	1	16	5	5	—	4	81	104	90	14	2
" 3, Posen	32	31	1	28	—	4	1	—	1	1	2	17	15	2	—
" 4, Brandenburg	163	151	12	139	6	18	7	7	—	4	53	63	57	3	3
" 5, Landespolizeibez. Berlin	3430	3353	77	3282	35	113	148	106	37	129	735	658	578	80	2
" 6, Pommern	70	65	5	58	4	8	5	5	—	2	26	14	13	1	—
" 7, Königr. Sachsen, S.-Altmark	997	964	33	915	17	65	250	224	31	204	2124	192	176	15	1
" 8, Thür. Staaten	933	884	49	856	28	54	85	66	19	78	866	273	255	18	2
" 9, Provinz Sachsen-Anhalt und Braunschweig	109	101	8	95	8	11	11	11	—	7	67	13	10	1	2
" 10, Hannover, Lippe und Schaumburg-Lippe	223	213	10	201	4	18	26	22	4	19	143	76	62	10	4
" 11, Schleswig-Holstein, Lübeck und beide Kreise, Mecklenburg	196	192	4	173	10	18	15	12	8	72	78	72	6	—	—
" 12, Bremen u. Oldenburg	414	406	8	395	5	14	53	48	5	48	625	17	16	1	—
" 13, Preußen	109	109	—	104	—	5	25	20	5	21	183	15	12	8	—
" 14, Rheinland	108	104	4	95	2	11	6	6	—	2	91	42	38	2	2
" 15, Hessen u. Hessen-Nassau	588	568	20	541	10	37	12	10	2	10	383	77	71	5	1
" 16, Baden*	255	249	6	281	3	21	19	16	3	11	137	28	21	7	3
" 17, Elsaß-Lothringen	216	197	19	186	5	25	41	31	10	86	97	87	7	—	—
" 18, Württemberg und Hohenlohe	221	214	7	203	5	13	3	1	2	1	5	61	56	1	4
Deutsches Reich Prozentualer Anteil	8931	8037	291	8265	251	517	825	677	148	674	6111	2308	2071	202	35
Dagegen in gleicher Zeit 1909/10	100,0	96,7	8,9	92,5	1,7	5,8	100,0	82,1	17,9	81,7	100,0	89,7	88	1,5	—
Prozentualer Anteil	7185	6891	267	6488	149	521	607	515	92	451	4594	1931	1766	161	14
Dagegen in gleicher Zeit 1908/09	100,0	96,3	3,7	90,6	2,1	7,3	100,0	81,8	15,2	74,3	100,0	91,5	7,8	0,7	—
Prozentualer Anteil	6423	6171	252	5871	114	438	519	470	79	398	4360	1467	1350	106	11
Dagegen in gleicher Zeit 1907/08	100,0	96,1	3,9	91,4	1,8	6,8	100,0	85,6	14,4	72,5	100,0	92,0	7,2	0,8	—
Prozentualer Anteil	5312	5078	234	4810	128	379	402	314	58	290	3659	1222	1101	103	16
	100,0	95,6	4,4	90,6	2,9	7,1	100,0	85,6	14,4	72,1	100,0				

sonnen Kraftwagen allein 2223 auf Berlin kommen. Und von diesen waren 2542, also 114,3 p.Ct. (!) an Unfällen beteiligt. Einmal besser stellt sich das Verhältnis in ganz Deutschland; von 5262 im öffentlichen Fuhrverkehr tätigen Kraftwagen waren an Unfällen beteiligt 1918 = 76,1 p.Ct. (im Vorjahr 3413 = 81,1 p.Ct.). Über diesen Reichsdurchschnitt dieser Belegschaften stehen das gesamte Preußen mit 86,4 p.Ct. (in Preußen nur Berlin), Hamburg mit 102,0 p.Ct. und Bremen mit 91,3 p.Ct. — Von den 13 016 Personen in Kraftwagen, die den Zwecken des Handelsbetriebes dienen, waren 1041 = 8,0 p.Ct. (733 = 8,1 p.Ct.) an den Unfällen beteiligt. Von den 267 Personenkraftwagen für die Zwecke der Land- und Forstwirtschaft, halten 17 = 6,4 p.Ct. (10 = 5,5 p.Ct.) für die Folgen der „schädigenden Ereignisse“ einzutreten. Weiter waren beteiligt an den Unfällen, von den 5214 Wagen für Verzehr, Feuerwehr etc. 284 = 5,4 p.Ct. (199 = 4,9 p.Ct.) und von den 15 618 Wagen für Begegnungs- und Sportzwecken 1925 = 12,3 (1677 = 12,2) usw. — Von den 992 LKW Kraftfahrzeugen, die an den Unfällen beteiligt waren, fallen auf die den Zwecken des Handelsgewerbes etc. dienenden Fahrzeuge allein 896. Von den 122 Kraftwagen, die zum Ladeverkehr im Handelsgewerbe etc. dienen, waren 4 = 3,3 p.Ct. (21 = 18,6 p.Ct.), von den 4912 gleichen Zwecken gewidmeten Wagen 892 = 18,2 p.Ct. (545 = 14,6 p.Ct.) an den „schädigenden Ereignissen“ beteiligt.

Wir wollen Schluss machen, aber nicht, ohne noch mal zu betonen, daß wir mit den Ergebnissen der Statistik durchaus nicht einverstanden sind. Wir haben in diesen drei Artikeln erneut auf die Unzulänglichkeit der Statistik hingewiesen. Vor allem aber vermissen wir eins: die Gegenüberstellung der Zahl der Fahrzeuge mit der Zahl der Unfälle mag ja ganz nett sein, allein wichtiger wäre es, die Zahl der Autobil unfälle mit der Zahl der Verkehrsunfälle überhaupt zu vergleichen. Eine solche Gegenüberstellung ist heute bereits eine geheimerische Notwendigkeit; denn bereits erlaubt sich eine angefahrene Zeitschrift die Unzulänglichkeit, die Autobil unfälle mit den Eisenbahnumfällen zu vergleichen. Das man bei einem solchen Vergleich zu einem ganz schiefen Bilde gelangen müßt, zu einer falschen Beurteilung des Automobilismus und zu ungerechten, unpraktischen Forderungen, liegt klar auf der Hand.

Aber noch in anderer Hinsicht hat uns die Statistik schwer enttäuscht: daß die Zahl der sogenannten schädigenden Ereignisse zugenommen hat, ist trotz der Mangelhaftigkeit der Statistik unbeteitbar. Besonders die große Zahl der Toten und Verwundeten beweist uns auf daß höchst. Wir erkennen natürlich nicht die Ursachen, an denen die Chauffeure zum größten Teil völlig unschuldig sind, aber ganz zuletzt, am liebsten überhaupt nicht, möchten wir mit dem Gemütsplatz: Gefahren des Verkehrs und der Straßen, kommen. Hier dient dem Wort verächtlich sich alles, was mitschuldig ist in den Gefahren des Verkehrs und der Straßen. Hier darf kein Chauffeur Blau nehmen. Uns Proletarier, die wir selbst täglich, ständig vom Tode umlauert sind, steht ein Mensch leben viel zu hoch, als daß wir uns beruhigen könnten mit dem Bewußtsein: Nicht unsere Schuld beschwört die Unfälle herauf, sondern das leidige Prozentsfahren, die lange Arbeitszeit, die schlechte Ausbildung der Chauffeure usw. Unsere Pflicht ist es, jedes Einzelne weißlich ist es, weiter zu forschen:

Gest Du für Deinen Teil alles getan, diese Unfallursachen zu beseitigen?

Und wer noch nicht Mitglied des Deutschen Transportarbeiter-Verbandes ist, der muß beschämmt, von seinem Gewissen beunruhigt, diese Frage zu verneinen. Nur Selbsthilfe vermag hier Wandel zu schaffen, aber für sich ist jeder Chauffeur zu schwach, diese Mission aufgabe zu bewältigen. Er muß Freunde, Helfer, Gesinnungsgenossen sammeln, er muß sich mit seinen Berufskollegen zusammenfinden in einer mächtigen Organisation. Denn einzige die organisierte Massenkraft ist befähigt, die Schuhfleden, die heute das Ehrenscheld des Chauffeurs tragen, radikal zu entfernen. Und diese Organisation kann einzige und allein der Deutsche Transportarbeiter-Verband sein. Hinein denn Kollegen! Wer noch länger abseits steht, begeht moralischen Selbstmord, er macht sich mitschuldig an den Ursachen der Autobilunfälle:

Über ihn kommt das Blut der Getöteten und Verwundeten!

Die Erziehung zum Gelehrten.

In einem deutschen Wochblatt lasen wir vor einiger Zeit folgende Satyre:

„Im nationalökonomischen Examen.“ „Also, Herr Kandidat, wie denken Sie über die Streitbewegungen?“ — „Genau wie Sie, Herr Professor.“ — „Richtig. Und wie stellen Sie sich zur Frage der Frauenarbeit in den gewerblichen Betrieben?“ — „Auch hierin, Herr Professor, muß ich Ihrer Ansicht völlig beipflichten.“ — „Richtig. Und nun sagen Sie mir noch Ihre Meinung über die Rücksicht bezw. Schädlichkeit der Ansammlung großer Vermögen für die Volkswirtschaft.“ — „O, Herr Professor, in dieser Frage stehe ich ganz auf dem Boden Ihrer Broschüre, die Sie demnächst zu schreiben gedenken.“ — „Es ist gut, Herr Kandidat. Sie haben Ihr Examen glänzend bestanden.“

Wenn man die zur Satyre gehörende Übersetzung abzieht, dann haben wir so ungefähr ein Bild, wie Gelehrte erzogen werden. Noch kürzlich, bei dem Streit über die Gründung der Universität Frankfurt a. M., wurde von den Gegnern des Projekts darauf hingewiesen, daß der Student doch nur Buchwissen in sich aufzuehme, daß aber die Professoren sich hätten, die Lernbegierigen diese Bücher zu nennen, sie also zur Quelle zu führen, weil die Jünglinge leicht zur Überzeugung kommen könnten, daß der Mittelsmann überflüssig sei. Und das wäre peinlich für die Professoren. Um die Studenten fest am Band zu halten, werden ihnen nur die Bücher empfohlen, die zur „Richtigkeit“ des Professors gehören oder gar von ihm selbst verfaßt sind. Hier haben wir die, im modernen Sinne variierten Goethe-Worte, die er Mephisto zu Faust sagen läßt:

Was willst Du Dich daß Stroh zu dreschen plagen?
Das Beste, was Du wissen kannst,
Darfst Du den Büchern doch nicht sagen.

Heute sind wir bekanntlich so weit, daß die „Bücher“ das Beste gar nicht hören wollen. Professoren, die im Verdacht freiherrlicher Gesinnung stehen, sind schon mehrfach von diesen Musterbüchern niedergetrampelt worden. Der deutsche Durchschnittsstudent ist ja kein „freier Bursch“ mehr; er hütert sich möglichst, eine andere Meinung zu haben, als die, die zur „Karriere“ unerlässlich ist. Er will nicht mehr das „Beste“, sondern das „amtlich Beglaubigte“. Zumal vor dem Geldsack hat er grenzenlosen Respekt — er bemüht sich eifrig zu beweisen, wie helläugig die Verfasser des „kommunistischen Manifests“ in die Welt blickten, als sie schrieben:

„Die Bourgeoisie hat alle bisher ehrwürdigen und mit frommer Scheu betrachteten Tätigkeiten ihres Heiligenscheins entkleidet. Sie hat den Arzt, den Juristen, den Pfaffen, den Posten, den Mann der Wissenschaft in ihre bezahlten Lohnarbeiter verwandelt.“

Außer Belegen dafür fehlt es in Deutschland wahrlich nicht. Wir erinnern an das neue Musterexemplar Bernhard. Wenn heute der Milliardär Carnegie deutschen Studenten einen Vortrag darüber hielte: Wie man ein Milliardär wird, so würde er eine so außergewöhnliche Zuhörerschaft haben, wie sie sich der berühmteste Gelehrte nicht besser wünschen kann. — Die schottische Hochschulgang scheint allerdings nicht so viel Respekt vor dem vollen Geldsack zu haben, obgleich sie doch der „deutschen Ideale“ erinnert. Andrew Carnegie hat bisher 887 Millionen Mark für Universitäten gespendet, und da er Schotte ist, haben auch schottische Hochschulen davon profitiert. Zum Dank dafür wurde er zum Ehrendoktor der Universität Aberdeen ernannt. Pflichtgemäß wollte er seine Antrittsrede halten und Rektor, Senat und Studentenschaft ein kräftiges Wörtlein sagen, über die Erziehung zum Multimillionär. Und da kommt diese ruppige Hochschulgang — wissen könnte man sie dafür — und zwingt ihn, seine „Weisheit“ für sich zu behalten. Nicht weniger als 120 Stühle wurden zerschlagen, Feuerwerkskörper angedeutet und Kindertrompeten gebläst. Hier half alles Gold des Millionärs nicht, die einzige Stellung war das Gold des Schweigens. Der Vorschlag eines Professors, Carnegie den Dank auszusprechen, handelte der Jugend keine Gegensteife. Über die schottische Seite dieser Demonstration gegen den alten Feind kam man ja geteilter Meinung sein. Sicher ist, daß Arbeit der alten Herrn anständiger behandelt hätten, aber lassen wir die englische Bourgeoisie über den Mangel an Respekt, den die Jugend vor dem Geldsack befindet, lamentieren, wenn wir uns ausmalen, welche traurige Rolle unsere Bierphilister, d. h. Studenten, gespielt hätten, dann können wir uns eines gewissen Schamgefühls nicht erwehren. Sicher hätte das Vorhabensein der Milliardären im Tresor des alten Trust-Magnaten dem deutschen Corpster von vorherhin bestmöglich impoziert, daß jede Exzessivmachierei des Mannes sozusagen juristisch mit respektvollem Getrampel begrüßt worden wäre. Dabei sind die wenigen Sätze, die von Carnegies „Rede“ verstanden wurden, sicher nicht nach dem Geschmack deutscher Biersstudenten. Er soll gesagt haben:

„Trink nicht, bis ihr Millionäre geworden seid, raucht nicht, denn es ist ein Unsin, ein Quantum Rauch in den Mund aufzunehmen, um ihn sofort wieder auszublasen; es ist auch geschmaclos. Es sei mancherlei gegen eine Einlumenteuer, die man zu Lebzeiten zahlen müsse, einzupinnen, nichts aber dagegen, wenn der Staat die Hälfte der angepinnten Schäke eines toten Millionärs für sich beanspruche.“

Brave deutsche Studenten werden den Sinn des letzten Sätze in das Gegenteil umdrehen, da die Einkommensteuer nicht besonders drückt. Dass einer so lange trinken kann, bis er Millionär geworden ist, bezweifeln wir; deutsche Studenten trinken nur so lange, bis der Bau nach die nötige Rundung hat und das Hirnanfangt weich zu werden. Dann steigen sie ins Granat — und trinken weiter.

Wir sagten schon, daß Carnegie einige hundert Millionen an Universitäten geschenkt hat. Damit hat er natürlich in pragt erreicht, was ihm persönlich in Erfahrung mißlang: dominiert erende. Einfluß auf die Studierenden. Kein Professor der subventionierten Universität wird es wagen, eine Lehre zu verkünden, die Carnegie und seinesgleichen gegen den Stich geht. Allein für die Universität Chicago hat Carnegie über 100 Millionen Mark gestiftet. Es trifft sich gut, daß der „Hauptprofessor“ dieser Universität, Dr. Laurence Laughlin, als „Mauskopf“ nach Berlin kam und seine dort gehaltenen Vorträge später drucken ließ. An ein paar Beispielen aus diesem Buch*) mag der Einfluß

des Dollars auf die Professorenpsyche bewiesen werden. Die schärfsten und unerbittlichsten Gegner der „Individualitäten“ vom Stilage Rockefellers, Carnegies etc., sind natürlich die Sozialdemokratie und die Gewerkschaften. Was Wunder, wenn Laughlin diese besonders aufs Korn nimmt. Es kommt ihm dabei auf einige Widersprüche gar nicht an, da er aber selbst gehört (hat), wie ein Präsident der Vereinigten Staaten, gegen die Professoren der Nationalökonomie als klasse Satyre und Schmähungen schleuderte“ besinnt er sich von einer Anerkennung der Gewerkschaften, immer rechtzeitig wieder auf den dollarschützenden Standpunkt eines Carnegieprofessors. So schreibt er:

„Auf den ungebildeten Geist übt das Vorbild den größten Einfluß aus, und der Anblick des ringsum ausgehüllten materiellen Reichtums ist ein gewaltiger Ansporn zum Erwerb. Viele Anzeichen weisen darauf hin, daß diese Tendenz sich zu weit gestellt gemacht hat; in allen vielen Fällen wird der Erfolg einzig und allein nach dem Gewinn bemessen, so daß das sittliche Urteil über die Art ist wie der Erwerb selbst.“

Als Laughlin soweit gekommen war, fiel ihm ein, daß Carnegie, wie alle Milliardäre ihrer Vermögen „einzig und allein“ einer mehr oder minder langen Kette mehr oder minder schwerer Verbrechen verdaul. Da hiß es schamlos einlesen und deshalb muß er auch im Hinblick auf die Arbeiterschaft sagen:

„Und doch muß man im großen und ganzen diese Unzufriedenheit als ein Zeichen gesunder Entwicklung betrachten.“

Für dieses Zugeständnis hält der Dollarprofessor sich wieder schadlos, indem er die Führer als „unehrenhaft“ schildert. „Sie haben einen „fraggierend“ und „unfähig““ Unter ihnen gibt es „unehrenhafte, gewissenlose, unsaubere und verborgene Menschen, die jeden Strafcolonie zur Schande gereichen würden.“ Hier verwechselt der Herr die Arbeitersführer zweifellos mit seinen Auftraggebern. Die „sozialen“ Streitbrecher hat er natürlich ins Herz geschlossen. „Der Nichtorganisierte trägt nicht die Schuld daran, daß er sich den Bedingungen des Arbeitsmarktes anpassen muß.“ (Seine Großmutter vielleicht?) Die organisierten Arbeiter „haben sich eine Ethik geschaffen, die jede Handlung, wenn sie auch noch so gefährlich über unerreichbar ist, rechtfertigt.“ Sie „überlassen es dem Arbeitgeber, so gut wie eben kann, die Lasten der Kostenvermehrung zu tragen.“ Damit macht Laughlin seine Unvorsichtigkeit wieder gut, die ihm verleitet, wenige Seiten vorher zu schreiben, daß „der Arbeitnehmer steigen könnte, ohne daß der Kapitalgegenstand vermindere.“ Carnegie ist wieder verschont. Daß der Professor die Bemühungen der Gewerkschaften recht einseitig darstellt, daß er ein rechnerisches Kunststück verübt, um sie als recht schwach zu schildern (er stellt die sehr niedrig geprägte Mitgliederzahl der Gewerkschaften im Vergleich mit den männlichen und weiblichen Arbeitern, wobei er alle mitzählte, die über 10 Jahre alt sind), mag noch dahin gehen, aber mit dem, was dann folgt, übertrifft er sogar die deutschen Schriftsteller von Schuh bis Zille. Es schreibt:

„Das friedliche Auftreten von Streikposten ist heute gleichbedeutend mit Androhung von Gewalt. Lange Zeit glaubte man, die Gewerkschaften hätten im heimischen professionellen „Thugs“ oder Staatsbolden engagiert, um die Nichtorganisierten und die Unternehmer einzuschließen; neuerdings geschah dies offenlich. Die hierzu nötigen Gelder wurden unter dem Titel „Bildungsmittel“ bewilligt. In der Tat schreibt man zum Boykott, zum Auftreten von Streikposten, zum Schiedsgericht, zum Auftreten selbst zum Vorwurf, um Forderungen der Gewerkschaften durchzusehen.“

Soll man sich über diese ungeheurelle Verleumdung entrüsten? Es gibt für alles eine Grenze, für uns hat diese Verleumdung die Grenze der Wirksamkeit überschritten. Aber an den Lippen dieses Carnegiejüngers hingen deutsche Studenten, leben zwischen Lübeck und halbe Kinder, zwischen Staatsanwälte, Richter und Nationallandeskonservativen, und glaubten, den reinen Qualität der Wissenschaft zu hören, während sie in Wirklichkeit in der Schlammschlacht der Carnegie-Schule litten. Es ist frecher Hohn, wenn ein Carnegie-Professor über angelsächsische Verbrechen der Arbeiter lamentiert. Andrew Carnegie war es, der im Jahre 1892 auf „seine“ in Homestead um eine geringe Lohnerschöpfung streikenden Metallarbeiter, die ihm gleichwertigen Pinkerton „Thugs“ und Staatsbolden mit Winchestergewehren logten. Andrew Carnegie lobt die „Arbeiter niederschreien, mit deren unverzüglichster Arbeit er sein Kolossalgeschäft“ — sagt der englische Sozialdemokrat Henderson in seinen Erinnerungen.

Und der Mann „macht“ Professoren, und diese Professoren „machen Wissenschaft“ — man kommt in Verlegenheit, wenn das größere Maß Beachtung gebührt. Im gewissen Sinne sorgt Laughlin für seine Anerkennung, indem er ausführt: „Diejenigen, welche tatsächlich eine Laufbahn wählen, sind durchaus nicht... die tüchtigsten Mitglieder der Gesellschaft.“ Wir glauben ihm aufs Wort. — Wie Laughlin über den Sozialismus urteilt, kann sich jeder Leser ungefähr ausmalen.

Hunderte von Millionen haben amerikanische Milliardäre für Universitäten und Hochschulen gestiftet. Sie werden dafür als Förderer der Kultur und Wissenschaft gefeiert. Ein Wirklichkeit ist es eine rentable Kapitalanlage. Diese Millionen besorgen die Er-

*) „Aus dem amerikanischen Wirtschaftsleben.“ Aus Natur und Geisteswelt. 127.

ziehung der Jugend zu Gelehrten, wie sich der Kapitalismus sie wünscht. In Deutschland schlägt man nur andere Wege ein; Ziel und Resultat sind die gleichen.

Bur Frage des Sonnabendfrüh schlusses der Handelshilfsarbeiter in Berlin.

Mit großem Interesse werden die Kollegen den in Nr. 17 des "Courier" erschienenen Artikel "Frühlingsraum" gelesen haben. So manchen Kollegen mag wohl bei der Schilderung der englischen Verhältnisse ein gewisses Gefühl des Neides ausgetragen sein, was ja im Hinblick auf unsere überaus traurigen Arbeitsverhältnisse menschlich verständlich erscheint. Um sich aber ein Bild machen zu können, wie weit wir noch entfernt sind von der englischen Arbeitszeit und welche Ränipse es noch kosten wird, um auch uns einigermaßen menschwürdige Zustände zu schaffen, ist es gewiß interessant zu erfahren, wie "maßgebende" Kreise über den Sonnabend-Frühstücksschluss denken. Da ließt uns der "Confessionär" vor treffliches Material.

In einigen Städten Rheinlands und des Wupper-tales besteht der Sonnabend-Frühstücksschluss schon seit einigen Jahren und man hat damit die besten Erfahrungen gemacht. Auch in Berlin besteht die kurze Arbeitszeit am Sonnabend schon in einigen Branchen, wie z. B. in Kaufbetrieben, in den Leder-Großgeschäften usw. Wahrscheinlich auf die Anregung, die Herr Rosenthal i. Ha. B. Manheimer im "Berliner Tageblatt" gegeben hat, hat nun der "Confessionär" eine Umfrage veranstaltet, um einmal festzustellen, ob man in der Konfessionsbranche die Einführung des früheren Schlusses am Sonnabend für möglich hält. In Nr. 7 des "Confessionär" erschienen nun 12 Antworten von den kompetentesten Vertretern der Unternehmensgruppen, von denen sich nur drei dem Frühstücksschluss anschließen. Einige andere bringen mehr oder weniger gewinnde Erklärungen, während die Mehrzahl die Sache einfach für unmöglich hält. Doch lassen wir die Herren selbst sprechen. Wir geben ihre Ausführungen hier aufzugsweise wieder.

Herr Kommerzienrat W a m b e r g , der Vorsitzende des Verbandes deutscher Damen- und Mädchennäntel-fabrikanten, schreibt u. a.: "Ich würde mit großer Freude den Sonnabend-Nachmittag - 3 Uhr-Schluss begrüßen."

Ganz anders läuft es schon, wenn Herr K i r s c h - s t e i n , der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Damenwäschefabrikanten, sagt: "Ich bin der Ansicht, daß sich der Sonnabend-Nachmittag-3 Uhr-Schluss für unseren Fabrikationsbetrieb nicht eignet."

Herr H a u s , der Vorsitzende der Vereinigung Berliner Wäschefabrikanten, ist besonders "schlau", er hält den 3 Uhr-Schluss für erstrebenswert, aber nicht für durchführbar.

Herr W e d e schreibt für den Vorsitzenden der Vereinigung deutscher Sammel- und Seidenwaren-Großhändler: "Ich stehe dem Sonnabend-Nachmittag-3 Uhr-Schluss sympathisch gegenüber, zweisse aber vorläufig an der Durchführbarkeit, so lange nicht unter den gleichen Betrieben der Branche Einigkeit in diesem Punkte erzielt ist."

In diesem Sinne geht es nun noch eine ganze Weile weiter, und wir dürfen ein gewisses Bedenken verspüren, wenn wir die geistigen Verrentungen sehen, mit denen die Herren Unternehmer die Unmöglichkeit des frühen Schlusses am Sonnabend beweisen wollen, wenn wir nur nicht gerade die Objekte dieser mitunter rührenden Fürsorge jener Herren wären. So hegt Herr Adam plötzlich große Besorgnis, daß sich das Personal nicht verpflegen könnte, wenn die Fischzeit wegsleite. Du lieber Himmel, wer fragt denn jetzt danach, ob die Kollegen, die den ganzen Tag auf der Straße liegen, Zeit zum Essen haben? Ja, welcher Chef hat schon jemals seinen Hausdiener gefragt, ob er sich auch von seinem mittleren "horrerend" Lohn satteßen kann? Herrn Adams Begründung hat jedenfalls den Netz der Neuheit. Aber trotzdem würden wir bei einer verkürzten Arbeitszeit mit Vergnügen auf die Fischzeit verzichten, die ja für viele Kollegen ohnehin bloß auf dem Papier steht. Doch besser als Herr Adam ist aber der Vorsitzende der Vereinigung der Berliner Baumwollwaren-Ausstatter (der Name wird schamig verdrückt), dessen Hauptargument gegen den Sonnabendfrühstücksschluss die Befürchtung ist, daß dem Personal in der Ausübung der freien Zeit Mehrausgaben entstehen würden. Nun, der Herr würde sie wohl sicher nicht bezahlen. Zum Schluss versuchen nun zwei dieser Herren, die Post vor den sozialen Wohlfahrtslarren zu spannen, indem sie verlangen, daß die Post mit dem 1 Uhr-Schluss den Anfang macht. Damit bleiben uns die Herren Unternehmer den von Herrn Rosenthal geforderten Beweis, daß sie mündig sind und die Fähigkeit besitzen, selbständig zu handeln, vollends schuldig, denn sie schreien nach behördlichen Maßnahmen. Immer hübsch nach dem Rezept der sieben Schwaben: "Gang Michel, gang, gang du voran, i will dahinter vor dir stahn."

Welch eine Angst um den gehärteten Profil verbirgt sich doch hinter all diesen Ausreden. Warum geht's denn dort im Rheinland und im Wuppertal, von England ganz zu schweigen? Es ist kein Wunder, wenn wir in der Reichshauptstadt wie in einem xbeliebigen Krähwinkel in einer vorsätzlichlichen Arbeitszeit fortwursteln müssen, wenn selbst solche, vom

Unternehmertum großzügig angelegte Allianz wie das Hornberger Schlesien täglich im Sande verlaufen müßt. Nach Jacob. Zwischen hat der Verband der Damen- und Mädchennäntel-Fabrikanten seinen Mitgliedern vorgeschlagen, den 6 Uhr-Geschäftsabschluß an den Wochenenden, den 2 Uhr-Schluss an den Sonnabenden einzuführen. Über die praktische Durchführung werden wir in einem späteren Artikel berichten.

Die Verkürzung der Arbeitszeit am Sonnabend verschafft an dem kleinen Standpunkt der Geschäftsherren, die ihren Angestellten gegenüber die rücksichtige Stellung vertraten, aber für das Wohlergehen der Berliner Schuhmanufakturen, z. B. zum Bau des Erholungsheims, bedeutende Summen übrig hatten. Das Proletariat in den Betrieben der Konfektion wird aus dem Verlauf, den die Sache genommen hat, die Lehre ziehen müssen, daß das Kapital nicht im entferntesten daran denkt, die Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Den Kollegen aber, die heute unter dem Druck des Arbeitsvertrages, den größten Teil des Jahres bis zu 20 Stunden arbeiten müssen, häufig auf den Stoßballen schlafen und tagelang nicht in ihre Häuslichkeit kommen, rufen wir zu: Schafft euch eine starke Einheitsorganisation, bestreitet mit Hilfe des Verbands die Kurzarbeit und Nachtarbeit, benutet jede Stunde zur Aufklärung der fernziehenden Verfassungskollegen. Nutzt die Augen auf, um die Unwürdigkeit eures Daseins wahrzunehmen.

Wenn jeder erfüllt die Bruderpflicht, zum Gute gelangt ihr durch Nacht zum Licht!

Transportarbeiterwünsche

im sächsischen Landtag.

Kleinbahngesetz, Schäßburgbahngesetz, Neubegriffe der Eisenbahndirektion, Koalitionsrecht, Hungerlöste. In der 91. Sitzung der Zweiten Kammer des sächsischen Landtages, nahm am 18. Mai d. J. der Kollege Richter Gelegenheit, einige Missstände zu rügen und einige Wünsche der Transportarbeiter zu befürworten. Er machte u. a. auf den Mangel aufmerksam, der darin liegt, daß Sachsen kein Kleinbahngesetz hat. Die Leidtragenden sind die Kutscher, denn bei jeder Kollision mit der häufig über die Straße geleiteten Kleinbahn werden die Kutscher wegen Gefährdung eines Eisenbahntransports scharf bestraft:

"Wenn die Gefährdung eines Eisenbahntransports in Frage kommt, so ist es doch wohl ein hinnelweiter Unterdieb, ob man eine, auf einem Wagenkörper abgeschlossene Bahn, oder eine sogenannte Bimmelbahn im Auge hat, die teilweise auf dem Straßenkörper fährt, oder doch diesen vielfach kreuzt und als einziges Mittel zur Bewegtbarmachung nur die kleine Stocle hat, die oftmals bei dem Geräusch der Wagen gar nicht gehört werden kann."

Nachdem Richter gebeten hatte, diese Sätze auszufüllen, damit endlich einmal Berichtigung in die Kreise der Transportarbeiter einlehre, fuhr er fort:

"Mein Wunsch speziell in meiner Eigenschaft als Vertreter der Transportarbeiter ist, daß die Regierung Schritte ergreift, daß endlich die Sechszuhrschlußzeit an der Güterverwaltung das Interesse der gesamten Transportarbeiterchaft und auch das des gesamten Speditionsgewerbes ab. Sie wissen, daß in diesen Kreisen wesentlich darüber gellagt wird, daß man noch eine 16-, 17-, ja 19 Stunden tägliche Arbeit selbst in selbst in Großstädten hat. Eine Verkürzung dieser Arbeitszeit ist wohl möglich, aber nicht immer freiwillig, und wir finden, daß die Schlüsselstellen an der Eisenbahn wesentlich zur Erhöhung der Arbeitszeiten beitragen. Wir müssen deshalb, daß die Eisenbahnverwaltung dazu übergeht und allgemein die Sechszuhrschlußzeit ein führt.

Ich habe allerdings sehr wenig Hoffnung darauf, daß unsere Eisenbahnverwaltung den Wünschen entspricht, wie sie aus den Kreisen der Speditionsarbeiter an die Regierung gerichtet worden sind, oder daß diese Wünsche etwa besonders günstig beurteilt werden. Im Gegenteil, ich muß erklären, daß mir das Verhalten der Regierung in verschärferter Beziehung bedenklich erscheint. Wir haben in der letzten Zeit beobachten müssen, daß die Generaldirektion Speditionsarbeiter herausgibt, die ich als eine direkte parteiliche Stellungnahme gegen die Streikenden für die Unternehmer bezeichnen muß. Ich habe hier den "Bogisländischen Anzeiger" vom 27. März 1911. Darin ist eine Verordnung veröffentlicht, die folgenden Wortlaut hat:

"Infolge des Ausslandes der Transportarbeiter der Spediteure in Plauen i. B. macht die Eisenbahnverwaltung im allgemeinen Verkehrsintereß von den Bestimmungen in § 78 Abs. 1 und 2 der Eisenbahnverkehrsordnung bis auf weiteres Gebrauch.

Demzufolge führt die Eisenbahn die bisher durch den bahnamtlichen Rollfuhrunternehmer und durch andere Fuhrunternehmer zugelassenen Güter während der Dauer des gegenwärtigen Zustandes, und so lange die plünklische Güterabfuhr durch die Spediteure nicht wieder gesichert ist, nunmehr selbst den Empfängern zu."

Die Staatsbahnverwaltung wird jedensfalls so erklären wollen, daß bei einem Streik der Speditionsarbeiter Kreise in Misereinschaft gezogen werden, die nicht in direkter Verbindung mit dem Streik stehen. Ich will dem guten Willen der Regierung gar nicht zu nahe treten, aber meine Pflicht ist es, darauf hinzuweisen, daß damit eine Unterlassungsliste der maßgebenden Behörden vorliegt. Es ist heute allgemein üblich, daß sich die Regierungen dazu bereit finden lassen, die von ihnen abhängigen Unternehmer zur Einhaltung von Verträgen und Tarifen anzuhalten.

Wenn ich nicht irre, hat auch die sächsische Regierung dies bezüglich des Reichstarifs der Buchdrucker getan. Es wäre auch gegenüber den Speditions- und Transportarbeitern nötig, aber das läßt man hier vernissen, und die durchgesetzte Verordnung ist in der Wirkung nicht weiter als parteiische Stellungnahme. Die bahnamtlichen Spediteure werden durch die Verordnung der Staatsbahnverwaltung ihrer Pflicht gegenüber ihren Arbeitern entzogen. Jemand eine Pression auf sie auszuüben, ist niemand in der Lage. Die Eisenbahnarbeiter auch gegenüber ihren Willen, wenn es so weit ist, Streikbrecherdiensste zu verrichten, d. h. im Sinne der Arbeiterschaft ehrlös zu werden. Darüber wollen wir uns nicht streiten, daß in der Arbeiterschaft jeder Streikbrecher als ehrlös angesehen wird; ob die Rechtsprechung das für richtig hält oder nicht, spielt keine Rolle. Aber durch die wirtschaftliche Übermacht der Bahnverwaltung und der Regierung werden hier die Eisenbahnarbeiter zum Streikbruch gezwungen und in eine sehr schlechte Lage gebracht. Ich halte es für die Regierung und im Interesse der Regierung für ein viel verdienstreicheres Wirken, wenn sie ihrerseits bei ausbrechenden Differenzen in diesen Betrieben, wo bei ich gern zugebe, daß sie weite unbeteiligte Kreise mit umfassen, Vermittlungen anstrebt. Das ist aber vollständig unterlassen worden. In den mir bekannten Fällen, in Meuselwitz, und Plauen, hat es dazu geführt, daß jetzt teilweise noch 19 M. für einen Tag bezahlt werden. Durch die Wucht der Maßnahmen müssen die Arbeiter unterliegen und die Arbeit wieder aufnehmen. Ich glaube, es ist der Regierung bisher nicht bekannt gewesen, welche Wirkung ihre Maßnahme gefunden hat. Ich will deshalb in meinen Aussführungen nicht zu weit gehen, ich will nur hoffen, daß in zukünftigen Fällen die Regierung zunächst eine vermittelnde Tätigkeit ausübt, und daß dann, wenn sie merkt, daß keine Zugeständnisse gemacht werden, sie zu Maßnahmen greift, die nach Meinung der Regierung dazu führen, daß unbeteiligte Kreise nicht in Misereinschaft gezogen werden. . . .

Meine Herren! Ich hätte noch ein Büschchen, mit Ihnen über das Koalitionsrecht der Eisenbahnarbeiter zu reden. Es genügt aber, ich will der Geschäftslage Rechnung tragen. Ich wünsche nur, wir hätten mehr Zeit. Das Kapitel ist wichtig genug. Aber eins müssen Sie noch gestalten. Ich halte es für die unerlässliche Pflicht des Landtages, ohne weiteres darauf zu dringen, daß die Staatsbürgerrrechte nicht angeschlagen werden. Ich will heute nicht eine Debatte darüber anfangen, wie diese Verhältnisse bezüglich der Eisenbahner selbst liegen. Wir haben es ausgiebig im letzten Landtage gemacht und werden vielleicht später noch einmal Gelegenheit haben, es zu tun. Ich will der Zeit Rechnung tragen. Ich stelle an die Regierung die Frage, auf Grund welcher Bestimmungen nimmt sie das Recht für sich in Anspruch, den Arbeitern, die bei Zwischenunternehmen arbeiten, also nicht bei der Eisenbahn, beschäftigt sind, das Koalitionsrecht abzuspielen? Diese Leute werden heute mit 17 und 18 Pf., und wenn es hoch kommt, mit 22 bis 24 Pf. pro Stunde bezahlt. Das ist eine schauberhafte, eine skandalöse Bezahlung dieser Arbeit. Es kommt noch hinzu, daß auch Arbeit für diese Leute verlangt wird.

Präsident (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie dürfen Verhältnisse der Staatsbahn nicht als skandalös bezeichnen; "skandalös" ist kein parlamentarisches Ausdruck.

Abg. Richter (fortfahren): Herr Präsident, es dreht sich um Arbeiter der Privatunternehmer, nicht der Staatsbahnverwaltung. Ich stelle fest, daß eine Bezahlung mit 17 bis 22 Pf. ohne weiteres standhaft genannt werden muß. Die Regierung hat ein Recht, irgendeine dieser Arbeitgruppen, die nach Laufenden Fällen, das Koalitionsrecht abzuspielen, anzugeben. Diese Leute werden heute mit 17 und 18 Pf., und wenn es hoch kommt, mit 22 bis 24 Pf. pro Stunde bezahlt. Das ist eine schauberhafte, eine skandalöse Bezahlung dieser Arbeit. Es kommt noch hinzu, daß auch Arbeit für diese Leute verlangt wird.

Präident (unterbrechend): Herr Abgeordneter, Sie dürfen Verhältnisse der Staatsbahn nicht als skandalös bezeichnen; "skandalös" ist kein parlamentarisches Ausdruck.

Abg. Richter (fortfahren): Herr Präsident, es dreht sich um Arbeiter der Privatunternehmer, nicht der Staatsbahnverwaltung. Ich stelle fest, daß eine Bezahlung mit 17 bis 22 Pf. ohne weiteres standhaft genannt werden muß. Die Regierung hat ein Recht, irgendeine dieser Arbeitgruppen, die nach Laufenden Fällen, das Koalitionsrecht abzuspielen, anzugeben. Diese Leute werden heute mit 17 und 18 Pf., und wenn es hoch kommt, mit 22 bis 24 Pf. pro Stunde bezahlt. Das ist eine schauberhafte, eine skandalöse Bezahlung dieser Arbeit. Es kommt noch hinzu, daß auch Arbeit für diese Leute verlangt wird.

Schon der nächste Redner, ein Konservativer, attestierte den Sozialdemokraten, daß sie die einzigen seien, die derartige Bünde hegten könnten. Er stellte sich in der skandalösen Bogisländer Streikbruchgeschichte bedingungslos auf die Seite des terroristischen Generaldirektors. Es bleibt schon so, wenn die Arbeiter Holzer im Parlament brauchen, dann sind sie auf die Sozialdemokratie angewiesen. Und dann weisen die superflugen Arbeitersinde haarscharf nach, daß die seien Organisationen "sozialdemokratische" sind.

Der Streik in London.

Ein österreichischer Parteigenosse wog kürzlich einmal die Wirtschaft der Behörden und der Arbeiterschaft auf einem bestimmten Gebiet der Sozialpolitik gegeneinander ab und kleidete das Resultat seiner Forschung in die Worte: Wenn wir nicht besser wären als unsere Gegner! Als wir nicht mehr daran zweifeln könnten, daß die englischen Hafenarbeiter sich wirklich bereit erklärt hatten, eine Summe Geldes zu hinterlegen, als Garantiesumme für die prompte Innehaltung der Abmachungen durch die Arbeiter, da mußten wir unbedingt den Worten eines englischen Verichterstatters zustimmen, der unter Hinweis auf das Anerbieten der englischen Hafenarbeiter an die deutsche Presse schrieb:

Unter den Arbeitern wird ohne Zweifel die Ansicht zum Ausdruck kommen, daß der Transportarbeiterverband mit diesem Beschuß in seiner Nachgiebigkeit viel zu weit gegangen ist und einen sehr bedeutsamen Schritt unternommen hat. Die Hinterlegung einer Ration bedeutet nichts weniger als die praktische Aufspaltung der Trade Unions Act, die die Finanzen der Gewerkschaften sicherstellt, und gegen die sich die beharrlichsten Angriffe aller Arbeiterschaften richten. Solange der Kampf wächst, muß man natürlich mit der Kritik sehr zurückhalten. Jetzt nur soviel: Die englischen Gewerkschaften versteht es sprächtig, Streiks zu gewinnen, aber Streiks zu verlieren, ist manchmal noch schwerer.

Und als dann das Unglaubliche geschah, als die Unternehmer diesen Schwächezustand der Hafenarbeiter nicht ausnutzen und mit beiden Händen zugriffen, sondern das Angebot der Arbeiter ablehnten, weil sie glaubten, daß ihnen die völlige Vertrümmerung der Hafenarbeiterorganisation gelingen muß und weiter glauben, dabei mehr erobern zu können, da fiel uns unwillkürlich der österreichische Parteigenosse wieder ein: Wenn die Unternehmer bisweilen nicht dümmer — aus Hassucht und Herrschaft dümmer — wären, als wir!

Keine Gewerkschaft ist heute imstande, die Garantie für die Handlungen jedes einzelnen Mitgliedes zu übernehmen. Wir brauchen uns ja nur zu erinnern, wie dieser Konflikt entstanden ist, um uns klar zu sein, daß eine Garantiesumme eine offene Karte am Körper der Organisation ist, die eine langsame aber sichere Verblutung nach sich zieht. Wegen eines einzigen werden 100 000 Arbeiter dem "Streik-Elend" überlassen, heulen nach wie vor die Reederzettungen. Nein, wegen des einzigen wurden 20 000 Arbeiter gemäßregelt — das steht eben unverhütbare fest, wie für die kapitalistische Öffentlichkeit die Arbeiter den Konflikt vom brechen. Wir rechnen uns keineswegs zu jenen Gewerkschaftstheoretikern oder Gewerkschaftsstrategen, die jede Lebenssicherung der organisierten Arbeiter, die sich gegen die Unternehmer richtet, mit dem Maßstab der Hassenverhältnisse messen wollen. Wir betonen uns ohne weiteres zu dem Grundsatz, daß es sowohl im Leben der Arbeiterorganisationen, als im Leben jedes einzelnen Arbeiters Augenblicke geben kann, wo jede Frage nach dem, was kommen kann, von vornherein ausschaltet.

Der eine fragt: was kommt danach?

Der andere: was ist recht?

Und darin unterscheidet sich,

Der Freie von dem Necht!

Freilich werden wir uns den Gegner erst genau ansehen, forschen nach dem Beweggrund seines Handelns — und merken wir die Absicht, nun dann werden wir eben nicht versinken. Nachdem die Unternehmer wegen des "einzelnen" 2000 ehrlich Arbeiter auf das Straßenspazier warf, da war die Absicht eigentlich deutlich zu merken. Wenn kurze Zeit nach einem, für die Arbeiter siegreichen Streik, die Unternehmer öffentlich oder heimlich die Arbeiter reizen, provozieren, dann darf man sicher sein, daß die Unternehmer sehr leicht eine neue Auflage des Kampfes wünschen und sich entsprechend vorbereitet haben. Auch in London ist dies öffentlich der Fall, und vielleicht war die Bereitschaft der Hafenarbeiter, eine Garantiesumme für die Innehaltung des Vertrages zu stellen (bewußt oder unbewußt), der vorzüglichste Schachzug, den die Streikenden machen könnten. Nachdem sie vor der Dessenheit als die Urheber des Kampfes bestanden, da mußten sie durch einen Beschuß, der reinerlei Deutung oder falsche Aussichtung zuläßt, ihre Friedensliebe betonen, mußten sie durch einen Beschuß, von der Wichtigkeit, wie es dieser ist, die Unternehmer zwingen, Farbe zu bekennen. Es war ein gefährliches Spiel, hätten die Unternehmer diesen Friedenspreis angenommen, dann würden sie es in der Hand gehabt haben, die Arbeiterorganisation lebensunfähig zu machen. Sie hätten nur eine genugend große Zahl von Subjekten zu finden brauchen, die der Union beitreten, und dann auf Befehl der Unternehmer vertragswidrig hätten handeln müssen. Aber die Unternehmer waren verbündet, sie hielten den Schachzug der Arbeiter für schwach und brennen darauf, die Niederlage ihrer Shipping Federation auszumerzen: Die Londoner Hafenarbeiter sollen wieder unter die Füße.

Aller Phrasen enthält, stehen die Unternehmer als die verwerflichen Anführer des Kampfes da. Ihr Seite die famous Londoner Hafenbehörde, die von einem Versöhnungsvorschlag der Regierung gleichfalls nichts wissen will.

Die Hafenbehörde besteht noch nicht lange, sie ist erst am 31. März 1909 eingerichtet. Außer dem Präsidenten und Vizepräsidenten besteht sie aus 33 Mit-

gliedern, unter denen ernannt werden vier vom Londoner Hafenschaftrat, zwei von der City, zwei von dem Handelsamt, einer von der Admiralität und einer vom Trinity House, der bekannte Gesellschaft für Schifffahrtsförderung. Weitere 25 Mitglieder sind erstmalig vom Handelsamt ernannt worden. Nach dem Gesetz sind sie aber von den Vertretern der verschiedenen Handelsinteressen im Hafen zu wählen und sollen später auch in jedem einzigen Fall so gewählt werden. Die Regierung oder vielmehr das Handelsministerium ernannte auch den Präsidenten, der sich jetzt der Kläffung des Handelsamtes über den Streik sehr energisch widersetzt. Die Hafenbehörde hat Beauftragte, die Hafenanlage zu verbessern, neue Docks, Kai und Piere zu bauen und dann noch Büros und Register anzumachen, um für eine regelmäßige Beschäftigung der Dockarbeiter zu sorgen. Sie wird unterhalten durch die Tonnageabgaben. Gegen diese Behörde, die sich unter den Arbeitgebern des Hafens als die unverhönlischste gebärdet, machen die Arbeiter jetzt Front. Sie haben in der Behörde keine rechtliche Vertretung und deshalb wollen sie an ihre Stelle eine Körperschaft setzen, die zur Hälfte aus Arbeitgebern, zur anderen aus Arbeitern besteht, was vielleicht ein Fortschritt wäre. Dem sicherlich schreibt das "B. T." hat sich die Hafenbehörde in ihrer jetzigen Zusammensetzung nicht als Element der Verführung und des Ausgleichs gezeigt, was angesichts der eigenartigen Schwierigkeiten der Lage im Londoner Hafen besonders zu bedauern ist.

Besonders schwierig ist die Lage für die Regierung, die Unternehmer gehören zur regierenden Partei, und die Arbeiterpartei ist, bei der geringen Majorität der Regierung, eine unentbehrliche Stütze der Liberalen. Die Konservativen unterstützen mit allen Mitteln die Unternehmer, weil sie auf den Sturz der liberalen Regierung hoffen. Bei einem Vorstoß gegen den Minister des Innern, Mac Nenna, siegte jedoch die Regierung mit einer, für das Stärke-

sie die Arbeitgeber zu solchen Taten ermutigen." (Zurufe: Oi und Hörl hörl)

Ob wir es wohl noch erleben, daß ein deutscher Minister einmal solche vernünftige Wünsche äußern wird? Die Debatte selbst soll der Sache nicht förmlich gewesen sein. Nach Burgerville Zeitungsmitteilungen stehen die Konservativen beinahe geschlossen hinter den Arbeitgebern, die den Versuch machen wollen, ihren voraussichtlichen Sieg zur Vertrümmerung der unbedeckten Hafenarbeitergewerkschaft auszunützen und jenen chaotischen Zustand wieder herzustellen, wie er vor Gründung der Gewerkschaft bestand und bei dem die Arbeitgeber das entschlechte Elend unter den isolierten Hafenarbeitern ausnutzen konnten. In der liberalen Mehrheit herrscht die Überzeugung, daß das unter keinen Umständen geduldet werden darf, sondern daß, wenn es nicht anders geht, die Regierung eingreifen muß, um eine beiderseitig befriedigende Lösung der unendlich schwierigen Frage zu finden. Vorläufig freilich beschloß die Regierung, nicht einzutreten, sondern die Beteiligten den Kampf allein auszuschließen zu lassen. Sie kann für den Augenblick auch kaum anders. Unter den Arbeitern herrscht Zwietracht, und die Arbeitgeber wollen sich nicht zusammenschließen. Inzwischen wächst die Not unter den Streikenden. Frauenausschüsse wurden gebildet, um für die Ernährung der Kinder zu sorgen. Sonnabend, 15. d. Mts., soll durch Londons Straßen eine Hungerprozession veranstaltet werden. Daß die Arbeiter aber schon die weißflagge hissen, wie die konservative Presse behauptet, kann man noch nicht sagen."

Wie die Arbeiter die Dinge ansehen, geht aus folgendem Manifest hervor, das den Generalstreik anordnet.

Kameraden! Nach langen Bemühungen, einen Kampf zu verhindern, und langen Bemühungen, den gegenwärtigen Kampf beizulegen, sind die Verhandlungen zum Stillstand gekommen.

a) Die Arbeitgeber haben sich geweigert, das Recht der Transportarbeiter als Gewerkschaft anzuerkennen.

b) Sie haben sich geweigert, als verantwortliche Körperschaft der Arbeitgeber die Verträge einzuhalten.

c) Sie haben sich geweigert, die gesetzliche Verpflichtung des Vertrages und des Vereinbarungsmess anzuerkennen und das Angebot der Regierung, eine Behörde zu schaffen, die das Einhalten der Vertragsbedingungen erzwingen soll, anzunehmen.

d) Um uns zu schlagen, verlassen sie sich auf das brutale Kampfmittel des Hungers und der Einschüchterung, auf Repressalien durch Polizei und Militär.

e) Man hat unsere Verträge, Schiedssprüche und richterliche Entscheidung beiseite geschoben.

f) Man hat uns unsere Löhne gestohlen, und zwar eine sehr große Summe seit dem letzten Vertragsabschluß.

Wir bitten jetzt unsere Kollegen der Transportindustrie, die Arbeit einzustellen, um mit uns in einer nationalen Kraftanstrengung zu versuchen, unsere Löhne zu schützen und unsere Rechte als Organisation zu wahren.

Wir appellieren an unsere Mitgewerkschafter und an die Freunde der Arbeiterklasse und der Gerechtigkeit, wir appellieren an die freiheitlichen Traditionen der Nation, uns zur Hilfe zu kommen. Wir bitten um sofortige Hilfe in Geld und Natur, wie auch um Hilfe zum Unterbringen und zur Ernährung der Kinder. Wir bitten um sofortige Hilfe. Alle Mitteilungen von angeschlossenen Organisationen und Freunden sind zu adressieren an

H. Gosling, Vorsitzender,

Mr. Williams, Generalsekretär.

Nationaler Transportarbeiterverband, Maritime Hall, West-India-Docks, London, E.

Die Genossin Warwick (eine Gräfin) hat sich bereit erklärt, 1000 Kinder der Streikenden zu behausen und zu ernähren. — Aus dem Manifest hängt deutlich die Sprache der letzten Entschlossenheit, der Verzweiflung. Trotzdem kann nicht gesagt werden, daß der Kampf bereits verloren ist. Es kommt alles auf die Transportarbeiter im Lande an. Bisher ist allerdings von einer durchgreifenden Arbeitsniederlegung in den anderen Häfen nichts zu merken. Wer gut Ding will — besonders in England.

Von der Entschlossenheit und Erbitterung, mit der die Hafenarbeiter ihre Rechte verteidigen wollen, zeugt folgender Vorfall. Die Unternehmer gründeten nach dem Eisenbahnerstreik des letzten Sommers eine Wintertorgarde, die diesmal Verwendung finden soll. Die Transportarbeiter haben jetzt mit einer eigenen Schutzeinheit geantwortet. In dem Meeting am Tower Hill forderte Ben Tillett alle Streikenden, die im Heere, in der Flotte oder in der Territorialarmee gedient hätten, auf, die Hand zu heben. Laufende Hände streckten sich empor. Darauf fragte der Redner, wie viele von den gedienten Soldaten oder Matrosen bereit seien, der Zivilpolizei der Transportarbeiter beizutreten. Wiederum wurden laufende Hände erhoben. Der Redner rief dann den Freiwilligen, sich mit starken Knüppeln zu bewaffnen. Die Regierung sei schon benachrichtigt worden, daß die Transportarbeiter wie die Arbeitgeber ihre eigene Polizei schaffen würden. Er (Tillett) sei der Vorsitzende des Streikkomitees, der verantwortlichste Beamte, und er würde die Aufforderung nicht erlassen haben, wenn er nicht den Auftrag dazu bekommen hätte.

Obgleich die Position der Londoner Hafenarbeiter nicht besonders günstig zu sein scheint, ist jedes Urteil über den Ausgang leere Prophezeiung. Wenn freilich das Land London im Stich läßt, dann geht unsere englische Bruderorganisation einer schweren Zeit entgegen. Hoffen wir also, daß bester im Interesse der englischen und auch der deutschen Hafenarbeiter.

Ortsverwaltungen!

Durch unsere Buchhandlung ist zu beziehen:

Der Courier, Jahrgang 1911	geb. 2,25 M.
Der Straßenbahner, Jahrgang 1911	1,80 "
Der Seemann, Jahrgang 1910/11	2,25 "
Correspondenzblatt, Jahrgang 1911	2,— "
Die Arbeiter-Jugend, Jahrgang 1911	4,— "
Die Gleichheit, Jahrgang 1911	4,— "

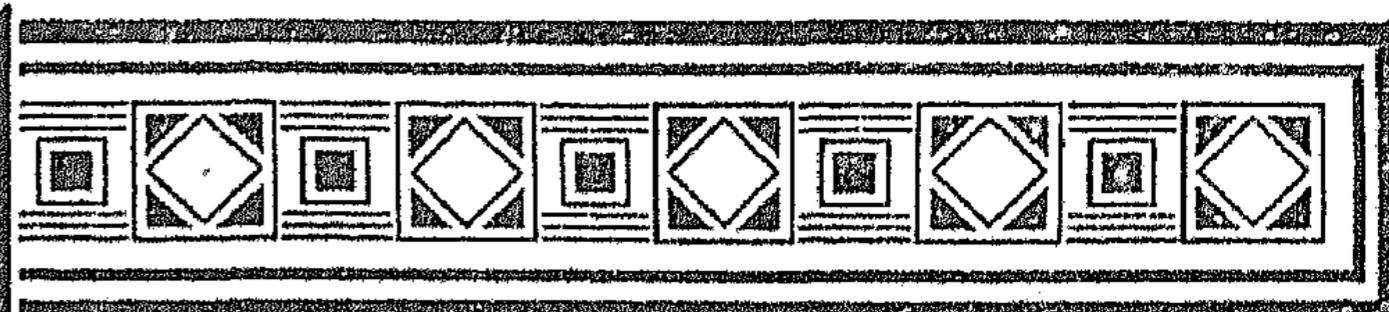
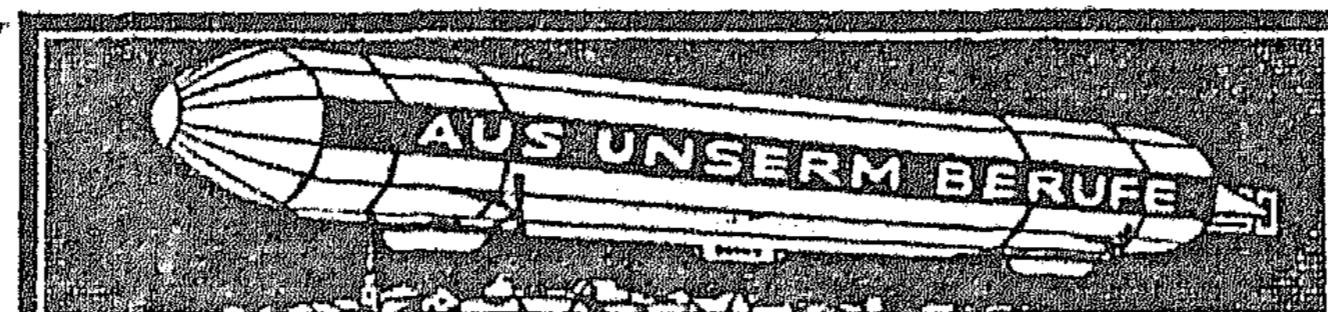
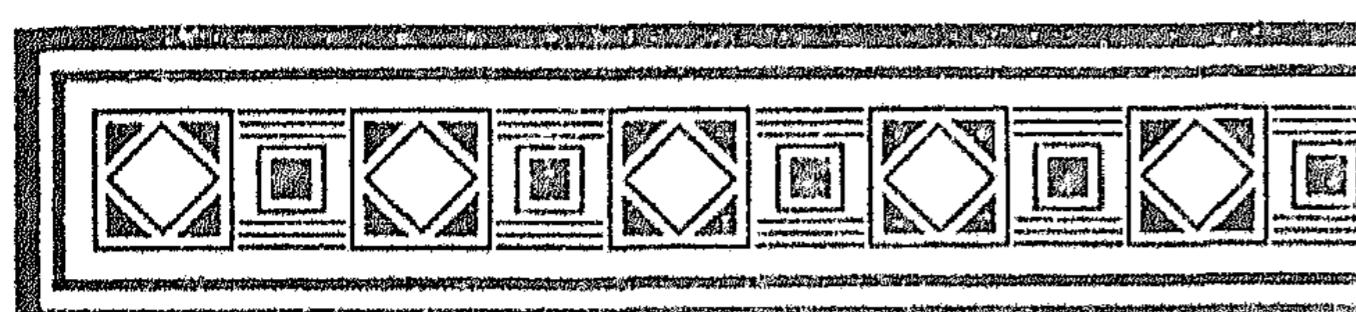
Ferner sind auch noch frühere Jahrgänge des Courier sowie Correspondenzblatt, welche zu gleichem Preise abgegeben werden, vorhanden.

Berlagsanstalt „Courier“.

verhältnis der beiden großen Parteien großer Mehrheit von 77 Stimmen (337 gegen 260). Der Minister hatte sich geweigert, ein Streitbrecherschiff (Logistikschiff) besonders "beschützen" zu lassen, das sollte gerächt werden. Interessant war die Verteidigung des Ministers. Die wichtigsten Stellen seiner Rede sind nach dem Berichte der "Times" folgende:

"Es ist die Pflicht der Regierung, den Frieden zu wahren; aber wenn man zu Handlungen greift, von denen man weiß, daß sie provokatorisch sind (Beispiel bei der Arbeiterpartei), dann ist es zu viel verlangt, daß Polizei von außen importiert werden soll, um den Weg zur provokatorischen Handlungsweise zu ebnen. (Zurufe der Opposition: Welche provokatorische Handlungsweise?) Hier handelt es sich nicht darum, Leute zu beschützen, die gewöhnlich in Purfleet beschäftigt werden, hier handelt es sich darum, Leute zu beschützen, die ausgezeichnete Gelegenheit hatten, in Newport zu arbeiten, aber als Streitbrecher besonders hergebracht worden waren. (Beispiel bei der Arbeiterpartei.) Wenn diese Leute gearbeitet hätten und Unruhen wären entstanden, dann wäre es die Pflicht der Polizei gewesen, die Ordnung wieder herzustellen; aber es kann nicht die Pflicht der Polizei sein, bei jeder Gelegenheit Arbeitgebern in Handlungsweisen beizustehen, die in erster Linie darauf hinzielen. (Zurufe: Oi o!) — ich will nicht sagen, in diesem Fall — aber die in vielen Fällen darauf hinzielen, Unruhen zu provozieren. (Zurufe: Stein!) In London wird gegenwärtig, wie Sie alle wissen, viel Arbeit beim Lösen von Schiffen verrichtet, und es sind praktisch keine Unruhen vorgekommen. Die Arbeiter haben sich mit großer Selbstbeherrschung aufgeführt, obwohl sie — ob nun mit Recht oder Unrecht — fühlten, daß Ihnen in dem Kampf um das, was Sie als Ihr Recht betrachten, großes Unrecht geschehe, wenn Sie durch die in dem Hafen zur Anwendung gebrachten Maßnahmen geschlagen werden würden. Sie haben nichts unternommen, um Unruhen zu provozieren, aber wenn man ein Schiff hereinbringt, das besonders dazu bestimmt ist, Streitbrecher zu beherbergen, muß es zu Unruhen kommen. Die in London angewandten Methoden sollten in anderen Distrikten nachgeahmt werden. Wenn Arbeitgeber dazu angehort werden, Methoden zu benutzen, von denen Sie sowohl wissen wie ich, daß sie Unruhen provozieren werden, dann muß ein Unfall passieren. Ich appelliere an die ehrenwerten Mitglieder, mich in dem Versuch, die Arbeitgeber daran zu verhindern, provokatorisch vorzugehen, zu unterstützen. Dies sind Schiffe, die mit Streitbrechern gefüllt speziell hergebracht werden. Die ehrenwerten Mitglieder des Hauses werden der Allgemeinheit einen schlechten Dienst erweisen, wenn

der Arbeitgeber zu solchen Taten ermutigen." (Zurufe: Oi und Hörl hörl!)



Ergänzung der Ausführungsbestimmungen zum Automobilgesetz. Dem Bundesrat liegt gegenwärtig ein Antrag einer Bundesregierung auf Ergänzung der Ausführungsbestimmungen vom Februar 1910 zum Gesetz über die Regelung des Verkehrs mit Kraftwagen vor. Dieser Antrag ist veranlaßt durch die steigende Verwendung von Kraftfahrzeugen mit Anhängern in den Städten und deren Umgebung. Die hierdurch entstehenden Geräusche und Erschütterungen sind vielfach derart belästigend für den Straßenverkehr, daß es zunächst angebracht erscheint, für diese Kraftfahrzeuge Vorschriften zu erlassen, die auch bei schnellem Fahren auf gepflasterten Straßen übermäßige Geräusche zu verhindern geeignet sind. Es wird sich dabei in erster Linie um die Verpflichtung zur Gummibereifung der Anhängerwagen handeln. Man kann annehmen, daß der Bundesrat dem vorliegenden Antrage zustimmen und eine Ergänzung des § 25 seiner Verordnung vom Februar 1910 vornehmen wird.

Warnung vor Baruth (Mark Brandenburg). Die kleine märkische Stadt Baruth hat ihren Ortspolizisten dahin instruiert, jeden Autler, der in einem 15 Kilometer überschreitenden Tempo die Stadt passiert, zur Anzeige zu bringen. Der Polizist wurde zwecks Ausbildung im Betrieb nach Baruth geschickt. Jede Übertretung kostet ca. 20 M. Der Bürgermeister soll zugleich Amtsamt sein.

Achtung, Döberitz bei Berlin! Auf der bekannten, viel befahrenen Berlin-Mauener Chaussee, welche durch das Döberitzer Lager führt, wird dort seit einiger Zeit von Säugern mit der Stoppuhr sehr eifrig die Durchfahrt der Automobile kontrolliert, weshalb zur größten Vorsicht gemahnt sei. Auf der Mauener Seite der Döberitzer Chaussee ist eine kaum lesbare Tafel in schwarz-weisser Schrift über das hier zulässige 25 Km.-Tempo angebracht, welche aber infolge ihres Zustandes beim Vorüberschreiten, zumal sie auf der unrichtigen linken Seite steht, sehr leicht übersehen wird. Ferner ist die Chaussee bekanntlich an der Stelle abgeschlossen, so daß der Wagen unwillkürlich in ein etwas schnelleres Tempo versetzt. Es ist also doppelte Vorsicht geboten.

Automobilunfall der Frankfurter Feuerwehr. Wer die Tagespresse verfolgt, wird sehen, daß das Publikum gedankenlos dem Chauffeur die Schuld an den Unfällen gibt. Wie jedoch Unfälle entstehen, beweist nachstehender Fall: In der letzten Stadtverordnetenversammlung zu Frankfurt a. M. brachte Gen. Dr. Gräf den traurigen Unfall eines Feuerwehrmannes zur Sprache. Die Frankfurter Feuerwehr wurde nachts 3 Uhr vom Branddirektor alarmiert und ihr der Befehl erteilt, sofort einen Löschzug zu bilden, um in dem benachbarten Rüsselsheim das Großfeuer einer Fabrik zu löschen. Der Löschzug sollte aus dem 4. Zug der Wache gebildet werden und zwar aus 1 Automobil der Krippe mit ganzer Ausrüstung. Um nun ein zweites Automobil zu stellen, nahm der Herr Direktor einfach ein der Fabrik frisch geliefertes Auto aus der Werkstatt, welches sich noch im Rohbau befand. Dasselbe hatte noch gar keine Schuhvorrichtungen, keine Latrine, keine feste Sitzgelegenheit für die Mannschaft. Ein mit Eisen beschlagener Kasten war wohl aufmontiert, auf den aber noch ein ganzer Haufen Schlacke elsigst geworfen wurde. Auf diese „Sicht“ mußten dann 6 Feuerwehrleute heraufsteigen und sich während der Fahrt gegenseitig festhalten, weil keine Vorrichtungen zum Festhalten vorhanden waren. Nun ging die Fahrt auf Leben und Tod los. Das Auto des Herrn Branddirektors fuhr vor und gab dem nachfolgenden unbeteuteten Auto die Richtung an. Kurz vor Rüsselsheim sauste nun das erste Auto um die Ecke und das nachfolgende Auto fuhr in voller Dunkelheit weiter und mit aller Wucht in einen tiefen Graben, der in der Dunkelheit vom Chauffeur nicht zu sehen war. Durch den furchterlichen Unfall wurden alle 6 Feuerwehrleute herunter geschleudert. Glücklicherweise kamen wenigen 5 davon mit dem Schrecken und einigen Hautabschürfungen davon, während der 6. Mann bestmöglich in das nächste Krankenhaus transportiert werden mußte. Der Schwerverletzte wurde nach Monaten aus dem Krankenhaus als Krüppel entlassen und wird wohl nie wieder dienstfähig werden.

Genosse Gräf stellte nun an den Magistrat die Frage: Wer für die Folgen des bedauerlichen Unfalls wohl haftbar gemacht werden würde? Als die Antwort des Stadtrates ausweichend war, weil ihm eben die ganze Sache sehr unangenehm kam, erklärte der Fragesteller weiter, daß nach seinen Informationen nicht der arme Chauffeur verantwortlich gemacht werden könne, sondern der Direktor selber. Dieser habe alarmiert und befohlen, daß der Chauffeur einen Wagen, der sich noch im Rohbau befand, weder Licht noch feste Sitzgelegenheit für die Mannschaft hatte, benutzt werden müsse. Der Chauffeur konnte sich nach der Instruktion nicht weigern, den Wagen zu fahren, wenn er auch das Unglück kommen sah. Hier habe das System, das militärische System der Feuerwehr das große Unglück verschuldet, daß ein Einzelner als Vorgesetzter in der Mitternacht einfach einem geprüften Chauffeur zumutet, gegen seine Überzeugung ein Auto zu苯zen, welches allen polizeilichen Vorschriften zuwidert, gar nicht benutzt werden durfte. Der Chauffeur ist Feuerwehrmann und als solcher dem unbedingten Gehorsam unterworfen. Er mußte fahren und konnte sich nachher beschweren. Und dabei ist der Branddirektor der hohe Vorgesetzte und hat

gleichzeitig auch Polizeigewalt. Natürlich wird der Fall noch weitere Folgen haben.

Frankfurt a. M. Die Droschkenchausseefrage auf dem Wege zum Lokalverein. Während in allen Städten Deutschlands die in lokalen Vereinen organisierten Kraftwagenführer dazu übergehen, diese aufzulösen und sich der großen Centralorganisation für das gesamte Verkehrsgewerbe anzuschließen, sind die Frankfurter Kollegen drauf und dran, das Gegenteil davon, die Gründung eines Lokalvereins zu unternehmen. Wenn wir mit wenigen Worten auf diese Tatsache eingehen, dann wirklich nur aus dem Grunde, weil es uns darum zu tun ist, die Kollegen vor Schaden zu bewahren. Denn etwas anderes ist es nicht, als daß durch die Begründung eines engbegrenzten, finanzschwachen, wenige Mitglieder zählenden Vereins eine eminente Schädigung der einzelnen Beteiligten, sowie der ganzen Allgemeinheit zugesetzt wird.

Wir werden das noch im weiteren nachweisen. Was ist nun der Grund zur Gründung eines Lokalvereins? Schon seit längerer Zeit, hauptsächlich jedoch in den letzten Monaten, geht die hiesige Polizei gegen die Wagenlenker aller Art in besonders schneidiger Weise vor. Hauptsächlich jedoch haben unsere Kollegen Droschkenchauffeure darunter zu leiden. Das schikanöse Vorgehen der Polizeiorgane, der allzu grohe „Segen“ der Strafmandate hat die Kollegenschaft zusammengetrieben, hat ihnen die Notwendigkeit des beruflichen Zusammenschlusses begreiflich gemacht. An sich eine Tatsache, über die man sich freuen könnte, wenn nicht die Kollegenschaft die falsche, schon längst überlebte, wertlose Form der lokalen Gliederung gewählt hätte. Alle Mühen unsererseits, die Kollegen vom falschen Wege abzubringen, wurden in den Wind geschlagen. Warum? Weil man nicht mit den „Anderen“ zusammen in einem Verband sein will“, wie uns kürzlich ein Kollege sagte. Ach, werte Kollegen Chauffeure, Ihr wißt wirklich nicht, welche unschätzbaren Dienste die „Anderen“ Ihren Kollegen Chauffeuren schon geleistet haben, wißt nicht, ob es nicht in Frankfurt auch mal eintreten kann, daß die Kollegen Chauffeure die „Anderen“ in Anspruch nehmen müssen. Fast in jeder Nummer unseres Fachblattes wird auf die fortwährend zunehmende Vertrübung großer Gewerbegeellschaften im Verkehrswesen hingewiesen. Was will es bedeuten, wenn wirklich eine Kapitalsträchtige Droschkenbesitzer ihre paar Sparpfennige in den Erwerb einer Autodrosche stecken? Die große Mehrzahl der laufenden Droschen in allen Städten Deutschlands gehören großen industriellen Gesellschaften oder von diesen errichteten Tochterunternehmen. Es ist ganz selbstverständlich, daß das in dem Unternehmen investierte Kapital sich verdienen muß. Von den Dividenden kann schlechtdingz nicht gespart werden, von den „mageren“ Lantemmen der Direktoren ebenso wenig, bleibt als letzter Stettungsanker der Lohn des Fahrers! Was will es bedeuten, wenn wirklich einige Kollegen gerade hier in Frankfurt sich günstlich preisen können, ebenfalls Altionär einer derartigen Gesellschaft zu sein, die große Mehrzahl lebt von der Hand in den Mund, auf diesen lasten die zahllosen Strafverfügungen doppelt schwer! Und nun wollen die ohnehin geplagten Kollegen sich durch Eintritt in einen kleinen, den hohen finanziellen Anforderungen in keiner Weise gewachsenen lokalen Verein neues Opfer auferlegen? Kollegen, bedenkt, was Ihr tut! Noch ist es Zeit, umzuschrein! Ein Kollege hat Euch ja bereits in der am Montag, den 10. 6. Mts. stattgefunden Versammlung davon abgeraten, den falschen Weg zu betreten. Die Gründe, die er in den 15 Minuten, die man ihm als Redezeit gewährt hatte, anführen konnte, sind so gewichtiger Natur, daß sie nicht von der Hand gewiesen werden können. — Wohl beschloß man auf Antrag eines Kollegen, der wie Eingeschworene mitteilten, ebenfalls zu den „Altionären“ zu zählen, ist, in die Beratung der Vereinsstatuten einzutreten. Wir zweifeln nicht, daß die Gründung auch zustande gekommen ist. Doch es wird sich zeigen, daß das, was wir in der Gründungsversammlung ausführten, eintreten wird: Die lokale Aktionsfähigkeit des Vereins und was noch viel schlimmer ist, die gänzliche Existenzuntergrabung der Berufskollegen! Es liegt uns vollkommen fern, die Verhältnisse schwächer zu malen, wie sie sind. Aber das eine wird doch kein Kollege ableiten können: Eine lokale Vereinigung, die im glücklichsten Falle nicht mehr als 80 bis 100 Mitglieder umfaßt, kann auf keinen Fall die Interessen der Kollegen in der Weise vertreten, wie es unbedingt notwendig ist. Bei einem Beitrag von monatlich 2 M., wie es vorgesehen, kommt pro Monat die „hohe“ Summe von 200,— M. zusammen. Nehmen wir nun an, daß in einer Woche nur fünf Rechisschufälle zu behandeln sind, so ist hierfür schon die Summe von 300 M. nur für Rechtsanwaltskosten erforderlich. Nun darf aber nicht vergessen werden, daß zu dieser Summe Schreibgebühren usw. hinzukommen. Sind Vertretungen in Höchst, Bamberg, Kaisa oder in sonstigen Vorstädten wahrzunehmen, dann ist es auch mit vorstehender Summe nicht abgemacht. Wo bleiben nun die Mittel für andere unbedingt notwendige Einrichtungen? Wo ist die nicht zu entbehrende Fachpresse, die Euch mit den Gefahren des Automobilgesetzes, mit den neuesten Gerichtsentscheidungen bekannt macht? Wo bleiben die sozialen Einrichtungen, wie wir sie in unserem Verbande in so musterqualifizierter Weise geschaffen haben? Kranken-, Arbeitslosen-, Sterbe-, Notfall-, Erstaunterstützung, Unterstützung bei Streits und Maßregelungen, das alles sind Einrichtungen, die nur eine kapitalsträchtige, 215 000 Mitglieder

umsfassende Organisation aufweisen kann. Darum nochmals: Nicht Bersplitterung in lokale Vereine, sondern Zusammenschluß in einer starken, die Interessen der Kollegen Chauffeure nach jeder Richtung hin kräftvoll vertretenden Centralorganisation! — Beitrittsklärungen werden jederzeit im Verbandsbüro, Allerheiligenstr. Nr. 61, Zimmer 16, entgegengenommen.



Bitterfeld. In letzter Zeit hat der Deutsche Transportarbeiterverband, der es vorher sehr lang nur auf ganz wenige Mitglieder brachte, die Zahl derselben auf rund 60 erhöhen können. Anfolgedessen war es auch möglich, eine auf eigenen Flächen stehende Zentralstelle zu gründen, deren Leiter es sich angelegen sein lassen, eine weitere Vorwärtsentwicklung ihrer Gewerkschaft zu erzielen. An noch außerhalb stehenden Berufsangehörigen fehlt es in Bitterfeld nicht; hunderte solcher sind organisatorisch und können für die große Sache gewonnen werden. Daß der Transportarbeiterverband imstande ist, für die Verbesserung seiner Mitglieder zu sorgen, beweist bereits ein Beispiel, welches angeführt werden kann. Es gelang nämlich für die Bierfahrer der Bierneiderlage Niederrhein u. Co. einen Tarifvertrag zum Abschluß zu bringen, der außer einer Lohnhöhung auch eine Regelung der Arbeitszeit, die Bezahlung der Überstunden, Sonn- und Feiertagsarbeit und verschiedene andere bedeutende Vorteile vorsieht.

Die Berufskollegen in den verschiedensten Betrieben mögen sich den Erfolg registrieren und nach ähnlichen Vorteilen streben. Die wirtschaftliche Lage der meisten davon ist sehr verbessерungsbedürftig. Vor allem müssen die Geschäftsführer, die Holzplatzarbeiter usw., daran gehen, sich ein menschenwürdiges Dasein zu schaffen. Um dahin zu kommen, heißt es aber eben organisierten und Aufklärung schaffen. Eine Waffe dazu im Kampfe ist das Volksblatt mit. Dieses zu abonnieren und vor allen Dingen auch zu lesen müßte sich jeder Transportarbeiter zur Pflicht machen. Darum auf, alle ihr im Handel, Transport und Verkehr beschäftigten Arbeiter Bitterfelds, tut, was euch als Arbeiter zusteht. Vorwärts immer, rückwärts niemals!



Es ist nicht alles Gold was glänzt. Ein Beispiel für die Wahrheit dieses Wortes ist der Deutsche Portierverband. Man gibt sich nach außen den Anschein, Mitglied einer modernen Organisation zu sein, tritt auch den sozialdemokratischen Wahlvereinen bei und geht damit hausieren; aber das ist alles nur Schale. Der sogenannte Deutsche Portierverband verspricht seinen Mitgliedern und allen, die es werden wollen, Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und gibt vor, auch sonst alle Rechte und Interessen der Berufskollegen zu vertreten. Nicht nur in seinem Vereinstatut kann man es lesen, sondern auch in seinem Vereinsorgan wird dies stets in Textdruck hervorgehoben. Um keinen Zweifel bestehen zu lassen, bringen diese Deutschen hin und wieder einen Artikel, wie solche die freien Gewerkschaften, um aus ihren Mitgliedern wirklich aufgeklärte Kollegen zu machen, alle Tage verbreiten. Nach dem Statut bezweckt der D. P. V. folgendes: Erbringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingung, Rechtsschutz, Notfall- und Sterbeunterstützung. Auch hat man ein Blatt im Vereinsbuch zweck Eintragung empfangeener Streitunterstützung reserviert. Sehen wir uns mal die Versprechungen etwas genauer an, die dort unseren Berufskollegen gemacht werden. Es ist gewissenlos, als ersten Grundsatz die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen aufzustellen, dann aber auch nicht den leidesten Versuch zu machen, diesen Grundsatz durchzuführen. Denn sehr leicht möglich ist es, daß die Geschichte mit Geldlosen verknüpft sein könnte. Es wäre sogar leicht möglich, daß man es dann mit den Hausväschas für immer verdorben hat, und das möchte man doch nicht, weil ja sonst auch so manche 18 bis 20 M. Stellung stören gehen könnte. Als Beweis dafür, daß wir dem D. P. V. kein Unrecht tun, wollen wir kurz zwei Fälle aus der Praxis anführen. Bei unserem letzten großen Streik in der A. G. C. wollten auch die Mitglieder des D. P. V., die dort beschäftigt waren, mitstreiken, aber sie hatten die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Es wurde ihnen von ihrem Vorstande einfach verboten, sich am Streik zu beteiligen, oder sie mißten ohne Unterstellung den Streik mitmachen. Der zweite Fall: Bei dem Streik C. G. Helbe in Brühl war ebenfalls ein Mitglied des D. P. V. — es handelt sich hier um den Fahrstuhlführer — bereit, sich dem Streik anzuschließen, — ja es waren ihm die Forderungen noch nicht hoch genug, — aber auch diesem wurde von Herrn Hampe, einem Angestellten des sogenannten D. P. V., verboten, sich überhaupt am Streik zu beteiligen, doch wurde ihm anheimgestellt, keine Streikarbeit zu verrichten. Uns will es einfach nicht einleuchten, daß, wenn jemand von seiner Organisation verboten wird, sich am Streik zu beteiligen,

sich aber auch nicht der Gefahr aussehen will, bei Verweigerung von Streikarbeit auf die Straße gesetzt zu werden, dann aber eine Unterstützung von seiner Organisation nicht zu erwarten hat, nicht gezwungen ist, Streikarbeit zu leisten. Wenn das Edelgewächs glaubt, sich mit der leichten Anordnung salvieren zu können, so befindet der Herr sich auf dem Holzweg. Jeder Arbeiter steht in der Aufruhrerung, nicht mitzufreien, die Aufruhrerung zum Streikbruch. Über glaubt Hampel, daß die bestreite Firma den Streikbrecher abkommandieren würde, vielleicht zum Spargelschneiden. — Und das will eine moderne Arbeitseigorganisation sein!

Auch mit der Arbeitslosenunterstützung ist es nicht weit her. Während im Deutschen Transportarbeiter-Verein diese Unterstützung je nach der Dauer der Mitgliedschaft gezahlt wird — bis zum Höchstbetrag von 11 Mk. auf 12 Wochen — wird im D. P. B. nur eine einheitliche Unterstützung von 6 Mk. auf die Dauer von drei Wochen gezahlt. Um aber seinen Mitgliedern wenigstens etwas zu bieten, gewährt der D. P. B. eine Rechtsschutzhilfe, die aber, schon aus oben angeführten Gründen, wenig in Betracht kommt. Über auch eine Platz- und Sterbeunterstützung, letztere sogar für Frauen und Kinder der Mitglieder gewährt man; diese Unterstützung wird im Deutschen Transportarbeiter-Verein schon seit Jahren gewährt. Etwas muß man doch schon seinen Mitgliedern bieten, um die wenigen halten zu können.

Wie man Agitation am besten betreibt ohne Geldausgaben, darüber ist sich der Vorstand des D. P. B. längst klar. Wozu gibt es denn immer noch soviel Dumme aus der Welt, und Berlin hat ja leider auch eine ganze Portion davon. Man gründet sich eine Fahrtshülfschule, preist diese in der bürgerlichen Presse an, und wer dort lernt, muß Mitglied werden. Also eine schöne Idee. Aber nur für Leute dieses Kalibers. Erst noch vor nicht allzu langer Zeit erklärten diese Leutchen sich mit uns solidarisch, um gegen die bestehenden Fahrstuhlführerschulen Front zu machen, und schon nach kurzer Zeit gründet man selbst eine solche „Schule“. Ebenfalls die beiden Arbeitsnachweise bringen eine gute Portion Mitglieder, die allerdings, wenn sie den Braten gerochen haben, bald wieder verschwinden. Es wird jedem, der sich dort um Arbeit bemüht, nahe gelegt, daß er auch Mitglied werden müsse. Die Aufnahmgebühr beträgt ja nur 1 Mk., und der wöchentliche Beitrag ist auch sehr billig, nur 25 Pf. Geht dann einer der Kollegen darauf ein, so werden ihm 2—4 Mk. auf einmal abgenöpft, da für 2 bis 3 Monate der Beitrag gleich bezahlt werden muß. Das die Agitationsweise des D. P. B. Ob das eine einwandfreie Agitation oder Vauernfängerei ist, überlassen wir unseren Kollegen zur Beurteilung.

Noch ein Wort über die Fahrstuhlführerschule. Es wird vom Vorstand des D. P. B. immer wieder behauptet, die Ausbildung in dieser Schule sei eine „tadellose“ und der Unterricht würde nur von einer erstenklassigen Kraft gegeben. Wie haben schon des öfteren Gelegenheit gehabt, das Gegenteil zu beweisen, und so auch jetzt wieder. Am 7. Mai d. J. wurden wieder 8 Lehrlinge zur Prüfung zugelassen. Nach Angaben eines dieser Lehrlinge war die Ausbildung eine sehr mangelhafte, was nach verschiedenen sehr leichten Fragestellungen klar zu Tage trat. Praktisch hat er nach seiner Angabe so gut wie nichts gelernt. Die Prüfung war auch keine praktische, sondern nur theoretisch, jeder Schüler mußte eine Anzahl Fragen schriftlich beantworten. Wir sind nun in die Lage gekommen, ein Exemplar dieser Fragebogen in Augenschein zu nehmen und führen wir dieses wahrheitsgetreu, wortwörtlich unseren Kollegen vor Augen:

1. Woran besteht der Aufzug?
 2. Gliederung der Steuerungen.
 3. Wie werden Handaufzüge bedient?
 4. Welche Kräfte treiben die Aufzüge?
 5. Wie heißen solche Kraftmaschinen?
 6. Mit Wasserdurchfluß ist zu vergleichen bei elektrisch Strom was?
 7. Was ist mit der Wassermenge vergleichbar?
 8. Was ist mit Druckverlust zu vergleichen?
 9. Durch was kann der Aufzug außer Betrieb kommen?
 10. Wie prüft man mit der Lampe?
 11. Wie bei 440 Volt?
 12. Was geschieht, wenn man an 440 Volt eine 220 Voltlampe angeschalten wird?
 13. Welchen Zweck hat der Grenzschalter?
 14. Beim Selbststeuerten Fahrstuhl heißen die selbsttätigen Sicherungsrichtungen?
 15. Wie viel sind vorhanden?
 16. Welchen Zweck hat der Regulator?
 17. Wieviel ist die Parkvorrichtung?
 18. Was ist vor einer Untersuchung zuerst zu thun?
- Dieser Fragebogen ist nicht etwa gedruckt, heliographiert oder sonstwie vervielfältigt, sondern mit der Hand geschrieben — jedoch nicht mit Tinte, sondern mit Blei?

Der größte Teil dieser Fragen ist Unsinn, die Fragen sind vollständig falsch zum Ausdruck gebracht worden. So sieht also die „tadellose“ Ausbildung in der Schule des D. P. B. aus, mit der sich die Herren stets rühmen. Wir können wieder nichts anderes tun, als jeden der gewillt ist, Fahrstuhlführer zu werden, vor dieser Schule, sowie auch vor den anderen noch in Berlin bestehenden Fahrstuhlführerschulen dringen und zu warnen, weil den Lernenden auch nicht — mit einigen Ausnahmen vielleicht, weil ja sonst der Schwund zu schnell aus Tagessicht kommen könnte und sich auch noch andere Leute damit beschäftigen würden — das Allernotwendigste in diesen Schulen für das schwere Gelb, das dafür bezahlt werden muß, gelernt wird. Es gibt noch keine staatlich zugelassene Fahrstuhlführerschule. Wir raten aber auch jedem einzelnen dringend ab, überhaupt diesen Beruf zu wählen, weil er der schlechtest bezahlte ist und auch die Behandlung und gerade die der neu Ausgelernten, in den meisten Fällen viel zu wünschen läßt.

Nun noch ein ernstes Mahnwort an unsere Berufs-Kollegen, betreffs Organisation. Jeder vernünftig denkende Mensch tritt einer Organisation bei, die in der Lage und

vor allen Dingen auch gewillt ist, die Interessen ihrer Mitglieder nach jeder Richtung hin zu vertreten. Die es sich in erster Linie zur Pflicht gemacht hat, für die Mitglieder bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen zu erringen, wenn es sein muß, auch durch Lohnkampf. Dem Deutschen Portier-Verein und den noch viel kleineren anderen Klimbunvereinen — Berliner Portier-Verein usw. — fällt es garnicht ein, für ihre Mitglieder auch nur das Notwendigste zu erringen. Darum ergibt der Mahnruf an Euch Kollegen: schenkt nicht zurück vor dem höheren Beitrag, den der Deutsche Transportarbeiter-Verein erhebt. Er ist gezwungen, einen Beitrag von 60 Pf. pro Woche zu erheben, weil er eine Kampfesorganisation ist; und eine Kampfesorganisation muß auch genügend Geldmittel haben, um für seine Mitglieder Kämpfe durchführen zu können. Mit einem kleinen Beitrag — von 25 Pf. und noch weniger pro Woche — kann man keine Kämpfe führen. Wir haben oben die Beweise dafür geliefert. Darum, Kollegen, aufgewacht aus Eurem langen Winterschlaf, auch für den Fahrstuhlführer muß eine bessere Zeit kommen! Hinein in den Deutschen Transportarbeiter-Verein! Dieser allein ist im stande und auch gewillt, Eure liebstraute Lage zu verbessern!

Koll. Sch. gibt den Bericht der 5 Pf. - Kasse. Auf Antrag der Reviseure wird dem Kassierer Entlastung erteilt. Zum 5 Pf. - Kassierer wurde Koll. Cohn gewählt. Zum Schluss verliest der Vorsthende ein Schreiben der organisierten Kollegen aus Wien, in welchem diese über eine erfolgreiche Lohnbewegung, welche zum Abschluß eines Tarifs führte, berichten. Eine Resolution, in welcher die Versammlung den Wiener Kollegen ihre volle Sympathie ausdrückt, wurde einstimmig angenommen. Mit einem dreifachen Hoch auf den Deutschen Transportarbeiter-Verein wurde die äußerst stark besuchte Versammlung geschlossen.

Dresden. Am 5. Juni ds. Js. fand eine gut besuchte Versammlung der Fensterputzer statt, die sich in der Hauptstraße mit den „Kämpfern im Reinigungsgewerbe“ beschäftigte. Der Referent hierzu führte aus, daß es früher in unserer Branche möglich gewesen sei, Lohnbewegungen für einzelne Betriebe zu führen, ganz gleich, ob die Organisation der Kollegen in den anderen Betrieben am Orte eine gute oder schlechte war. Späterhin habe man aber infolge der Organisation der Unternehmer dazu übergehen müssen, Lohnbewegungen nur noch dann einzuleiten, wenn man sämtliche am Orte befindlichen Unternehmer in dieselben einbezogen habe, um zu verhindern, daß die Kunden der bestreiten Firma von anderen Firmen, deren Inhaber ebenfalls dem Unternehmerverband angehören, bedient würden. Dass aber auch dies jetzt nicht mehr genüge, beweise u. a. auch der letzte Streit in Dresden. Dort hatten die Kollegen einmütig die Arbeit eingestellt und bis auf drei Männer, die erst in der letzten Streikwoche umsielen, fest und treu bis zum Schlusse des Streikes ausgehalten. Trotzdem mußte derselbe nach einer Dauer von vier Wochen abgebrochen werden. Dies sei aber nur dadurch gelommen, weil aus allen Gegenden, ja sogar aus dem Auslande, Unternehmer herbeieilen, um ihren bestreiten Kollegen zu Hilfe zu kommen. Wir sehen also, daß die Taktik der Unternehmer unserer Branche eine grundverschiedene ist von der Taktik der Unternehmer irgend einer anderen Branche. Während sich die zuletzt genannten darauf beschränken, mit allen möglichen und unmöglichen Mitteln Streikbrecher anzuwerben, gehen die Unternehmer unserer Branche noch viel weiter, indem sie gleich selbst in Begleitung ihres Sohnes oder eilicher Arbeiter nach dem Streitorte fahren. Diese Herren, die ihre zarten Hände sonst ängstlich vor Schmutz behalten, scheuen sich dann nicht, selbst lästig mit zu arbeiten, bis die Arbeiter, die um Verbesserung ihres erbärmlichen Lohnes kämpfen, niedergeschlagen sind. Eine ganz eigenartige Rolle spielen auch diejenigen Unternehmer, die sonst weder leben noch sterben können. Diese Kapitalisten sollten doch eigentlich froh sein, daß sie endlich aus den Händen der Aussänger befreit haben. Alles auf diesem geht hervor, daß wir in Zukunft unsere Bewegungen auf noch größere Gebiete auszudehnen haben, um auch dies leichte Mittel der Unternehmer illusorisch zu machen. Ein Beweis dafür sei die augenblickliche Bewegung im Rheinlande, die auch für die Kollegen des übrigen Deutschlands von großer Bedeutung sei.

In der darauf einliegenden Debatte wurde ganz besonders letzteres betont und daraufhin folgende Resolution angenommen:

„Die heute in Dresden versammelten Fensterputzer übermitteln den kämpfenden Kollegen im Rheinland ihre volle Sympathie und hoffen, daß der Kampf recht bald zum Siege führen möge.“

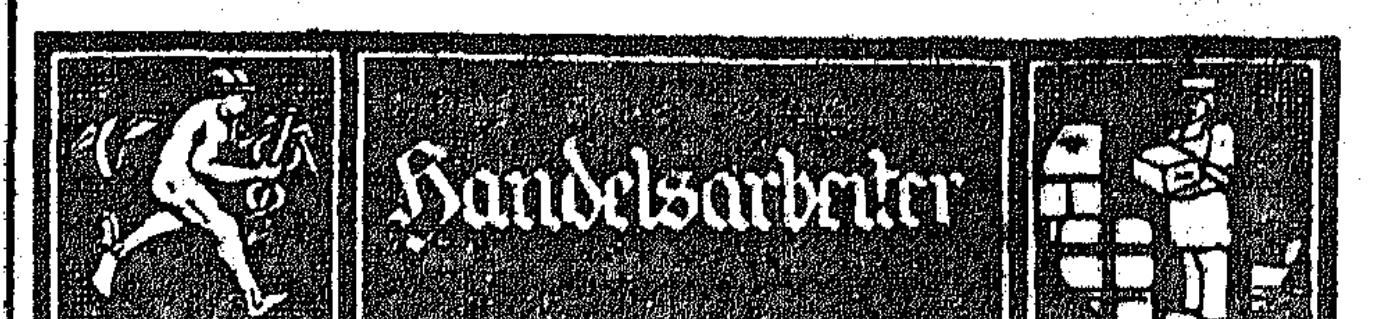
Darauf fanden einige interne Angelegenheiten ihre Erledigung. Zum Schlusse machte der Brancheleiter noch einmal darauf aufmerksam, daß auf jeden Fall Zugang nach dem Rheinlande fernzuhalten ist.

Hoch die Solidarität!

Frankfurt a. M. Herr Aug. Rüger, Frankfurt a. M., als Streikbrecherleiter für Rheinland-Westfalen. Die infolge des provokatorischen Verhaltens des Gewerkschaftsleiters des Unternehmerverbandes Winkel-Meus bestreiken Unternehmer haben sich, wie üblich, auch diesmal wieder an Herrn A. Rüger um Vermittelung von Streikbrechern gewandt, der sich nun auch nach besten Kräften bemüht hat, seinen bedrängten Kollegen zu Hilfe zu rufen, obwohl er in einer Verhandlung, die Verbandsleitung mit der Vereinigung Frankfurter Reinigungsunternehmer hatte, sich darüber entlastete, daß mir in der Frankfurter Volksstimme davor gewarnt hatten, sich nach anderen Orten Deutschlands anwerben zu lassen. Er stellt es rundweg in Abrede, daß er durch Beauftragte Arbeiter habe anwerben lassen. Jetzt finden wir unsere damalige Warnung vollkommen bestätigt. Ein hiesiger Kollege fragte bei der Firma A. Rüger um Arbeit nach, dabei wurde ihm bedeutet, daß er in Köln a. Rh. bei der Firma Blank Arbeit bekommen könne bei einem Lohn von Mk. 6.— pro Tag! Der Kollege ging auch scheinbar darauf ein und verlangte jedoch das Fahrgeld, welches ihm verwirkt wurde. Es wurde ihm jedoch gesagt, daß er nach 14 tägiger Arbeit dort das verauslagte Fahrgeld zurück erhalten würde. Zur Verstärkung seiner Ver sprechung wurde es ihm sogar schriftlich gegeben. Wir lassen das Dokument hier folgen:

„August Rüger, Altestes Frankfurter Gebäude- u. Glasreinigungsinstitut und eritisches Mitteldeutsches Stein-Keramikvertriebs-Gesellschaft, Frankfurt am Main, den 8. 6. 1912. Herrn Blaen, Köln. Ueberbringer Dieses ist derjenige, wo ich mit Ihnen telefonisch gesprochen habe, daß er das Fahrgeld von Ihnen vergütet erhält, wenn er 14 Tage bei Ihnen gearbeitet hat. Hochachtungsvoll A. Rüger.“

Es hieße die Wirkung abschwächen, wollten wir diese im schärfsten „Deutsch“ abgesetzte Selbstbezeichnung kommentieren.



Handelsarbeiter

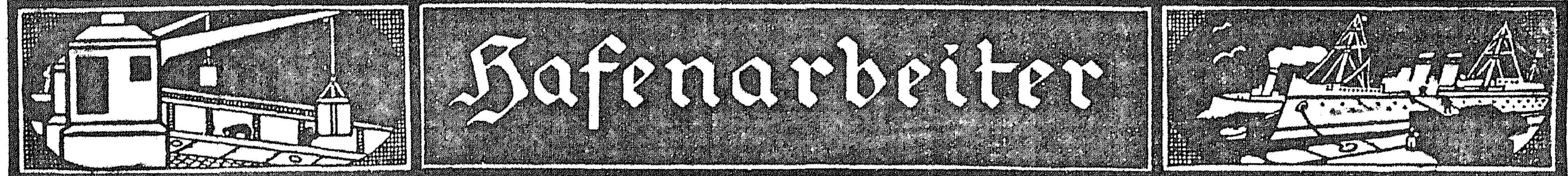
Die nun folgenden Neuwahlen zeigten folgendes Resultat: 1. Schriftführer Koll. Kochel, Weißger zur Branchenleitung Koll. Berger und zu Erstmitgliedern der Schlichtungskommission die Koll. Kochel und Kräuter.

Sonneberg. Solidaritätsgefühl eines Nachfollegens. Mit welchen Charakteren von Nachfollegern die hiesigen Bader, Einbinder, Ueberschreiber und Lagerarbeiter in Verbindung koma-

men, und mit welchen Schikanen von dieser Sorte Menschen gegen den Deutschen Transportarbeiter-Verband gekämpft wird, beweisen die Anerkennungen des ältesten Einbinders der Firma J. G. G. (Ober-Bernhardstr.) mit Namen R. Br. Besagter Nachkollege, der von seinen Mitarbeitern öfters ausgespottet worden ist, unserer Sektion II beizutreten und dies ohne jede Begründung ablehnte, hat in letzter Zeit Anerkennungen fallen lassen, die wir von einer so erfahrungreichen Person nicht erwartet hätten. Vielleicht fühlt er sich bei dem horrenden Lohn von 21,50 M. pro Woche (als Familienvater) als Christus aller Packer und Einbinders. Dieser Nachkollege hat sich zu der Anerkennung hinreißen lassen: „Wenn die organisierten Packer und Einbinders in eine

Lohnbewegung eintreten, wird mein Chef ungelernte Arbeiter (Streitbrecher) einstellen und ich werde dieselben anlernen.“ Durch solche Neuerung lassen wir uns nun doch keine Furcht einjagen, da doch die überwiegende Mehrheit der Kollegen mit unserem Bestreben einverstanden ist. Wenn wir nicht so gut unterrichtet wären, könnten wir gar nicht glauben, daß R. Br. diese Worte gebraucht hat; da er doch schon öfters unter den Läunen seines Chefs leiden mußte. Es ist doch nicht ein- und zweimal vorgekommen, daß er als willensloses Ausbeutungsobjekt von seinem Chef auf die Straße gesetzt worden ist und erst nach langem Willen und Betteln wieder eingestellt wurde. Wir fordern alle organisierten Kollegen auf, dieser Person so weit wie nur irgend möglich aus dem Wege zu

gehen und mit der ihr gebührenden Verachtung zu strafen. Vielleicht können die Zeiten, die er durchgemacht und wahrscheinlich vergessen hat, wieder einmal eintreten; dann wird er schon Zeit haben, darüber nachzudenken, welchen Nutzen derselbe hat. — Zum Schlusse Kollegen! Sonntag, den 23. Juni, nachmittag 3 Uhr, findet im Restaurant „Lindenhof“ eine Versammlung statt, in welcher voraussichtlich der Gauleiter sowie der Kollege Kolb anwesend sein und Bericht erstatte werden über den Verlauf des Verbandsstages in Breslau. Kollegen! Es liegt in eurem eigenen Interesse, zu dieser äußerst wichtigen Versammlung vollständig zu erscheinen. Also auf zur Versammlung am 23. Juni im „Lindenhof“.



Die Lage im Harburger Hafen. Die Harburger Ortsverwaltung schreibt: Bei den Verhandlungen, anlässlich der letzten Lohnbewegung, wurde häufig von beiden Seiten über den herrschenden Arbeitsmangel im hiesigen Hafen gesagt. Die Arbeitgeber benutzten diesen Vorwand und schoben die Schuld den gesteigerten Akkordarbeitslöhnen, in Gegensatz zu Hamburg, wo der Zeitlohn vorherrschend ist, zu. Es hörte sich an, als ob die hohen Löhne in Harburg schuld seien, daß so wenig Produkte nach dem hiesigen Hafen exportiert würden. Wie sehr diese Argumente jeder Begründung entbehren, wird dadurch bewiesen, daß bei den von 1906 bis 1908 geltenden Lohnsätzen, welche bedeutend höhere waren als der abgelaufene Tarif vorgesehen hatte, mehr Arbeitsgelegenheit am Platze war, als jetzt. Die Ursachen sind demnach auf einem anderen Gebiet zu suchen. Auch hier trägt die technische Entwicklung die Hauptschuld. Durch Einführung der elektrischen Kräne, Gelreidesänger, Stahnen usw. sind hier und in noch größerem Maße im Hamburger Hafen recht viele Arbeitskräfte überschüssig geworden. Andererseits nehmen Arbeitgeber bei Arbeitslosigkeit vielfach den Hafen als Zufluchtsort und suchen, wenn auch nur vorübergehend, dort hin und wieder Arbeit zu bekommen, wodurch auf den Arbeitsmarkt gedrückt wird. Wir wollen aber auch zugeben, daß die Arbeitsgelegenheit tatsächlich weniger geworden ist. Die Konkurrenz des Hamburger Hafens drückt sicher auf die Warenzufuhr im hiesigen Hafen. Außerdem darf nicht vergessen werden, daß eine ganze Anzahl kleiner Häfen an der Oberelbe entstanden sind, in deren Nähe größere Fabrikalitäten liegen, wo die notwendigen Rohstoffe auf Ort und Stelle gelöscht und geladen werden. Wenn wir diese Tatsachen berücksichtigen, wird sich ein gewisser Rückgang in dem Warenverkehr am Ort begreifen lassen. Wir sind nicht der Meinung, daß im Hamburger Hafen wegen des dort herrschenden Zeitlohnsystems billiger gearbeitet wird als im hiesigen Hafen. Es steht fest, daß bei dem Akkordsystem die Arbeitsleistung viel billiger ist und ein höherer Verdienst nur durch intensive Ausnutzung der Arbeitskräfte erreicht wird. Abgesehen auch davon, läßt sich hier vorläufig der Zeitlohn an Schiffen nicht durchführen. In Hamburg hat der Arbeiter immer noch eher Aussicht, nach vollbrachter Arbeit eine frische Heuer zu bekommen, während er hier tagelang nach neuer Arbeit ausschauen muß. Der wöchentliche Verdienst würde deshalb bei Zeitlohn so schlecht sein, daß er zum Leben zu wenig und zum Sterben zu viel ist. Gegen diese Wisserei hilft nur eine strenge Organisation sämtlicher Hafenarbeiter. Durch dieselbe muß allmählich eine Verkürzung der Arbeitszeit an allen Häfen erklungen werden, um die überschüssigen Arbeitskräfte, welche durch die maschinellen Errichtungen erzeugt sind, unterzubringen und somit einen Ausgleich herbeizuführen. Die Löhne müssen sich an allen Hafenanlagen in gleicher Höhe bewegen, um die Konkurrenz, welche mit der Ausbeutung der Arbeitskräfte betrieben wird, auszuschalten. Wir stehen nicht an auszusprechen, daß eine wirkliche grundlegende Verbesserung durch Abschaffung des vorherrschenden Akkordsystems und Einführung des Zeitlohns, welcher entsprechend der schweren Arbeitsleistung, höchst gering bemessen sein muß, gebracht würde. Dem stehen jedoch von beiden Seiten Bedenken entgegen. Die Arbeitgeber wissen sehr wohl, daß die Akkordarbeit verhältnismäßig billiger und rascher vollendet wird und dadurch die Schiffe zur anderweitigen Benutzung früher frei werden. Die Arbeiter dagegen wissen, daß sie doch nicht ständig Arbeit haben und trotzdem tagelang auf Plauschou stehen müssen. Lieber geben sie schon alle Arbeitskraft, die herauszuholen ist, her, um wenigstens das Bewußtsein zu haben, einen einigermaßen ausreichenden Lohn zu verdienen. Wir wollen hoffen, daß auch hier im Hafen mit der Zeit eine allgemeine Besserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen zum Wohle der beteiligten Arbeiter Platz greift.

Hamburg. Eine oft gefügte Unsitte ist das Streben der Eversfährer-Firmen, den vorhandenen Schutzenraum bis zum letzten auszunutzen. Liegt bei Schwergut die Gefahr des Sinkens vor, so muß man bei leichtem Gütern die Höhe der Überlast verurteilen, weil die Schuten dadurch in die Gefahr des Kenterns geraten. Die Leidtragenden sind dabei vor allem die Eversführer, die in günstigem Falle zwar mit einem unerwarteten Bad davon kommen, bei ungünstigem Ausgang aber ihr Leben verlieren können. Ohne Verleugnungen oder mehr oder minder schwere

Krankheiten geht es aber fast nie ab. Am 13. d. M. tenterete in der Fahrt zum Reitkrieg eine Schute, die mit 1600 Säcken Buttermehl beladen war, also eine recht hohe Überlast hatte. Diesmal ging der Unfall glimpflich ab, die Schleppdampferbesatzung konnte den ins Wasser gesetzten Schuten retten. Vielleicht kümmert sich die Hafeninspektion auch einmal um diese Materie.

Wie in den Staatsbetrieben der Schichtwechsel innegehalten wird. Wir lesen im „Hamburger Echo“: „Bei dem Stauer Braun, der die am Sandtorhafen liegenden englischen Hartlepools Dampfer zu bearbeiten hat, haben die Schauerleute Dienstag, den 11. d. M., von morgens 6 Uhr bis Mittwoch, den 12., morgens 10 Uhr, in einer Tour gearbeitet. Der Winschmann J. Heid, ein Mann, der über 60 Jahre alt ist, hat vom Montagnachmittag bis Mittwoch, morgens 10 Uhr, in einer Tour gearbeitet. — Es ist doch ein direkter Verstoß gegen die Beschlüsse, die erst kürzlich vom Hafenbetriebsverein mit der Unterhandlungskommission getroffen sind. Besteht denn der Schichtwechsel nur bei der Unterhandlungskommission, oder ist er für die Schauerleute bestimmt. Darüber muß der Hafenbetriebsverein seine Stauer als Mitglieder ausspielen. Kann der Stauer B. es überhaupt verantworten, daß er seine Leute so lange arbeiten läßt? Und speziell den alten Winschmann? Sollte der Mann wohl noch auf seine Wände Obacht geben können, wenn er ermudet an der Winde steht? Wieviel Hafenarbeiter sind schon durch Winschänner zu Krüppeln geworden? Ließt sich durch ein Überhören oder zu frühes Ausschiffen der Winde Malheur passieren? Gerade der Winschmann muß bei voller Kräften und Verstand sein. Hier ist es Pflicht der Berufsgenossenschaft, einzuschreiten, damit nicht noch mehr Arbeiter zu Krüppeln werden.“

Die schwere Sprache. Der Sinn für kleinere Sprachunterschiede geht immer mehr zurück, also wird in den Feuilletons der Zeitungen häufig gesagt. In letzter Zeit tritt diese Sprachverwilderung besonders frisch zutage, wenn die bürgerlichen Blätter über die Kämpfe der Arbeiter berichten. So berichtete beim Ausbruch des ersten englischen Hafenarbeiterstreiks die bürgerliche Presse nicht vom Hafenstreik, sondern vom Hafenstreit. Es waren auch nicht die englischen und deutschen Bergarbeiter, die für ein menschenwürdiges Dasein kämpften, nein, es war ein — Hohlenstreit. Unterm 7. Juni läuft die „Börsische Zeitung“ sich aus Brüssel melden, daß in Antwerpen ein Hafenstreit drohe, und am 12. Juni berichtet das „Berliner Tageblatt“ von der „Ausdehnung des Hafenstreits in Frankreich“ (gemeint ist der Kampf der Seeleute in Le Havre).

Sprachverwilderung nennt man das — oder

wollen die kapitalistischen Meinungsfabriken mit solchen Wendungen höhnisch andeuten, daß ihnen die Arbeiter Nebenwache sind, ihnen der stillgelegte Betrieb, die gestörte Profitproduktion, die Hauptsache ist?

Putativ-Kotwehr nennen es die Herren von der Justiz, wenn jemand, der sich „bedroht fühlt“, nicht wartet, bis er angegriffen wird, sondern, nach der alten Wahrheit: Der Sieg ist die beste Deckung, seinerseits ausstellt. Erst dieser Lage ging eine Rötz durch die Zeitung, wonach ein Lieutenant von der Antlage der Körperverletzung freigesprochen wurde, weil er befürchten mußte, daß ein achtjähriges Kind einen Angriff auf sein — Werk machen wollte (!!!) O Putativ-Kotwehr...

Bei der Aktiengesellschaft und Lagerhausgesellschaft streiken die Kräfte. Bis vor kurzem war die krampflose Suche nach Streitbrechern vergebens gewesen. Endlich hatte man fünf „Edele“ erwischt und sie während der Nacht wohlverwahrt und sicher untergebracht. Am Morgen ist dann der Direktor der Lagerhaus-Gesellschaft, in seinem Auto, mit den fünf schon früh 6½ Uhr auf dem Kohlenplatz bis vor die Frühstücksbude gefahren, wo er den Schatz absetzte. Wenn sonst die Arbeiter die Direktion um Beförderung angingen, wurden die Bitten stets abgelehnt und nun befördert man die Nacharbeiter sogar im Auto. Es wurde nun ein mit Kohlen beladener Dampfer, den man nach dem Kohlenhafen verholt hatte, unter die Löschvorrichtung der Altonaer Lagerhausgesellschaft verholt. Aber nun weigerten sich die zum Zutrimmen der Kohlen im Schiff beschäftigten Kohlenarbeiter, mit diesen ungeliebten neuen Kräften zu arbeiten und stellten die Arbeit ein. Sie wollen sich von diesen Menschen nicht zum Krüppel

werfen lassen, denn ein Greifer, der von dem Krantzen in den Schiffsräum hineingelassen wird, wiegt im leeren Zustand 600 Pfund. Wenn ein Mann davon getroffen wird, hat er für sein Leben genug. Und daß hier leicht ein Unglück passieren kann, ist daraus zu erschließen, daß erst kürzlich ein Krantzen von der Bahn ins Wasser gestürzt ist, nachdem er unten liegende Schuten zertrümmert hatte. Ein solcher Fall kann bei diesen unerfahrenen Kräften leicht eintreten und der Gefahr wollen sich die Leute nicht aussehen.

Putativ-Kotwehr — besonders erfreulich, weil sie in diesem Falle wunderbar mit unserem Solidaritätsbegriff harmoniert.

Duisburg. Durch die Reichsversicherung sind eine Anzahl Bestimmungen festgelegt worden, die die bisherigen „Rechte“ der „Unständigen Beschäftigten“ auf dem Gebiete der Krankenversicherung außerordentlich beruhren. Beitrag und Leistungen der Krankenkassen werden nach dem ortsüblichen Tagelohn festgesetzt. Da der ortsübliche Tagelohn immer hinter dem wirklichen Lohn zurückbleibt, erhalten die „Unständigen Beschäftigten“ ein geringeres Krankengeld als die übrigen Kassenmitglieder. Ebenso verhält es sich mit dem Sterbe-, Haus- und Wochen geld. Auch die Wartezeit ist bedeutend höher. Nach § 458 der Reichsversicherungsordnung kann die Landesregierung bestimmen, daß für den ganzen Landesteil oder für einen Teil desselben die „Unständigen Beschäftigten“ genau so behandelt werden wie die übrigen Versicherten. Allerdings wird die preußische Regierung diese nicht aus sich selbst heraus ausfüllen. Die Krankenkasse muß aber dafür sorgen, daß das Meldeverfahren geregelt und die Einziehung der Beiträge ordnungsgemäß geschieht. Da die Hafenarbeiter, die hier als „Unständige Beschäftigte“ in großer Zahl in Frage kommen und bisher alle in der Allgemeinen Ortskrankenkasse versichert sein mußten, hatte die hiesige Ortsverwaltung bei der letzten Generalversammlung der Kasse durch unsere Vertreter folgenden Antrag stellen lassen:

Die Generalversammlung wolle beschließen:

Der Vorstand der Kasse wird beauftragt, das Erfuchen an die Landesregierung zu stellen, daß 1. für die unter Titel 4 in den §§ 441 bis 457 der Reichsversicherungsordnung erwähnten „Unständigen Beschäftigten“ in dem Bereich der Allgemeinen Ortskrankenkasse Duisburg auf Grund des § 458 Abs. 1 Meldung und Beitragsleistung abweichend geregelt werden, und daß

2. die „Unständigen Beschäftigten“ auf Grund des § 458 Abs. 2 nach den allgemeinen Vorschriften der Reichsversicherungsordnung versichert werden.

Nach einer Begründung des Antrages durch einen Kollegen stimmte die Generalversammlung fast einstimmig dem Antrage zu. Außerdem wird das Duisburger Gewerkschaftsratell auf Antrag unseres Verbandes für die Petition in diesem Sinne an die Landesregierung Unterschriften sammeln. Es dürfte sich empfehlen, überall dort, wo unsere Kollegen durch die neue Reichsversicherungsordnung in der gleichen Weise benachteiligt werden, ebenso zu versuchen.

Stettin. Am Sonntag, den 9. Juni hielt die Sektion der Hafenarbeiter ihre ordentliche Mitgliederversammlung ab. Leider mußte der erste und überaus wichtige Punkt der Tagesordnung: „Ist die Überfahrt zu den Arbeitsplätzen im Dunzig und an der Oder (Wiesenseite) mit Lebensgefahr verbunden und wie ist diesem abzuhelfen?“ wegen des Wichterscheinens der beteiligten Kollegen vertagt werden. Vor Eintreten in die Tagesordnung wurde der verstorbene Kollegen Kluge und Mieth in üblicher ehrender Weise gedacht. In dem Sommerfestsaal wurden sieben Kollegen gewählt. Zum 1. Schriftführer wurde der Kollege Kuet gewählt. Ingeladen waren die fünf Kollegen A., B., C., F. und M. zu dieser Versammlung, aber nicht erschienen. Betreffende sollen bei Firma Hugo Stinnes, welche sich weigert, unseren Lohnabzug anzuerkennen und auch unter Tarif entlohnt, gearbeitet haben. Es wurde nun beschlossen, dieselben zu einer Sektionsleistungssitzung zu laden, um den Sachverhalt klar zu stellen. Neben die Firma H. Stinnes wird, weil dieselbe sich bisher beharrlich geweigert hat, unser Tarif anzuerkennen, vom Montag, den 10. Juni, ab die Sperrerei verhängt und soll dies im „Bolzboten“ bekannt gemacht werden. Auch die Firma Ivers hat den bei ihr beschäftigten Kollegen zu wiederholten Malen den tariflichen Lohn

nicht bezahlt. Es wurden sogar Kollegen, die dieserhalb Klage bei dem hiesigen Gewerbege richt ange strengt hatten, mit ihren Forderungen abgewiesen, weil der Vertreter der Firma erklärte, daß sie unseren Tarif nicht anerkannt und auch bisher die Arbeiter nach ihrem Ermessen bezahlt hätten. Die heutige Versammlung beschließt nun, den Sektionsleiter zu beauftragen, bei genannter Firma vorzusprechen, ob sie gewillt sei, unseren Lohntarif anzuerkennen. Und falls sie dies ablehnt, auch über diesen Betrieb die Sperrre zu verhängen und es im "Wolfsboten" veröffentlichten. Der Kollege M. Klemann war in einer der vorhergehenden Versammlungen wegen seines rüpelhaften Vertrags in der Versammlung zu 10 Pf. Strafe verurteilt. Diese wurde ihm auf seine Vorstellung hin auf 2 Pf. ermäßigt. Der Kollege Franz Vold hat den Kollegen L. ohne ersichtlichen Grund bei der Arbeit geohrfeigt. Die Versammlung bewußt, denselben mit 10 Pf. Strafe zu belegen. Ein ähnliches Vorgehen hat sich der Kollege Neichel dem Kollegen R. gegenüber zu Schulden kommen lassen. Es soll derselbe auch die gleiche Geldstrafe zahlen. Kollege R. gab der Versammlung bekannt, daß nun endlich auch die Neue Dampfer Compagnie sich habe bequemen müssen, für die Last große Kosten 30 Pf. zu zahlen. Es wurde Klage geführt, daß von unseren Kollegen zwei Nächte und einen Tag hintereinander in der Dampfwinde bedient worden sind. Der Vorsitzende rügte eine solche Arbeitszeit in recht treifenden Worten. Er bemerkte, daß unter diesen Umständen mit dem Leben und der Gesundheit der im Raum beschäftigten Kollegen Schaden und Leid getrieben wird, da einem Wissmann, der circa 30 Stunden ununterbrochen gearbeitet hat, die nötige Aufmerksamkeit abgeht. Be schlossen wurde nun, daß bei Bedienung der Dampfwinden von unseren Kollegen die Ablösung ebenso zu erfolgen hat wie bei anderen Arbeiten.

Königsberg i. Pr. Kohlenarbeiter. Am Sonntag, den 2. Juni, hielt die Sektion "Kohlenarbeiter" eine Mitgliederversammlung ab. Stadtvorordneter Venosse Seemann referierte über das Thema "Die Aufgaben der Gewerkschaften im Klassenkampf". Redner führte aus, daß die Umwandlung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung in die sozialistische nicht zu den Aufgaben der Gewerkschaften gerechnet werden könne, sondern diese Aufgabe falle allein den sozialdemokratischen Partei zu. Die Gewerkschaften hätten hierbei die Pflicht, die Arbeiterschaft für diesen Kampf reif zu machen und kräftig zu halten. Diese Aufgabe läme in den vielen kleinen Kämpfen um Verkürzung der Arbeitszeit, Erhöhung der Löhne usw. zum Ausdruck, denn nur eine Arbeiterschaft, welche im Besitze der notwendigen Bildung ist, sei in der Lage, das Ziel, das die Arbeiterschaft sich gestellt habe, die Erobierung der Macht, zu verwirklichen. Der Referent schätzte dann eingehend die Entstehung der Gewerkschaften bis zu ihrer heutigen Entwicklung, und die Kämpfe um Verkürzung der Arbeitszeit, wie sie besonders in dem letzten Jahrzehnt von den gelehrten Berufen geführt sind. Redner vertrat die Ansicht, daß eine halbe Stunde Arbeitszeitverkürzung als ein viel größerer Erfolg anzuschlagen sei als ein paar Pfennige Lohn erhöhung und erfuhr die Anwesenden, bei ihren zukünftigen Tarifverhandlungen auch dieser Frage die notwendige Beleuchtung zu schenken. Welcher Weißfall lohnte den Vortragenden für seine trefflichen Ausführungen. — Zum zweiten Punkt referierte Kollege Werner über "Tarifstreitigkeiten", wie sie in letzter Zeit besonders in die Erscheinung getreten sind. Er erfuhr die Kollegen, alle Werkschäfe der Kohlenhändler im Büro zu melden, damit den Kollegen zu ihrem Recht verholzen werden könne. Im Schlusswort behandelte Kollege Werner sodann noch den Straßenbahnerstreik und seine Ursachen und sprach die Erwartung aus, daß auch die Kohlenarbeiter ihre volle Sympathie den Streitenden entgegenbringen, um dadurch gewissermaßen moralisch die um ihr Recht kämpfenden Straßenbahner zu unterstützen. Mit einem Hoch auf die siegreiche Beendigung dieses Kampfes sandte dann die gut besuchte Versammlung ihren Abschluß.

Worms. Tarifbewegung der Wormser Kohlenarbeiter. Am 2. März 1912 kündigten die Kohlenhändler den seit 1906 bestehenden und 1910 einerneuteten Tarif. Die Ursache der Tarifkündigung war die Angst, die Arbeiter könnten zu viel verdienen. Auch sollte Taglohnarbeit eingeführt werden, was vorher Altord war. Die Kohlenarbeiter nahmen die Kündigung ganz gerne in Empfang, denn sie wußten, daß der Organisationsgedanke in Worms fest eingewurzelt ist. Nach zwei Verhandlungen kamen wir mit sieben Firmen einen neuen Tarif abschließen, der vom 1. April 1912 bis 1. April 1914 dauert. Zwei Firmen wollten mit der Organisation und den Lohnarbeiter nichts mehr zu tun haben. Es gelang auch den beiden Firmen, andere Arbeiter zu bekommen durch Vermittlung des städtischen Arbeitsmarktes. Über die Arbeitsleistung dieser Neulinge war unbefriedigend. Nach mehrfachen Verhandlungen zwischen den Firmen und uns kam nichts anderes heraus als Verschlechterungen. Das ließen sich natürlich die Hafenarbeiter nicht bieten, wußten sie doch, daß die Firmen auf die Dauer mit diesen Elementen nicht arbeiten könnten. Da es uns gelang, die Führer vom städtischen Arbeitsmarkt abzuschneiden, mußten die Firmen ihren Standpunkt aufgeben. Am 22. Mai 1912 kamen die beiden Firmen erneute Verhandlungen an. So kam nun morgens um 7 Uhr derselbe Tarif zu stande, wie bei den anderen Kohlenhändlern.

Der zentrale Hafenarbeiterbund in Holland. Der zentrale Hafenarbeiterbund in Holland, der jüngste der zwei Zentralorganisationen, hat soeben seinen Jahresbericht für 1911 herausgegeben. Wie erinnert, ist diese Organisation 1908 gegründet worden, weil die Arbeiter, die dieser Organisation angehören,

sich nicht mit der syndikalistischen Kampfweise des "Cheeps- en Bootwerfersbond", der älteren Organisation, einverstanden erklären konnten. Hat der zentrale Bund die ersten zwei Jahre schwere Zeiten durchmachen müssen, so hat ihm das Jahr 1911 eine Steigerung seiner Mitgliederzahl von 300 auf 1300 gebracht, die sich auf Abteilungen verteilen und zwar aus Rotterdam, Amsterdam, Dordrecht und Zaandam. Die Abteilung in Amsterdam ist noch sehr schwach, denn unter den eigentlichen Hafenarbeitern, die beim Laden und Lösen der Dammer beschäftigt sind, hatte der Bund am Ende des Jahres 30 Mitglieder. Im ganzen hatte am 31. Dezember 1911 der Bund in Amsterdam 148, in Rotterdam 829, in Dordrecht 149, in Zaandam 175 Mitglieder. Auch in Rotterdam ist die Mitgliederzahl unter den eigentlichen Hafenarbeitern nicht groß; der Bund dort zählt 147 eigentliche Hafenarbeiter, gegenüber 361 Speditionsarbeiter und 321 unter dem Deckpersonal der Rheinschiffe und Rheinschleppdampfer. Im Bericht werden die verschiedenen Lohn- und Arbeitskämpfe erörtert, an denen der zentrale Bund beteiligt war, wie auch die allgemeinen Arbeitseraktionen. Der Bund ist dem N. W. B. angeschlossen.

auf die Straße geworfen, weil er dem Verband angehört und zu ihm gehört, alle, die dem Verband angehören, lämen nach. Das hat die Leute ausgerüttelt, sie haben sich einmütig der Organisation angeschlossen. Wenn man den Betrieb näher betrachtet, sollte man glauben, Herr Mintrop müßte froh sein, wenn er Leute für diese Arbeit bekommt, denn in dem Betrieb steht es ganz miserabel aus. Ein Ventilator ist in dem Raum vorhanden, wo die Lumpen sortiert werden, aber es kostet Geld, wenn der Apparat in Bewegung gesetzt wird. Geschicht dies manchmal doch, dann kann man vor Staub auch nichts mehr sehen. Am 19. April ist dem Herrn Mintrop ein Tarif zugestellt worden, worauf er aber gar nicht geantwortet hat. Daraufhin haben die Arbeiter und Arbeiterinnen am 6. Mai die Arbeit niedergelegt. In den ersten 10 Tagen bekam er keine Leute, hernach hatte er sich doch einige aufgelesen mit allerlei Versprechungen. Wir mußten dann den Streik aufheben. In betracht kamen 24 Arbeiterinnen und Arbeiter. Nun heißt es: nachlassen und besser machen.

Cheimuth. Umgangsformen im Fuhr gewerbe. Der bei der Expeditionsfirma G. & F. Ebert beschäftigte Schirrmeister Emil Uhle gab dem Geschirrführerpersonal durch sein anmaßendes Wesen und die rohe Weise, in der er dienstlich mit ihnen verkehrte, schon wiederholt Ursache zu Beschwerden. Am letzten Freitag verließ sich dieser rohe Mensch sogar soweit, daß er einen älteren Geschirrführer ohne ersichtlichen Grund lästig angriff, indem er zu ihm auf den Wagen sprang, ihm die Kleider vom Halse riss und ihn an Schulter und Kopf verletzte. Man darf wohl erwarten, daß der Firmeninhaber, Herr Stäbner, einen derart gewalttätigen Menschen in seinem Betriebe unschädlich machen wird, wenn anders das Unsehen, welches das Geschäft sonst genießt, nicht schwer leiden soll. Für den Rohling dürfte die Angelegenheit übrigens auch noch ein gerichtliches Nachspiel haben.

Darmstadt. Am 4. Juni hielt die Sektion Kohlenarbeiter eine Versammlung ab. Der Referent wies darauf hin, daß seitdem im vorigen Jahre in dieser Branche ein Tarif zustande gekommen sei, einzelne Schärfmacher fortgesetzt versuchten, jeden organisierten Kollegen aus der Organisation herauszulocken. Schon bei der Einstellung fragen sie die Leute, ob sie organisiert sind; wird die Frage bejaht, dann werden die Leute abgeschickt mit dem Bemerkung: "Ich beschäftige nur Nichtorganisierte." Wird die Frage verneint, dann kann er anfangen. Dabei wird der Arbeiter gleich erklärt: "Wenn ich erfahre, daß Sie im Verband sind, fliegen Sie aufs Pfaster." Das Verhalten der Unternehmer sei Terrorismus. Die Unternehmer seien bestrebt, die wenigen Erfolge, die die Kohlenarbeiter im vorigen Jahre errungen haben, wieder illusorisch zu machen. Leider trage ein Teil der Kollegen selbst Schuld an derartigen Verhältnissen, da sie nicht davor zurückschrecken, beim Unternehmer Liebkind zu spielen und die Unternehmer durch ihre Liebedienerei unterstützten in ihrer unsauberen Handlungsweise. Pflicht der Kollegen sei es, diesem Treiben einen Damm entgegenzustellen und unschrocken für die Organisation zu wirken, damit auch der lezte Kohlenarbeiter für die Organisation gewonnen würde. Es müsse jedem Nichtorganisierten klar gemacht werden, welchen Profit er dem Unternehmer durch die schlechte Bezahlung und lange Arbeitszeit in die Taschen spiele und welche Vorteile er durch die Organisation erreichen könnte. In der sehr lebhaften Diskussion wurden die Ausführungen von manchen Rednern noch ergänzt. Allgemein wurde aufgefordert, die Agitation energischer als bisher zu betreiben. Folgende Resolution sand einstimmige Annahme: "Die am 4. Juni im 'Gewerkschaftshaus' tagende Kohlenarbeiterversammlung nimmt mit Bedauern Kenntnis von dem Vorgehen einzelner Kohlenunternehmer gegen die organisierten Kohlenarbeiter. Die Versammlung verpflichtet sich demgegenüber, alle Kraft einzufehen, um den lezten nicht organisierten Kohlenarbeiter der Organisation zuzuführen, damit durch die Geschlossenheit der Kollegen den Schikanen der Unternehmer zu gegebener Zeit ein Ende bereitet wird und die Lohn- und Arbeitsverhältnisse verbessert werden können."

Duisburg. Die "Niederrheinische Arbeiterzeitung" vom 11. Juni veröffentlicht folgende Notiz:

Gehetes Mittel, um zu seinem verdienten Lohn zu gelangen. Vor der I. Strafkammer hier hatte sich der Deutsche Wilhelm Kirchhoff wegen der Klage des schweren Diebstahls zu verantworten. Der Angeklagte hatte bei dem Gemüsehändler Kohlstadt in Arbeit gestanden. Bei seinem Austritt blieb ihm der Herr Arbeitgeber den Lohn von zwei Wochen schuldig. Das Geschäft geht auf den Namen des Bruders des Kohlstadt. An diesen wandte sich der Angeklagte mehrfach um Zahlung seines Lohnes. Statt Geld hatte ihn Kohlstadt jedoch auf den nächsten Tag vertröstet, an dem er nochmal vorsprechen sollte. Dies hatte der Angeklagte auch mehrfach getan. Dabei kam er jedesmal vergebens und hatte beinahe ein Paar Schuhe verschlissen und seine kostbare Zeit geopfert. Im Überdruss entschloß sich der Angeklagte, dem August Kohlstadt einige Sachen wegzunehmen, um sich daran bis zur Bezahlung seines Lohnes schadlos zu halten. Das Mittel seiner Selbsthilfe war aber als schwerer Diebstahl anzusehen, den der Angeklagte am 11. Februar ausführte. Er war über das Hoftor des Kohlstadt gestiegen und hatte eine braune Segeltuch-Werderdecke und einen Ledergürtel gestohlen. Er verwahrte die Sachen bei sich im Stall des Unternehmers Wulcan, wo ihm eines Tages ein anderer Fuhrknecht die Sachen gestohlen und für sich verkauft hat. Trotzdem der Angeklagte erst 17 Jahre alt war, wäre er ein Jahr älter, also 18 Jahre alt gewesen, so müßte ihn nach dem Gesetz eine Strafe von 3 Monat Gefängnis treffen, beantragte der Staatsanwalt gegen den Angeklagten eine Gefängnisstrafe von 1 Monat. Das Gericht verurteilte den Angeklagten wegen schweren Diebstahls zu 3 Tagen Gefängnis, stellte ihm aber bei künftig guter Führung die Begnadigung in Aussicht. — Das Gewerbege richt hätte dem Angeklagten nicht helfen können, weil das Geschäft dem Bruder gehört und bei dem Prinzipal nichts zu holen ist.

Dieser Fall beweist recht drastisch, wie notwendig für die Kutscherei und Fuhrleute die Organisation ist. Würde der Kollege dem Verband angehört haben, so hätte dieser schon

Jugendbewegung

Kino und Schauspieler Gehilfen

Breslau. Seit April vorigen Jahres ist die Sektion unseres Verbandes angegeschlossen und waren bereits über $\frac{2}{3}$ der Angestellten organisiert, es haben jedoch mehrere Kollegen Breslau verlassen. Auch hat sich eine kleine Aenderung innerhalb der Sektion vollzogen, welche nur zu ihrem Nutzen ist, anderseits müssen wir namentlich bei den jüngeren Kollegen konstatieren, daß eine große Gleichgültigkeit besteht und daß wir noch durch die bei unserer Branche einmal bestehenden Konjunkturen fest mit Verlusten zu rechnen haben, jedoch durch eifige Agitation werden wir das weit zu machen suchen, so daß wir zu unserer Hochsaison zum Oktober wieder fast alles unter den Angestellten in unseren Reihen haben werden.

Die Ortsverwaltung hat mit der übergroßen Mehrheit der Besitzer den freien Tag abgeschlossen, die andern lehnen es ab. Einzischen ist jedoch in verschiedenen Unternehmungen ein Wechsel eingetreten; neue Besitzer, neue Angestellte. Es herrschen Missstände in verschiedenen Theatern, welche den Angestellten dringend zur Pflicht machen, sich zu organisieren. Herr Scheinsee, der Besitzer der Kleistbund- und Ringtheater droht den Angestellten, wenn sie sich organisieren, sofort zu kündigen; wir hatten auch dort schon Mitglieder, jedoch aus Furcht, die Stellung zu verlieren, erklärten diese ihren Austritt aus dem Transportarbeiter-Verband. Dann gibt es auch noch Missstände; bei einigen Besitzern, welche dringend einer Remode bedürfen, der Klassierspieler soll gleichzeitig Erklärer sein. Der Dienst, welcher an den Rezitator und Klassierspieler immer größere Anforderungen stellt, willt für diese in manchen Theatern durch die immerwährende Tätigkeit geradezu erschaffend. Der Inhaber des Royal Biographie zieht seinen Angestellten den Lohn für die Vertretung von ihrem Gehalt ab.

Im Reform Kino muß der Rezitator sämtliche Bilder erklären, dramatisch wie dialogisiert, so daß große Anforderungen an seine Gesundheit gestellt werden.

Die Sektion muß alles aufbieten, um durch eifige Agitation unter den Angestellten beizutragen, daß so durch die Macht der Organisation geordnete Verhältnisse Platz greifen.

Transportarbeiter

Biebrich a. Rh. Ein "großer" Feind der Organisation scheint der Inhaber der Produktenhandlung J. Mintrop zu sein. Anfang März hat Mintrop einen Kollegen

dafür sorgen können, daß er zu seinem verdienten Lohn kam. Ein übrigen aber dürfte die Arbeitserziehung sich im Freitum befinden, wenn sie annimmt, daß Gewerbegericht hätte nicht eingreifen können, weil das Geschäft dem Bruder des Gemüsehändlers gehört. Unseres Erachtens handelt es sich hier um ein Scheingeschäft und da hat nach § 117 des V. G. B. der Hintermann, also hier der Bruder, zu zahlen.

Duisburg. Erfolgreiche Lohnbewegung. Die Fuhrleute der Seifenfabrik Berenbruch hatten durch die Ortsverwaltung Lohnforderungen einreichen lassen. Die Firma war ersucht worden, bis zum 10. Juni zu antworten. Am 8. Juni bei der Lohnneuzählung erhielten die Kollegen eine Lohnzulage von 3 Ml. wöchentlich. Außerdem wurde das Futtergeld für den Sonntag von 2,25 auf 2,50 Ml. erhöht. Am 11. Juni sandte die Firma folgendes Schreiben an die Ortsverwaltung:

Auf Ihr gestl. Schreiben vom 4. ds. Mts. teile ich Ihnen ergebenst mit, daß ich es vorgezogen habe, die Angelegenheit mit meinen Fuhrleuten direkt zu erledigen.

Hochachtend

C. Berenbruch.

Wenn Herr Berenbruch glaubt, uns damit ärgern zu können, daß er die Angelegenheit direkt mit seinen Fuhrleuten geregelt hat, so tut er sich, uns kann es darauf an, daß die niedrigen Löhne, (bis dahin pro Tag 4,25 Ml.) ausgebeisert wurden. Schon öfters hatten die Kollegen durch Vorstelligwerden selbst versucht höhere Löhne zu erzielen, aber da hielt es immer, wenn es nicht paßt, kann ja gehen. Nun, nachdem sich die Kollegen der Organisation anschlossen und durch diese die Forderungen einreichen ließen, da zieht es Herr Berenbruch vor, "die Angelegenheit direkt mit seinen Leuten zu regeln." Das ist für uns der Beweis, daß unsere Organisation eine Macht ist, die von dem Unternehmertum respektiert wird. Das mögen aber auch unsere Duisburger Kollegen vor allen aber die, die heute noch den Fuhrwerkvereinen und dem christlich-katholischen Oswaldverbündchen nachlaufen, bedenken.

Elmshorn. Recht traurige Zustände herrschen in dem Fuhrbetrieb des Herrn Wohr in der Wachtstraße, Transport für In- und Ausland. In diesem Betrieb erhalten die Leute den niedrigsten Lohn. Das Lohn- und Logiswesen ist noch norherrschend. Die verheirateten Leute erhalten die Woche 17 Ml. und Mittagessen. Die Unverheirateten 7 bis 8 Ml. Das ist eine Entlohnung, die auch nicht im entferntesten der jüngsten Zeit entspricht. Die Kollegen, die gezwungen sind, den ganzen Tag auf der Landstraße zu fahren, müssen doch bei diesem Lohn Hungern und Dursten. Das Essen ist auch nicht von besonderer Qualität und dazu noch knapp, die Leute bekommen nicht oft zu Essen. Frühstück gibt es nicht. Wollen die Leute nicht das Brot trocken essen, so müssen sie sich für Ihr Geld selber Brot kaufen. Von dem wenigen Lohn, den die Leute bekommen, müssen sie noch die Hälfte für Essen ausgeben. Am Mittwoch, den 29. Mai, ist das Mittagessen wieder sehr knapp gewesen (auch nicht von besonderer Güte). Da hat der Kutscher Sch aus dem Speiseschränk einen Teller mit Speckgrünen genommen, um diese mit seinen Kameraden zu verzehren. Darüber ist die Köchin geschockt und hat es dann Frau Wohr erzählt. Sch ist gleich nach dem Essen entlassen worden. Die Köchin ist biejenige, welche mit dafür sorgt, daß die Leute knappes Essen bekommen. Sie will noch Ersparnisse machen, damit für sie noch zu Weihnachten was übrig bleibt. Wenn die Leute gutes und reichliches Essen bekommen, werden sie sich nicht heimlich was nehmen. Wir geben Herrn Wohr den guten Rat, sich mehr um das Essen zu kümmern, welches die Leute erhalten. Auch mit der Reinlichkeit ist es nicht sehr besonders. Die Köchin hat ja gesagt: jetzt werden wir den Schweinstall rein machen, in dem die Leute Essen. Der Raum, wo die Leute Essen, befindet sich im Erdgeschoss. Die Logis, in denen die Leute hängen müssen, spotten jeder Beschreibung. In einigen dieser Räume ist nicht einmal ein Fußboden. Die Betten, wenn es noch Betten zu nennen sind, stehen direkt auf den feuchten Steinen; eine Moderluft strömt einem beim betreten dieser Räume, welche früher Pferdeställe gewesen sind, entgegen. Wir rufen euch zu Kollegen; Organisiert euch! Es sind noch viele in dem Betrieb, die es noch nicht für nötig befunden haben, sich zu organisieren. Hincin in den Deutschen Transportarbeiter-Betrieb, dann werden andere Zustände geschaffen werden. Alle für einen, und einer für alle; das ist unser Wahlspruch.

Elmshorn. Am 8. Juni fand eine gut besuchte Mitgliederversammlung statt. Kollege St. erstattete den Kartellbericht. Das Gewerkschaftsfest findet am 3. Juli im Tivoli statt. Kollege St. hielt dann den 2. Teil seines Vortrages über Lungenüberfukose. Die Versammlung bewilligte an die Büchereikommission 10 Ml. Dann wurden 8 Kollegen in das Festkomitee zum Gewerkschaftsfest gewählt. Nach Erledigung weiterer kleiner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die Versammlung.

Frankfurt a. M. Tarifabschluß in der Molkelei Alleg. Schloß. In genanntem Betriebe bestand ein Tarifvertrag, der im Jahre 1908 abgeschlossen worden war und eigentlich im Jahre 1910 sein Ende erreicht hatte. Er wurde jedoch von keiner Seite gekündigt und lief so ein Jahr weiter. Im vergangenen Jahre nahmen die Kollegen gleichfalls davon Abstand, den Tarif zu kündigen, somit bestand also der Tarif 4 Jahre. Die Löhne waren deshalb äußerst niedrig. Sonst war im großen ganzen nicht viel am Arbeitsverhältnis auszusehen. Nur wurde es als ein Nebelstand empfunden, daß Geldtaschen, Wagenbeladenzung etc. von den Fahndern selbst angegriffen werden müssten. Ferner wurde verlangt, daß der § 816 V. G. B. Anrechnung finden solle. Als Löhne wurden verlangt: Aufgangs-Lohn 22 Ml. nach 1 Jahr 28 Ml. und nach 2 Jahren 24 Ml., bei einer Arbeitszeit von morgens 5 bis nachm. 2 Uhr. Außerdem wurde für sämtliche in Frage kommenden eine soforige Lohnzulage von 2 Ml. verlangt. Der Geschäftsinhaber war im Prinzip mit einer Erhöhung des Lohnes einverstanden, er versuchte jedoch zunächst ein sogenanntes Prozentsystem einzuführen, wobei nur der kleinste Teil der

Kostengesellschaft einen Vorteil gehabt hätte, die große Mehrzahl aber vollständig leer ausgegangen wäre.

Das Ansinnen des Geschäftsinhabers wurde bei der Verhandlung zurückgewiesen und kam dann ein Tarifvertrag zustande, der für alle Kollegen eine sofortige Lohnzulage von 1 Ml. versteht. (1 Ml. hatte Herr Schloß schon von selbst kurz vor Ablauf des Tarifs gewährt) die anderen Punkte hin wesentlichen nach der Vorlage wie sie eingangs geschildert, akzeptiert wurden.

Mit dem Abschluß dieses Tarifs sind die Lohn- und Arbeitsverhältnisse für die Kollegen auf 2 Jahre geregelt. Halten die Kollegen auch in Zukunft wie vordem treu zusammen, und zum Verbande, dann wird es nicht schwer fallen, weitere Erfolge zu zeittzen. Mögen sich die Kollegen anderer ähnlicher Betriebe an dieser einmütig durchzuführten Aktion ein Beispiel nehmen. Hauptverschärfung die beiden Firmen Kleinbühl, Dampfmolkerei Sachsenhausen, Gebr. Schumann, Rosenthal, Mayr, vor allen Dingen aber die bei der Firma Richter-Barthmann beschäftigten. Letztere Firma beschäftigt weibliche Kutscher und hat sie in kost und Logis. Die Zustände bedürfen dringend einer Verbesserung. Es kann und darf nicht angehen, daß die Geschäftsinhaber durch Zahlen niedriger Löhne die Milchverkäufer zwingen, sich den übrigen Teil des Lohnes von der Kundschaft zu verschaffen. Der Unternehmer hat für seine geleistete Leistung auch reellen Lohn zu zahlen. Kollegen und Kolleginnen, das könnten Ihr leicht durchsehen, wenn Ihr euch insgesamt der Organisation anschließt!

Frankfurt a. M. Christlicher Terrorismus. Ein ständiges Kapitel in den christlichen Zeitungen bildet das Gejagte über (angeblichen) Terrorismus der SS. So gegen Andersdenkende. Dies christliche Geschwafel ist schon einmal als glatter Schwund aufgedeckt worden. Sozialistisch ist nun, daß gerade von dieser Seite ein Fall ärgsten Terrorismus mitgeteilt werden kann, der um so schwerer wiegt, als er sich gegen einen Geschäftsmann richtet, der weiter kein Verbrechen beginnt, als daß er seinen Versammlungsraum zu einer Führermannsversammlung hergab. Die Versammlung sollte am Sonntag, den 2. Juni, vormittags, stattfinden.

Langs zuvor erhielt der Wirt folgendes Schreiben:

Herrn L. Restauration, . . . Straße ..

Wie ich erfahren habe, findet morgen früh eine sozialdemokratische Besprechung der Fuhrleute bei Ihnen statt. Ich mache Sie auf Ihren guten Charakter als Christ darauf aufmerksam. Weisen Sie diesen Leuten die Tür. Ich selbst als Führermann und Mensch (?) werde Ihre Wirtschaft mit meinen Kollegen nie mehr betreten. Außerdem lassen Sie sich nicht mit sozialdemokratischen Tendenzen ein und fragen Sie erst, ehe Sie Ihren Saal hergerichtet, zu welchem Zweck. Jedenfalls lassen Sie sich Ihr Lokal nicht verrufen, denn diese Leute halten ihre Versammlungen da ab, weil Sie sonst kein anderes Lokal bekommen. Als Gäste kommen Sie doch nicht zu Ihnen. Sie werden jedenfalls auch Militärverbot und Beamtenverbot erhalten. Sobald nur eine Versammlung von Sozialdemokraten bei Ihnen abgehalten wird. Vergeßen Sie sich nicht und behalten Sie diese Botschaft.

Ein guter Gast von Ihnen.

Der anonyme Schmierstück scheint ein Opfer seiner christlichen Erziehung zu sein. Sonderbar nur, daß die "Führermann und Mensch" genau wußte, daß die Versammlung eine "sozialdemokratische" sei, obwohl ein Verband nicht genannt war. Der Wirt hat sich trotzdem nicht abhalten lassen, sein Lokal herzugeben. Jedenfalls weiß er weiß, daß der Schaden, der ihm durch den Boykott der christlichen Fuhrleute entsteht, nicht allzu groß werden wird. Hat doch der christliche Verband in Frankfurt a. M. mit weiter Umgebung nur soviel Mitglieder, wie der "sozialdemokratische" in einem Frankfurter Betrieb. In Frankfurt selbst sind es nur einige Dutzend, von deren Gründen man nur ab und zu durch ihr Fachblatt etwas erfährt. Sonst "blättern" sie nur im Verborgenen, können also keinem gefährlich werden.

Hof. Am Samstag, den 8. Juni, fand eine äußerst interessante und sehr gut besuchte Versammlung statt. Der Vorsitzende machte bekannt, daß während der Sommermonate die Versammlungen an den Samstagen stattfinden, um die Kollegen nicht Sonntags in Anspruch nehmen zu müssen, was von den Anwesenden lebhaft begrüßt wurde. Kollege St. schilderte in einem Vortrag den großen Wert und die Wachttentaltung der freien Gewerkschaften Deutschlands, welche die englischen Gewerkschaften jetzt weitesten überflügelt haben. Ferner die großen wirtschaftlichen Kämpfe, um bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen, welche bei seitigen Organisationen immer erfolgreich durchgeführt wurden. Dann die Entwicklung unseres Verbandes, der infolge unablässiger und unermüdlicher Agitationsarbeit sich heute als die drittgrößte Gewerkschaftsorganisation Deutschlands bezeichnen kann. Dieses gab den Referenten Begründung die Versammlungen zum weiteren Ausbau unserer Organisation anzusehen. Den Kartellbericht gab der Vorsitzende, in welchem er die "Bedeutung der Konsumvereine" den Kollegen auseinandersetzte und sie ansforderte, als treue Gewerkschaftler sich den Konsumgenossenschaften anzuschließen. Hierauf wurde die Bildung eines Agitationskomitees vergebenommen. Hier in Hof liegen die Verhältnisse noch so schlecht, daß sie wahrhaftig aller Beschreibung spotten. Löhne von 8 bis 21 Ml. und eine unentbl. lange Arbeitszeit sind an der Tagesordnung. Unsere Kollegen werden es sich angelegen sein lassen, den Organisationsgedanken in die einzelnen Betriebe hinzutragen. Sie werden nicht eher ruhen noch rasten, bis auch der letzte Transportarbeiter unserer Organisation zugeschafft ist, damit auch endlich einmal in Hof Menschen würdige Zustände geschaffen werden können. Darum, Kollegen, "frisch aus Werk", das erste Hundert ist überschritten, auf zur Vollendung des zweiten

Öffentliche und Mitglieder-Versammlungen.

Berlin. Die Branche der Geschäfts-, Wäsche-, lutscher, Lagerarbeiter und Arbeiterinnen hielt am Sonnabend, den 18. Mai, eine Branchenversammlung ab. Es wurde Bericht erstattet über die Fortsetzung der Generalversammlung des vierten Quartals von 1911 und vom 1. Quartal 1912. Der Berichterstatter gab bekannt, daß die Beitragsfrage nun einlich geregelt sei, da laut Generalversammlungsbeschuß vom 1. Juli d. J. nur 60 Pf. Kosten für alle Sektionen zu zahlen sind. Weibliche und jugendliche zahlen 30 Pf. Diese Belastung wurde mit Bescheidigung angenommen. Zum Bericht übergehend, weiß der Berichterstatter auf die Lohnbewegung der Bau- und Arbeitslutscher hin und ersucht die Kollegen, falls es zum Kampfe kommen sollte, Solidarität zu üben. Da die Organisation in dieser Branche eine gute sei, ist anzunehmen, daß die Kollegen ihren Standpunkt den Unternehmern gegenüber auch vertreten werden. Zur Lohnbewegungsfrage wird besonders die Arbeitszeitverkürzung und Lohnverhöhung der Kohlenarbeiter in den Kohlenfirmen hervorgehoben. Nachdem noch über die Klassenverhältnisse, Mitgliederbewegung und Ausschlußanträgen eingehend berichtet worden, steht eine, zuletzt ziemlich scharje, Diskussion ein. Speziell wird Klage darüber geübt, daß die von einzelnen Mitgliedern vorgebrachten Monitas gegen die Beitragsklassierer Ursache zur Fluktuation bilden. Es wird gewünscht, daß die Klassierer pünktlicher sein mögen. Besonders die neu gewonnenen Mitglieder bedürfen einer besonderen Aufmerksamkeit. Da es den Kollegen schwer falle, restierende Beiträge von 4, 5 und 6 Wochen, wie nachgewiesen wurde, zu begleichen, liegt die größte Veranlassung vor, diese Misere zu befeitigen. Es meldet sich hierauf ein Klassierer zum Wort. Dieser Kollege gibt zu, daß die vorgebrachten Beschwerden wohl zum Teil zutreffen mögen. Man müsse sich aber auch vergegenwärtigen, daß eine Tour von über 200 Mitgliedern nicht dazu angelan ist, viel Sorgfalt auf jedes Mitglied zu verwenden. Wenn nicht alle Mitglieder jede Woche klassiert werden, wie es doch sein soll, so sind auch manchmal andere Gründe maßgebend, indem niemand zuhause ist usw. Wenn dann aber Beschwerden geübt werden, was den Mitgliedern ihr gutes Recht ist, so müssen diese Beschwerden aber auch sachhaftig sein; gar häufig sei dies aber nicht der Fall. Erwiesenermaßen tragen wohl beide Teile Schuld. Die Meinung der folgenden Redner geht dahin, daß, wenn die Klassierer überlastet sind, sie doch auch das Recht haben, sich zu befreien. Ein Hauptgewicht muß aber darauf gelegt werden, daß auch die achtländige Arbeitszeit in der Gewerkschaft selbst stets durchgeführt werde. Deshalb dürfen wir von den Beitragsklassierern nicht verlangen, daß sie länger arbeiten sollen, um Ihre Touren prompt zu erledigen, vorausgesetzt, daß die große Tour Schuld hat an der unproduktiven Begegnung der Mitglieder. Empfohlen wird, falls ein Grund zur Beschwerde vorliegt, diese am besten durch eine 5 Pf. Karte der Verwaltung mitzuteilen. Von besonderer Bedeutung sei auch, daß bei jedem Wohntagswechsel die neue Adresse der Verwaltung gemeldet werde und zwar am besten auch schriftlich; dadurch wird den Klassierern viel Zeit durch das Absuchen der Häuser erspart. Unter Branchenangelegenheiten wird noch auf die Agitation unter den Kollegen Warenhauskutschern hingewiesen. Fast in allen diesen Betrieben ist es möglich gewesen, durch umfangreiche Agitation Vertrauensleute zu wählen. Es wird der Meinung Ausdruck gegeben, daß es auch diesen Kollegen gelingen wird, ihre überaus miserablen Löhne von 21 Ml. bei einer übermäßig langen Arbeitszeit mit Hilfe der Organisation zu verbessern. Den Zeitpunkt für diese Gelegenheit werden sich die Kollegen allerdings selbst wählen. Hierbei wurde auf die Kollegen im Betriebe C. Altmann hingewiesen, welche es verstanden haben, mit Hilfe der Organisation und einmütiges Handeln Verbesserungen dem Arbeitgeber abzuringen, obgleich der Firmeninhaber den Verbandsvertretern vorher erklärt, nichts bewilligen zu können. Weiter wurde darauf aufmerksam gemacht, daß es sich die Leitung zu Pflicht gemacht habe, in Betrieben, welche in den Vertrauensmännerwählungen in letzter Zeit nicht vertreten waren, in nächster Zeit Besprechungen einzuberufen und Remekur zu schaffen. Auch die Kollegen bei der neuen Berliner Genossenschaftsbäckerei wurden ob ihres Verhalts getadelt und gewünscht, daß sie in Zukunft mehr Interesse an den Tag legen. Nachdem noch einige Kollegen über Agitation gesprochen, war die Tagesordnung erschöpft und erfolgte alsdann Schluß der Versammlung.

Berlin. Versammlung der Breiterländer, Plakarbeiter und Kutscher am 19. Mai 1912. Der Antrag des Kollegen St., den ersten Punkt der Tagesordnung bis zur nächsten Versammlung des schlechten Besuchs wegen zurückzustellen, wird abgelehnt. St. will wissen, daß die Hälfte der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung nicht politisch organisiert ist. St. verspricht, daß die Sache von der Branchenkommission untersucht werden soll. Kollege St. bedauert, daß die Konsumenten der Delegierten zur örtlichen Generalversammlung und wünscht, daß diejenigen Kollegen, welche sich zu irgendeinem Posten haben wählen lassen, diesen auch mit vollem Opernmit veritreten müssen. Denn wenn das so weiter geht, dann kommen wir anstatt vorwärts mehr und mehr rückwärts. St. führt aus, daß die Versammlungen in einer Woche zu schnell aufeinander folgen sind, und es niemand von uns, welcher tagsüber arbeiten muß, möglich machen kann, sie alle zu besuchen. St. gibt den Bericht von der Generalversammlung

Berliner Mitteilungen.

23. Juni 1912.

Den Kollegen machen wir hierdurch bekannt, daß die zum Sommerfest in Mentes Volksgarten, Nöderstraße, zum 16. Juni gelösten Billets, soweit dieselben nicht benutzt sind, auch zum Sonntag, den 7. Juli d. J. für dasselbe Lokal noch Gültigkeit haben. Kollegen, welche des schlechten Wetters wegen das Vergnügen nicht besucht haben, haben dann Gelegenheit, das Versäumte nachzuholen. Billets sind noch bei den Einkassierern zu haben.

Die Bezirksverwaltung Groß-Berlin.

Verbandsfunktionäre!

Am Donnerstag, den 27. Juni 1912, abends 8 $\frac{1}{2}$ Uhr, im großen Saal des Gewerkschaftshauses, Engel-Ufer 15:

Allgemeine Funktionär-Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. „Unser Kampf im Zelten reaktionärer, sozial- und wirtschaftspolitischer Zeitfragen.“ Referent: Redakteur Kollege Paul Müller. 2. Diskussion. 3. Geschäftliches.

Hierzu sind die Betriebsvertrauensleute, Branchenleiter, Verwaltungsmitglieder, District-Alitationskommissionenmitglieder usw. freundlichst eingeladen. Mit Rücksicht auf die sehr interessante Tages-Ordnung wird erwartet, daß die Funktionäre sich wirklich zahlreich einfinden.

Die grüne Legitimationskarte und das Mitgliedsbuch sind zwangs Abstempelung und Kontrolle am Eingang zur Versammlung vorzuzeigen.

— Ohne Karte und Buch kein Zutritt. —

Konsumenten-Genossenschaftliche Ausstellung. Anlässlich des im Juni in Berlin stattfindenden Genossenschaftstages deutscher Konsum-Vereine findet vom 17.—30. d. Mts. in dem sehr großartig eingerichteten Konzerttablissement „Clou“, Zimmerstr. 90-91, (frühere Markthalle), eine Ausstellung konsumenten-Genossenschaftlicher Bedarfssortikel unter besonderer Berücksichtigung der von den Konsum-Vereinen immer mehr beliebten Eigenproduktion statt, wozu die Mitglieder mit ihren Angehörigen freundlichst eingeladen sind. Wir setzen voraus, daß die Mitgliedschaft Groß-Berlin, die wie die Arbeiterschaft im Allgemeinen in sehr nacher Beziehung zu dem Genossenschaftswesen stehen, dieser Ausstellung ein reges Interesse entgegenbringen werden, dies umso mehr, als der Eintrittspreis ein sehr niedriger ist.

Vorzugskarten sind in jeder Zahl zum Preise von 10 Pf. in den Büros der Sektionen und bei den Einkassierern zu haben.

Volkskonzerte! Die Billets zu den vom Philharmonischen Orchester im Monat Juni in den verschiedenen größeren Sälen Berlins veranstalteten Volkskonzerten sind infolge der übergroßen Nachfrage bereits vergriffen. Für die im Juli usw. stattfindenden Konzerte sind Billets zum ermäßigten Preise von 80 Pf. bei der Berliner Gewerkschaftskommission, Zimmer 18, zu haben.

Mitglieder aus allen Branchen! Die Bezirksverwaltung hält sich für verpflichtet, von dieser Stelle aus ganz besonders darauf aufmerksam zu machen, daß eine ganze Anzahl Mitglieder aus den verschiedensten Branchen, welche um Gewährung von Kranken- oder Arbeitslosen-Unterstützung eingekommen sind, deshalb abgewiesen werden müssten, weil die Betreffenden mit ihren Beiträgen über die laut Statut vorgeschriebene Frist im Rückstande waren. Wir richten deshalb an alle Mitglieder das dringende Ersuchen, darauf achten zu wollen, daß ihre Beiträge stets pünktlich entrichtet werden, damit sie ihre erworbenen Rechte am Verbande nicht verlieren.

Alle Mitglieder, welche krank oder arbeitslos werden, haben das Recht, sich ihre Beiträge während dieser Zeit frei abzustempeln zu lassen, vorausgesetzt, daß dieselben in Krankheitsfällen die hierzu erforderliche Bescheinigung von der Krankenkasse oder vom Arzt beibringen resp. bei Arbeitslosigkeit sich der laut Verbandsstatut (siehe Arbeitslosen-Reglement) vorgeschriebenen Kontrolle unterziehen.

Diese Vorschrift wird vielfach von den Mitgliedern nicht befolgt. Sehr oft kommt es vor, daß in solchen Fällen die Frist von 8 Wochen überschritten wird, so daß die Betreffenden vielfach erst nach 13, 15, ja selbst nach 20 Wochen Beitragsrückstand an ihre Pflichten denken, wo es dann selbstverständlich zu spät ist. Der Wert und die Notwendigkeit der Organisation wird leider dann erst richtig erkannt, wenn die Betreffenden vereinzelt und verlassen daschein.

Es liegt nach alledem im ureigensten Interesse aller Mitglieder, ihre Pflichten dem Verbande gegenüber pünktlich zu erfüllen. Aber auch im Interesse einer ordentlichen Buch- und Kassenführung ist die pünktliche Beitragsentrichtung eine unbedingte Notwendigkeit.

Bemerkt sei noch, daß unsere Kollegen Einkassierer sowohl, als auch die Zahlstelleninhaber von uns angewiesen worden sind, restierende Beiträge über 13 Wochen hinaus nicht mehr anzunehmen. In solchen Fällen sind die betreffenden Mitglieder verpflichtet, sich an die Verwaltung zu wenden, welche über die Annahme der restierenden Beiträge und den event. sonst erforderlichen Anweisungen resp. Vorschriften einen Beschluss herbeizuführen hat.

Desgleichen machen wir darauf aufmerksam, daß jedes Mitglied verpflichtet ist, die Baufondsmarken zu kleben, damit die „Beschaffung des eigenen Heims“ gefördert wird.

Die Bezirksleitung Groß-Berlin.

J. A.: August Werner, Engelauer 14-15, Zimmer 84. — Telefon: Amt Mpl. 2882 und 4747.

Gangesfreunde! Verbandskollegen!

Der Männerchor der Handels- und Transportarbeiter hat es sich zur Aufgabe gemacht, den Gesang nach jeder Richtung zu pflegen und die Geselligkeit unter den Mitgliedern zu fördern. Um Gutes und wirklich Schönes leisten zu können, laden wir alle stimmbegabten Verbandskollegen ein, sich uns anzuschließen. Verbandskollegen, welche anderen Gesangvereinen angehören, müßten es sich zur Pflicht machen, unserem Männerchor beizutreten.

Unsere Übungsstunden finden jeden Freitag abends von 9 bis 11 Uhr im Lokal von Borgmann, Andreasstraße 21 (Al. Saal) statt. Zur Teilnahme lädt freundlichst ein. Männerchor der Handels- und Transportarbeiter. J. A.: Der Vorstand.

Sektion I.

Handelsarbeiter.

Buchhandlungen, Papier, Zeitungsbranche.

Marktheller, Boten aus den Buchhandlungen und Journal-Lesezirkeln, Hausdiener, Packer, Kutscher, aus den Papier- u. Pappen-Groß-Firmen, Buchdruckereien, Buchbindereien und der Papier-verarbeitungs-Industrie.

Für die Monate Juli - August fallen die

Branchen-Versammlungen

aus. Die Branchenleitung.

Hausdiener und Kutscher aus den Wäsche-Vorleih-Geschäften Berlins.

Mitglieder und Vertrauensleute!

Die Abstempelung der Kontrollkarten für den Monat Juli findet am Montag, den 1. Juli, abends 7-9 Uhr im Saal 11 des „Gewerkschaftshauses“, Engelauer 15 statt. Spätere Abstempelungen finden nicht statt. Mitgliedsbücher müssen vorgelegt werden.

Für die Monate Juli - August fallen die
Branchen-Versammlungen aus. Die Branchenleitung.

Lebens- und Genussmittel-Branche.

Hausdiener, Packer und Radfahrer aus den Bäckereien, Konditoreien, Schlächterien, Kolonialwaren-, Delikatesse-, Fleisch-, Wild-, Geflügel-, Obst-, Gemüse-, Blumen-, Schokoladen-, Zigarren-geschäften usw. usw.

Montag, den 1. Juli, abends 9 Uhr
Vertrauensmänner-Sitzung
der Lebens- und Genussmittel-Branche im Arbeitsnachweis,
Alte Leipzigerstr. 1.

Donnerstag, den 4. Juli 1912, abends 9 Uhr
Branchenversammlung
im Arbeitsnachweis, Alte Leipzigerstr. 1.

Tagesordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

Es wird erwartet, daß jeder Betrieb vollzählig erscheint. Die Unorganisierten sind ohne Beitrittszwang hiermit besonders freundlichst eingeladen.

In beiden Versammlungen kein Trintzwang.

Die Branchenleitung.

Sektion II.

Transportarbeiter.

Betriebsvertrauensleute
und Mitglieder der einzelnen
Branchenleitungen.

In letzterer Zeit sind vielfach Kollegen aus ihren Eltern als Betriebsvertrauensleute ausgeschieden, ohne ihrer Branchenleitung, bezw. der Sektion II hierauf Mitteilung gemacht zu haben. Wir richten deshalb an alle unsere Funktionäre das dringende Ersuchen, beim Ausscheiden aus ihren Eltern, sowie bei jeder Wohnungsvoränderung ihren Branchenberatern oder der unterzeichneten Sektionsleitung hierauf sofort Mitteilung zu machen. Die Mitteilung kann schriftlich am besten durch Postkarte erfolgen. Hierbei muß die Betriebsstätte sowie die Branchenzugehörigkeit, ob Rolltäschler, Ge-

schäftskutscher, Kellerarbeiter usw. mit angegeben werden. Ferner bitten wir dringend, beim Ausscheiden aus dem Amte als Verbandsfunktionär um sofortige Rückgabe der grünen Legitimationskarte. Alle derartigen Meldungen sind im Zimmer 33, Engelser 15, abzugeben.

Die Sektionsleitung. J. A.: Albert Utheß.

Kellerarbeiter und Kutscher aus den Gross-Destillationen, Wein- u. Bierversandgeschäften wie Mineralwasserfabriken Berlins und Umgegend.

Sonntag, den 14. Juli 1912:

Familien-Husflug

nach dem herrlich gelegenen Restaurant „Jägerheim“, Rausdorf-Süd, in der Nähe vom Lokal „Pferdebucht“. Hierzu werden die Mitglieder mit ihren Verwandten und Bekannten freundlich eingeladen. Im Besonderen wird erachtet, die Kinder mitzubringen, da verschiedene Spiele angeboten und angenehme Überraschungen verschiedener Art geboten werden. — Abfahrt: Lehrter Bahnhof 7.45, Friedrichstr. 7.55, Börse 7.56, Alexanderplatz 7.59, Tannowitzbrücke 8.01, Schlesischer Bahnhof 8.04 Uhr bis Bahnhof Sadowa. Fahrpreis 20 Pf. — Für Nachzügler Treffpunkt Restaurant Jägerheim, Rausdorf-Süd.

Die Branchenleitung.

Kellerarbeiter, Arbeiterinnen und Kutscher aus den Gross-Destillationen, Wein- und Bier-Versandgeschäften, wie den Mineralwasser- und Essigfabriken Berlins und Umgegend.

Mittwoch, den 19. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr im Arbeitsnachweissaal, Alte Leipzigerstr. 1

Große Branchenversammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Koll. Barwig-Bremen über: „Der Kampf des Proletariats gegen die heutige Gesellschaftsordnung.“ 2. Diskussion. 3. Bericht über die örtliche Generalversammlung. 4. Aufnahme neuer Mitglieder und Geschäftliches.

Kollegen! Zwecks Abstempelung der Kontrollkarten sind die Mitgliedsbücher mitzubringen und am Eingang der Versammlung vorzuzeigen. Da die Tagesordnung eine durchaus wichtige ist, wird erwartet, daß die Mitglieder sich zahlreich einfinden. Die unserem Verband noch fernstehenden Berufsgehörigen sind als Gäste freundlich eingeladen. Erscheint in Waffen!

Voranzeige! Am Sonntag, den 14. Juli 1912 findet nach dem herrlich gelegenen Restaurant „Jägerheim“, Rausdorf-Süd, in der Nähe vom Lokal „Pferdebucht“ ein Ausflug mit Familie statt, wozu die Kollegen mit ihren Verwandten und Bekannten hierzu freundlich eingeladen sind. — Abfahrt: Lehrter Bahnhof 7.45, Friedrichstraße 7.55, Börse 7.56, Alexanderplatz 7.59, Tannowitzbrücke 8.01, Schlesischer Bahnhof 8.04 Uhr bis Bahnhof Sadowa. Fahrpreis 20 Pf.

Die Branchenleitung.

Leitergerüstbauer, Platzarbeiter, Kutscher!

Sonntag, den 23. Juni, vormittags 10 Uhr, Grancen-Versammlung im „Volkshaus“ in Charlottenburg, Rosinenstr. 8.

1. Vortrag des Rechtsanwalts Genossen Dr. Kurt Moserfeld über Streitverfahren. 2. Diskussion. 3. Verbandsangelegenheiten.

Kollegen! In Anbetracht der interessanten Tagesordnung erwarten wir, daß ein jeder einzelne von Euch für guten Besuch dieser Versammlung agitiert. Verbandsbücher sind mitzubringen. Beitrittsmarken für die Unterstützungsclasse sind in dieser Versammlung zu haben, ferner bei Goldmann, Engelser 12, und bei Reibnitz Tempelhofer Berg, im Lokal.

Die Branchenleitung.

Kollegen! Fräse-, Hobel- und Schneidemühlenkutscher sowie Hilfsarbeiter Berlins und Umgegend!

Mittwoch, den 26. Juni 1912, abends 8 1/2 Uhr: Drei Bezirks-Versammlungen

in folgenden Lokalen:

Bezirk des Nordens: Wissnat, Demminer Str. 85.

Bezirk des Orients: R. Stein, Borchgäger Str. 85.

Bezirk des Südostens: W. Bier, Dammtorstr. 9.

Tagesordnung: Branchenangelegenheiten.

Bahlreichen Besuch erwartet

Die Branchenleitung.

Müllkutscher und Schaffner!

Der Lohn in dieser Branche beträgt in Berlin und Charlottenburg nach den vereinbarten Tarifen, für Kutscher 89 Mk., für Schaffner 88 Mk. pro Woche.

In Neukölln beträgt der Lohn nach dem Tarif 84 Mk. für Kutscher, 81 Mk. für Schaffner und 5,50 Mk. pro Tag für Aushilfsarbeiter. Bei der Firma Degen in Blötzensee beträgt der Lohn für Kutscher 87 Mk., für Mitfahrer, Reiseverfahrener und Hallenarbeiter 84 Mk. pro Woche. Unter diesen Lohnsätzen darf kein Kollege in dieser Branche arbeiten.

Rollkutscher, Mitfahrer, Bodenarbeiter!

Der Lohn für diese Branche beträgt nach dem Tarif zur Zeit für Kutscher 80,50 Mk., erwachsene bahnamtliche Begleiter 80,50 Mk., für Bodenarbeiter Anfangslohn 26,50 Mk. und für jugendliche Mitfahrer im Alter bis 17 Jahren 18 Mk. pro Woche. Bei der Annahme von Arbeit ist auf diese Lohnsätze acht zu geben.

Die Branchenleitung.

Kohlenarbeiter und Kutscher!

Die Löhne betragen nach dem jetzt bestehenden allgemeinen Lohntarif für Kutscher 82,— Mk. pro Woche bis 31. Dezember 1912, von da ab 82,50 Mk. bis 31. Dezember 1914 und vom 1. Januar 1915 83,50 Mk.

Für Arbeiter beträgt der Stundenlohn 45 Pf. bis 1. Oktober 1912, dann 47 1/2 Pf. bis 1. April 1914, von da ab 50 Pf. pro Stunde. Bei Annahme von Beschäftigung auf Kohlenplätzen haben die Kollegen darauf zu achten, daß nicht unter diesen Löhnen gearbeitet wird.

Fräsekutscher und Hilfsarbeiter I

Der Tariflohn beträgt, für Kutscher 30 Mk. für Arbeiter 26 Mk., für jugendliche Arbeiter bis 19 Jahre alt, 17, 18 und 19 Mk. pro Woche. Auch diese Lohnsätze sind bei Annahme der Arbeit zu beachten.

Die Branchenleitung.

Getreideträger, Speicherarbeiter I

Nach dem neu vereinbarten Lohntarif beträgt der Mindestlohn 55 Pf. pro Stunde. Kollegen! achtet darauf, daß unter diesem Lohnsatz keine Arbeiter auf den Speichern Beschäftigung annehmen. Die Branchenleitung.

Leitergerüstbauer.

Nach dem bestehenden Tarif vom 1. April 1912 ab betragen die Löhne: Für Poliere 85 Pf., für Küstarbeiter 70 Pf., für Blazarbeiter 68 Pf. und für Anfänger im Gerüstbau nicht unter 55 Pf.

Wir bitten darauf zu achten, daß kein Kollege unter diesen vorgesehenen Löhnen im Gerüstbaugewerbe arbeitet.

Die Branchenleitung.

Jugend - Abteilung.

Versammlungen.

Abteilung Zentrum am Sonnabend, d. 20. Juni abends 9 Uhr, bei Böh, Klosterstr. 101.

Abteilung Osten am Mittwoch, den 3. Juli abends 9 Uhr bei Schumann, Tilsiterstr. 6.

Abteilung Lichtenberg am Sonnabend, den 13. Juli, abends 8 Uhr, bei Trompa, Frankfurter Allee 181.

Tagesordnung in allen drei Versammlungen:

1. Vorlesung des Protocols. 2. Bericht vom Verbandstage in Breslau. Referent: Kollege Arthur Berlin. 3. Unsere nächste Partie. 4. Berufliches und Abteilungsangelegenheiten. Zu jedem Punkte freie Aussprache. Das Mitgliedsbuch ist mitzubringen und vorzuzeigen. Zahlreiches Erscheinen erwartet.

Die Abteilungsleitung.

Abteilungen Zentrum, Osten und Lichtenberg!

Sonntag, den 20. Juni 1912

Spielpartie

nach dem Schlosspark in Friedrichsfelde; Treffpunkt 12 Uhr Alexanderplatz (Berolina), 12 1/2 Uhr Strausberger Platz, 12 1/2 Uhr Frankfurter Allee (Ecke Warschauerstraße), 12 1/2 Uhr Frankfurter Allee (Ringbahn) 1 Uhr Bahnhof Lichtenberg-Friedrichsfelde.

Nachzügler kommen direkt nach der Spielweise im Schlosspark zu Friedrichsfelde zum Plakat

Jugendsektion D. C. Y.

Dortselbst stehen unsere neuen Spielgeräte zur allgemeinen Benutzung.

Fahrgeld hin und zurück höchstens 20 Pf. Biederlicher, Decken und Mundvorrat für den ganzen Tag ist mitzubringen!

Jedem jugendlichen Transportarbeiter steht es frei, sich an dieser Partie zu beteiligen.

Das Vergnügungskomitee.

Für die jugendlichen Transportarbeiter und -arbeiterinnen der Abteilungen Schönhauser Vorstadt I und II, Prenzlauer Vorstadt und Pankow finden regelmäßig an jedem Mittwoch, abends von 7—9 Uhr, auf dem Egerzierplatz an der Schönhauser Allee

Spielabende

statt. Die Kollegen treffen sich an unserem Plakat.

Jugendsektion D. C. Y.

Es steht allen jugendlichen Transportarbeitern und -arbeiterinnen frei, sich an diesen Spielabenden zu beteiligen.

Die Abteilungsleitung.

Gesangs-Übungen

der jugendlichen Transportarbeiter und -arbeiterinnen finden jeden Montag, abends von 1/29 — 1/11 Uhr im Lokale von Thimm, Tilsiterstr. 70, statt.

Sangeslustige Mitglieder sind jederzeit willkommen.

Sonntag, den 23. Juni 1912 unternehmen die jugendlichen Transportarbeiter und -arbeiterinnen der Abteilungen Schönhauser Vorstadt I und II, Prenzlauer Vorstadt und Pankow, eine

Wanderung

nach Siepnitz, Wandlitz- und Gorin-See. Treffpunkt für alle Teilnehmer morgens 6 1/2 Uhr auf dem Hohndorfsteig der Vorortsbahn Gedenkbrunnen. Fahrkarte ist zu lösen bis zur Station Bernau. Fahrgeld insgesamt 70 Pfennig. Mundvorrat für den ganzen Tag, sowie Musikinstrumente und Liederbücher sind mitzubringen.

Es steht jedem jugendlichen Transportarbeiter frei, sich an dieser Partie zu beteiligen.

Die Abteilungsleitungen.

Sektion III (Strassenbahner).

Unsere diesjährige Dampfpartie findet am Freitag, den 12. Juli nach dem wunderschönen Lokal Cafe Ruhwald, Woltersdorferstraße am Flächensee statt. Eine recht rege Beteiligung erwartet

Die Sektionsleitung. J. A.: O. Ortmann.

Sektion IV.

Kraftdroshkenführer.

Bezirks-Versammlungen
Bezirk Wedding. Am Donnerstag, den 27. d. Mts., abends 6 1/2 Uhr, im Lokal von Raczorowski, Ravenstr. 6.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Verschiedenes.

J. A.: A. Frande.

für Schöneberg, Friedenau, Steglitz und Tempelhof findet unsere nächste Bezirks-Versammlung statt am Mittwoch, den 26. Juni, abends 7 1/2 Uhr, in den „Meininger Festsälen“, (Tunnel), Martin Lutherstr. 69.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag vom Stadtverordneten Ob st über: „Partei und Gewerkschaften.“ 2. Diskussion. 3. Bezirksangelegenheiten und Verschiedenes.

Kollegen, bringt die Frauen mit. Wirklich zahlreichen Besuch erwartet

Der Bezirksführer.

Bekanntmachung.

Wir geben hiermit bekannt, daß die Nationale Kranen- und Sterbekasse der Droschkenfahrer und verwandten Berufsgenossen G. H. N. Nr. 75 Sitz Berlin, SD. Engelser 15, II, Zimmer 48/44, laut Generalversammlungsbeschuß vom 9. Mai 1912, ab 1. Juli 1912 aufgelöst wird.

Die Beiträge müssen am 1. Juli bis zur 26. Woche bezahlt sein. Mitglieder, welche dem nicht nachkommen, gehen ihrer Rechte verlustig. Die Mitgliedsbücher sind bis zum 15. Juni im Büro, Engelser 15, Zimmer 48/44 abzugeben und wird dem Überbringer des Buches eine Quittung ausgehändigt. Um einen geregelten Geschäftsaufschluß herbeizuführen wollten wir dringend ersuchen, obigen Bestimmungen nachzuhören.

Der Vorstand.
J. A.: W. Knüter,
Vorsitzender.

Sektion V.

Industriearbeiter.

Elektrobranche.

Montag, den 8. Juli 1912, abends 7 Uhr, bei Kramer, Husstenstr. 40,

Vertrauensmänner-Konferenz.

Packer-, Lager-, Hilfs-, Hof- und Transportarbeiter A. E. G. Brunnen- und Voltastrasse.

Donnerstag, den 11. Juli 1912, abends 6 1/2 Uhr, im „Swinemünder Gesellschaftshaus“, Swinemünderstrasse 42;

Hilfsmittel Betriebsversammlung.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Nettig, Berlin.

Verlagsanstalt „Courier“, G. m. b. H.

Druck: Maurer & Dimmick, Berlin, Köpenickerstr. 36/38.